



22 | 2004

57. Jg., 47.–49. KW, 30. November 2004

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Hubertus Schmoldt, Walther Müller-Jentsch,
Wolfgang Jäger*

- Ist das deutsche Modell der Unternehmensmitbestimmung überholt?

Daten und Prognosen

- ifo Branchen-Dialog 2004

Joachim Gürtler und Arno Städtler

- Leasingbranche: Geschäftsklima gibt deutlich nach

Gernot Nerb und Anna Stangl

- Weltwirtschaftsklima: Leichter Rückgang

Im Blickpunkt

- Arbeitszeiten in Europa

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Ist das deutsche Modell der Unternehmensmitbestimmung überholt?

3

Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland ist nicht nur im Licht der Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts zum Streitpunkt geworden. Sie soll unter anderem auch ein Grund für die gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche Deutschlands und die Zurückhaltung der Investoren sein. Im Gegensatz dazu vertritt *Hubertus Schmoldt*, IG Bergbau, Chemie, Energie, die Ansicht, dass das deutsche Modell der Mitbestimmung ein Standortvorteil sei, denn »diejenigen Unternehmen, die ihre Vorgehensweise intensiv mit den Arbeitnehmervertretern abstimmen, (sind) wesentlich weniger krisenanfällig und (überwinden) besser und schneller eingetretene Krisen«. Prof. Dr. *Walther Müller-Jentsch*, Universität Bochum, widerspricht ebenfalls der oben genannten These, wobei er trotz der positiven Einschätzung der Unternehmensmitbestimmung Reformbedarf vor allem bei der Stärkung des Einflusses der Betriebsangehörigen sieht. Auch Dr. *Wolfgang Jäger*, Hans-Böckler-Stiftung, spricht sich für die Mitbestimmung aus.

Daten und Prognosen

ifo Branchen-Dialog 2004

13

Am 26. Oktober 2004 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zum vierten Mal den »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklungen in der Industrie, der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungssektoren. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert. Nach den Begrüßungsworten von Dr. *Reinhard Dörfler*, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, setzte sich Prof. Dr. Dr. h.c. *Hans-Werner Sinn* mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der Welt auseinander. Im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft präsentierten und diskutierten am Nachmittag des Branchen-Dialogs Dr. *Otto Wiesheu*, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, und fünf Vertreter der Wirtschaft unter der Moderation von *Nikolaus Piper*, Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung, ihre bisherigen Erfahrungen mit der von der Bundesregierung verfolgten Innovationsoffensive. Zwischen den beiden Rahmenveranstaltungen des ifo Branchen-Dialogs wurden in vier Branchenforen die konjunkturellen Tendenzen in den Wirtschaftsbereichen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen im Detail analysiert und diskutiert. Die Foren wurden jeweils durch eine Einführung von Experten des ifo Instituts eröffnet und die Themen danach durch Beiträge von externen Experten erweitert und vertieft. Eine Zusammenfassung bringt der vorliegende Bericht.

Leasingbranche: Geschäftsklima gibt deutlich nach – Erholung bei den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen lässt noch auf sich warten

36

Joachim Gürtler und Arno Städtler

In der deutschen Leasingbranche hat sich das Geschäftsklima in den Sommermonaten überraschend stark eingetrübt. Nach den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests Leasing wurde nicht nur die aktuelle Geschäftslage weniger gut

eingeschätzt, auch hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung hat der Optimismus nachgelassen. Nur noch jede zehnte Leasinggesellschaft bewertete ihren Geschäftsgang im dritten Quartal 2004 als günstig, 84% als befriedigend, und nach wie vor empfanden 6% der Testteilnehmer die Lage als schlecht. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland konnte die Leasingbranche nur wenig beitragen. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen errechnete sich im Laufe des dritten Quartals 2004 lediglich eine Zunahme der Beschäftigung um 1/2%. Dabei weiteten vor allem die größeren Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten ihr Personal aus, während die kleineren und mittleren Unternehmen ihre Belegschaft in etwa hielten. Bei den Erwartungen für die nächsten Monate festigte sich nun aber doch der vorsichtige Optimismus des Vorquartals. Bei den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen dürfte die Wachstumsschwäche auch 2004 noch nicht überwunden werden.

Weltwirtschaft: Klimaindikator leicht zurückgegangen

40

Gernot Nerb und Anna Stangl

Im Oktober 2004 hat das ifo Institut zum 86. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey«, kurz WES, bei über 1 100 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 90 Ländern durchgeführt. Nach den Ergebnissen wird sich die starke Dynamik der Weltkonjunktur leicht verringern. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich erneut etwas abgeschwächt, während sich die Urteile zur aktuellen Lage weiterhin verbesserten. Diese Konstellation ist typisch für die Spätphase eines konjunkturellen Aufschwungs. Insbesondere die nur leichte Abflachung der wirtschaftlichen Erwartungen und die weitere Verbesserung der positiven Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage sprechen trotz der abnehmenden Dynamik immer noch für eine positive Entwicklung der Weltkonjunktur in der ersten Jahreshälfte 2005.

Im Blickpunkt

Arbeitszeiten von abhängig Beschäftigten in Europa

48

Nach der Europäischen Arbeitskräfteerhebung betrug die normale Wochenarbeitszeit im Jahr 2002 in Deutschland 35,2 Stunden pro Beschäftigten. Berücksichtigt man die Überstunden, die im Erstjob geleistet werden, und die Stunden, die in einem Zweitjob gearbeitet werden, errechnet sich eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 36,5 Stunden. Damit nimmt Deutschland einen Platz im unteren Feld der europäischen Länder ein. Die zweite Komponente der Jahresarbeitszeit, die Zahl der pro Jahr gearbeiteten Wochen, liegt in Deutschland bei 40,6 Wochen. Nach dieser Rechnung betrug die jährliche Arbeitszeit pro abhängig Beschäftigten im Jahr 2002 1 480 Stunden. Somit wurde in Deutschland mehr gearbeitet als in Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Schweden, aber weniger als in den mittel- und osteuropäischen Ländern und Griechenland.

Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland ist nicht nur im Licht der Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts zur Streitpunkt geworden. Sie soll unter anderem auch ein Grund für die gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche Deutschlands und die Zurückhaltung der – vor allem ausländischen – Investoren sein. Ist die Mitbestimmung ein Auslaufmodell?

Die Mitbestimmung ist ein Standortvorteil

Das deutsche Modell der Mitbestimmung ist ein Standortvorteil. Eine Studie von Roland Berger vom November 2003 belegt, dass diejenigen Unternehmen, die ihre Vorgehensweise intensiv mit den Arbeitnehmervertretern abstimmen, wesentlich weniger krisenanfällig sind und besser und schneller eingetretene Krisen überwinden. Diese Erkenntnis hat an Aktualität nichts verloren, im Gegenteil: Der Strukturwandel in Deutschland wird durch den globalen Änderungsdruck noch weiter beschleunigt. Ohne Mitbestimmung wäre es kaum möglich, diesen Wandel so zu organisieren, dass größere soziale Verwerfungen vermieden werden. Es ist immer Erfolg versprechender, in den Unternehmen miteinander statt gegeneinander zu handeln.

Das deutsche Modell der Mitbestimmung ist ein konstitutives Element der sozialen Marktwirtschaft. Die seit Monaten andauernde Kampagne gegen die Mitbestimmung und die jüngsten Vorschläge von BDA und BDI machen deutlich, dass viele in Wirtschaft und Politik immer noch nicht ihren Frieden mit einer Mitbestimmung auf Augenhöhe gemacht haben. Offensichtlich sehen sie nun die Chance gekommen, dieser Mitbestimmung den Garaus zu machen. Denn was ihre Vorschläge von der Mitbestimmung übrig lassen, verdient diesen Namen nicht mehr.

Das wäre der Abschied vom Erfolgsmodell Deutschland. Denn das lebt vom Engagement, der Kreativität und der Verantwortungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Weg in die vielzitierte industrielle Wissensgesellschaft führt ohne Mitbestimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Sackgasse. Wer intelligente Beschäftigte will, muss sie auch wie intelligente Menschen

behandeln. Im modernen Personalmanagement ist dies eine Binsenweisheit. Ohne Verantwortung keine Motivation. Die Einbeziehung der Beschäftigten in Entscheidungen über ihre eigenen Arbeitsplätze steigert die Produktivität. Das hat eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung jüngst belegt. Und dieses Prinzip soll ausgerechnet für die Unternehmensmitbestimmung nicht zutreffen? Die Antwort liegt auf der Hand, allenfalls Ideologen mögen sie leugnen: Die Erwartung engagierter Mitarbeit der Beschäftigten an der Erreichung von Unternehmenszielen und die Verweigerung, sie verantwortlich an Entscheidungen über das Unternehmen beteiligen, stehen in krassem Widerspruch.

Dennoch ist das uralte Vorurteil nicht auszurotten, die Mitbestimmung im Aufsichtsrat schwäche die Unternehmenskontrolle und mindere den Wert deutscher Unternehmen auf den internationalen Kapitalmärkten. Selbst Studien renommierter Unternehmensberater und der OECD zeigen, dass bei Investitionsentscheidungen die deutsche Mitbestimmung nur ein Kriterium von vielen ist und allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt. Auch Zahlen widerlegen diese Behauptung. Jedes dritte Unternehmen mit Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat hat mittelbar oder unmittelbar eine ausländische Konzernmutter. Sogar die US-Börsenaufsicht SEC erklärt: »Die Mitbestimmung ist historisch gewachsen und wir nehmen keinen Anstoß daran.«

Das entspricht meinen eigenen Erfahrungen als Aufsichtsrat seit 1980 bei Mobil Oil, im Übrigen einem amerikanischen Unternehmen. Weder von Seiten der Anteilseigner noch vom Management gab es jemals Klagen über die Beteiligung der Ar-



Hubertus Schmoldt*

* Hubertus Schmoldt ist Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

beitnehmer im Aufsichtsrat. Im Gegenteil, stets wurden die Vorteile einer konsensorientierten Entscheidungsfindung betont, die unter anderem mehr Transparenz und Motivation im Unternehmen zur Folge hat.

Diese positiven Erfahrungen bestätigen sich auch bei BP. Dieser Mineralölkonzern, dessen Aufsichtsrat ich heute angehöre, betreibt das größte deutsche Tankstellennetz und die größte Raffineriekapazität hier zu Lande. Die Mitbestimmung hat dem Unternehmen nur genutzt, nicht geschadet und wird von niemanden infrage gestellt.

Meine Kollegen in den Aufsichtsräten anderer Unternehmen wissen Ähnliches zu berichten. Auch weniger an ideologischen Positionen, sondern mehr an praktischen Erfahrungen orientierte Unternehmer bestätigen, dass Strukturwandel und Unternehmensmodernisierung mit dem deutschen Mitbestimmungsmodell gut funktionieren.

Deutschland ist Exportweltmeister. Die Klage, die Mitbestimmung sei ein Hemmnis für den Erfolg international tätiger Unternehmen, kann ich auch vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehen. Schließlich gilt für fast alle erfolgreichen großen Exportunternehmen die Mitbestimmung.

Ebenso wenig lässt sich der Vorwurf belegen, Aufsichtsräte seien zu groß und arbeiteten zu ineffizient. Ausschlaggebend ist nicht die Zahl, sondern die Qualität der Aufsichtsratsmitglieder. Fehlentscheidungen hat es in Unternehmen mit drei- bis fünfköpfigen Aufsichtsräten ebenso gegeben wie in zwanzigköpfigen Aufsichtsräten. Ohnehin hatten zwei Drittel der mitbestimmten Unternehmen einen zwölfköpfigen Aufsichtsrat, bei den Unternehmen mit 20 Aufsichtsratsmitgliedern wählten etwa ein Drittel diese Größe freiwillig.

Auch die Forderung, Gewerkschaftsvertreter hätten in Aufsichtsräten nichts zu suchen, ist wenig einleuchtend. Auf der Anteilseignerbank ist externer Sachverstand durchaus gefragt, warum soll das für die Arbeitnehmervertreter nicht gelten? Zumal auch die Gewerkschaftsvertreter durch die Belegschaft des Unternehmens demokratisch gewählt werden. Und mögliche Interessenkollisionen können sich auch und gerade bei den Mitgliedern der Anteilseignerbank ergeben, beispielsweise bei Vertretern von Banken, die Kredite an das Unternehmen gewähren, bei Managern konkurrierender Unternehmen, bei Überkreuzmandaten oder bei Vertretern von Kunden und Abnehmern des Unternehmens.

Die Gegner der Mitbestimmung in Deutschland versuchen die aktuellen Beratungen über die Fusionsrichtlinie der EU-Kommission dazu zu nutzen, das deutsche Mitbestimmungsmodell zu demontieren. Der deutsche Standard sei im Ausland nicht vermittelbar. Ich bestreite das. Die Mitbestimmung ist kein auf Deutschland beschränktes Phäno-

men. In zahlreichen Ländern der EU finden sich Modelle mit unterschiedlichen Beteiligungsformen. Und die Euro-Betriebsräte in den großen europäischen Unternehmen haben dazu beigetragen, dass die deutsche Mitbestimmung positiv wahrgenommen wird.

Durch die Hartnäckigkeit der Bundesregierung, namentlich von Bundeskanzler Gerhard Schröder, ist es gelungen, der Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Aktiengesellschaft einen festen Platz zu geben. Die IG BCE hat das damals unterstützt. Ebenso unterstütze ich die aktuellen Bemühungen der Bundesregierung, entsprechende Regelungen in die Fusionsrichtlinie zu übernehmen. Auch bei europäischen Fusionen sollten Verhandlungen über die Form der Mitbestimmung Priorität haben. Wenn sie scheitern, muss jedoch sichergestellt sein, dass das deutsche Mitbestimmungsmodell nicht einfach ausgehebelt werden kann.

Denen, die meinen, Deutschland müsse sein Mitbestimmungsniveau dem von Frankreich oder Italien angleichen, gebe ich zu bedenken: In diesen Ländern üben die Gewerkschaften auch in sozialpolitischen Fragen per Streik Druck aus. Das ist dort Teil der Sozialkultur. Bei uns ist der politische Streik nur dann legitim, wenn die Verfassung selbst in Gefahr ist. Wer das anders haben will, soll es sagen.

Die IG BCE hat sich notwendigen Reformen nie verweigert. Bei der Mitbestimmung kann sie die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform nicht erkennen. Das deutsche Mitbestimmungsmodell ist keineswegs überholt. In Einzelheiten sind sicher Verbesserungen sinnvoll. So habe ich schon vor einiger Zeit angeregt, in international tätigen Unternehmen die Möglichkeit zu schaffen, auch Vertreter der Beschäftigten außerhalb Deutschlands in den Aufsichtsrat wählen zu können.

Außerdem sollten wir die neuen Regeln des Corporate-Governance-Kodex dazu nutzen, die Arbeit in den Aufsichtsräten inhaltlich auszubauen. Es wird allzu oft übersehen, dass es die Arbeitnehmer und ihre Vertreter selbst sind, die das größte Interesse an der Zukunftsfähigkeit der Unternehmen haben. Bei den Beschäftigten geht es stets und unmittelbar um die berufliche Existenz. Das ist der Unterschied zu den Kapitalmärkten. Natürlich müssen schwarze Zahlen geschrieben werden. Aber der Tanz um das goldene Kalb namens Shareholder-Value kann es nicht sein. Das wichtigste Kapital sind die Menschen. Eine gute und weitsichtige Unternehmensführung vergisst das nie. Die Mitbestimmung ist das geeignete Instrument, diesen Grundsatz umzusetzen.



Walther Müller-Jentsch*

Unternehmensmitbestimmung – eine bewährte Institution der Konsensgesellschaft

1.

Die (veröffentlichte) Meinung über die Mitbestimmung in Deutschland beginnt zu kippen. Nach einer jahrzehntelangen Erfolgsgeschichte ist sie in Verruf geraten. Sie soll – neben Flächentarifvertrag, Lohnnebenkosten und Kündigungsschutz – Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwäche Deutschlands sein und überdies einer unternehmensrechtlichen Harmonisierung in der EU im Wege stehen.

Je mehr die Meinung überhand nimmt, dass die Konsensgesellschaft für wirtschaftliche Stagnation und Krise verantwortlich sei, desto stärker geraten die Institutionen, die für den Konsens stehen, unter Druck. Sicherlich trägt auch die progressive Schwäche der Gewerkschaften dazu bei, dass die Unternehmerverbände die Mitbestimmung nunmehr offensiv infrage stellen können, ohne ernsthafte Sanktionen befürchten zu müssen. Das deutsche Wirtschaftswunder und die lange Periode ökonomischer Prosperität ist einhergegangen mit dem Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer – führt nun die anhaltende wirtschaftliche Schwächeperiode zu ihrem Abbau? Da es sich jeweils eher um Parallelerscheinungen als um Kausalbeziehungen handelt, wäre von der Einschränkung der Mitbestimmungsrechte auch schwerlich eine wirtschaftliche Erholung zu erwarten.

2.

Die Unternehmensmitbestimmung ist ein historisches Erbe, das sich ideell aus der gewerkschaftlichen Programmatik zur wirtschaftlichen Neuordnung (Münchener Grundsatzpro-

gramm des DGB von 1949) und politisch aus den Maßnahmen der Alliierten (vornehmlich der Briten) zur Entflechtung und Neuordnung der vordem hochkonzentrierten deutschen Montanindustrie herleitet.

Im Münchner Programm war die Mitbestimmung erstmals als explizite programmatische Gewerkschaftsforderung aufgetaucht. Sie entstammte der katholischen Soziallehre, ihrem Leitsatz der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Die umfänglich gefasste Forderung – wörtlich: »Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung« – postulierte eine Mitbestimmung, die sich nicht nur auf interne Unternehmensprozesse, sondern auch auf überbetriebliche Gremien (gedacht war an Wirtschafts- und Sozialräte) erstrecken sollte.

Aus der Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene wurde indessen nichts, aber auf Unternehmensebene schufen die Briten kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in den entflochtenen Montanunternehmen an der Ruhr ein fait accompli: die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte mit Vertretern der Arbeitnehmerseite. Nicht ohne politischen Nachdruck der deutschen Gewerkschaften ratifizierte wenig später der Bundestag die faktischen Verhältnisse mit dem Montanmitbestimmungsgesetz (1951). Es wäre kurzschlüssig, die Geburt der Mitbestimmung einer zufälligen historischen Situation zuzuschreiben – einem »historischen Irrtum«, wie der BDI-Präsident Rogowski polemisch formulierte –, denn 25 Jahre später (1976) wurde in einer sozialliberalen Reformperiode die Unternehmensmitbestimmung auf die übrige Wirtschaft ausgedehnt, wenn auch mit einigen Abstrichen. Überdies sollte zu bedenken geben, dass heute acht der 15 EU-Länder und mindestens die Hälfte der neuen Beitrittsländer eine Repräsentation von Arbeitnehmervertretern im höchsten Unternehmensorgan vorsehen (Höppner 2004, 378). Diese Verbreitung spricht nun ganz entschieden gegen einen »historischen Irrtum«.

Die deutsche Unternehmensmitbestimmung existiert in drei verschiedenen Formen:

- *Paritätische* Mitbestimmung in der Montanindustrie nach dem »Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaues und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie« mit mehr als 1 000 Beschäftigten von 1951;
- *unterparitätische* Mitbestimmung in den großen Kapitalgesellschaften der übrigen Wirtschaft mit über 2 000 Beschäftigten nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976;
- die so genannte *drittelparitätische* Mitbestimmung in Kapitalgesellschaften mit 500 bis 2 000 Beschäftigten nach den weitergeltenden Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952.

* Prof. Dr. Walther Müller-Jentsch ist em. Professor für Soziologie (Lehrstuhl für Mitbestimmung und Organisation) an der Ruhr-Universität Bochum.

Die älteste Form, die sog. Montanmitbestimmung, gilt wegen der schrumpfenden Wirtschaftssektoren von Kohle und Stahl als Auslaufmodell. Im Zentrum der Diskussion steht die Unternehmensmitbestimmung nach dem Gesetz von 1976. Unter ihre Regelungsdomäne fallen derzeit 767 Aktien- und andere Kapitalgesellschaften (etwa 30% davon gehören ausländischen Konzernen). Als unterparitätisch ist sie einzuordnen vornehmlich wegen des doppelten Stimmrechts des von der Kapitalseite gestellten Aufsichtsratsvorsitzenden.

Zu unterscheiden ist die Unternehmensmitbestimmung von der betrieblichen Mitbestimmung durch den Betriebsrat, der im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 (grundlegend novelliert 1972) seine Rechtsgrundlage hat. Er vertritt die Interessen aller Beschäftigten in personellen, sozialen und wirtschaftlichen Belangen auf der Grundlage »vertrauensvoller Zusammenarbeit« mit dem Arbeitgeber »zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs« (§ 2, Abs. 1 BetrVG). Einen Betriebsrat können die Arbeitnehmer bereits in Betrieben ab fünf Beschäftigten wählen.

Ein relevanter Zusammenhang zwischen betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung besteht in Großbetrieben darin, dass der Betriebsratsvorsitzende in der Regel auf der Arbeitnehmerliste für den Aufsichtsrat kandidiert und gewählt wird. Die Personalunion zwischen Aufsichtsratsmitglied und Betriebsrat stärkt natürlich die Verhandlungsposition des Betriebsrats gegenüber dem Management, an dessen Bestellung er qua Aufsichtsratsmandat beteiligt ist.

3.

Die Unternehmer und ihre Verbandsvertreter haben vor jedem neuen Schritt gesetzlicher Regelung von Mitbestimmungsrechten massive Kritik an der Einschränkung ihrer Verfügungsrechte geübt; teilweise haben sie sogar Verfassungsklagen angestrengt oder angedroht. Nachdem jedoch die Institutionen einmal geschaffen worden waren, haben sie sich damit nicht nur arrangiert, sondern sie auch zum Vorteil des Unternehmens zu nutzen verstanden. Die großen Krisen im Bergbau und in der Stahlindustrie, die Wirtschaftsflauten im Automobilbau, die tiefgreifenden Restrukturierungen vieler Großunternehmen wären ohne die moderierenden und vertrauensschaffenden Einflüsse der Mitbestimmungsinstitutionen wahrscheinlich konfliktreicher und weniger sozialverträglich bewältigt worden.

Neuere Umfragen unter Führungskräften und Geschäftsleitungen ergaben, dass nur bei Minderheiten unter ihnen Neigungen zur Einschränkung oder gar Abschaffung der Mitbestimmungsinstitutionen anzutreffen sind. Nach einer Umfrage unter Führungskräften deutscher DAX-Unternehmen (Glaum 1998) sprach sich die große Mehrheit gegen eine Einschränkung oder Abschaffung der Unternehmensmitbestimmung aus. Selbst die Geschäftsleitungen von deutschen

Tochterunternehmen ausländischer Konzerne bekundeten in einer Befragung (Vitols 2001) eher neutrale bis positive Ansichten über die Mitbestimmung.

4.

Auch die vorliegende Forschungsliteratur dokumentiert, dass die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Dekaden positive Erfahrungen mit der Mitbestimmung gemacht hat. Jedenfalls können sich die Mitbestimmungskritiker »auf den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsstand (...) nicht berufen« (Höppner 2004, 347). Dies gilt sowohl für die Mitbestimmung auf Unternehmensebene (Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat) wie für die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene (Betriebsrat).

Es liegen keine eindeutigen empirischen Informationen über wirtschaftlich negative Effekte der Unternehmensmitbestimmung auf Gewinn oder Aktienkurse vor (Untersuchungen mit negativen Effekten stehen solche mit positiven gegenüber). Ebenso wenig finden wir valide Erkenntnisse darüber, dass durch die Arbeitnehmervertreter wichtige unternehmensstrategische Entscheidungen im Aufsichtsrat blockiert worden wären. Übereinstimmend sind die Befunde über die zeitliche Verzögerung von Entscheidungsprozessen durch die Mitbestimmung; deren positive Kehrseite ist jedoch, dass diese Entscheidungen stabiler sind, weil sie bei den Belegschaften auf geringeren Widerstand stoßen. Die jetzt gelegentlich zu hörenden Ansichten, die Arbeitnehmervertreter hätten versagt, weil sie nicht rechtzeitig auf Krisenerscheinungen und Unregelmäßigkeiten in der Unternehmensführung aufmerksam gemacht hätten, lassen allenfalls den Schluss zu, dass sie sich nicht klüger als die Vertreter der Kapitalseite verhalten haben. Erfahrungen zeigen, dass die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat eher dagegen gefeit sind, ihre Entscheidungen an kurzfristigen Renditeerwägungen zulasten einer langfristigen Sicherung des Unternehmens zu orientieren.

Die Behauptung, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland werde durch die Mitbestimmung beeinträchtigt, weil sie ausländische Investoren von Investitionen abhalte, hält einer empirischen Überprüfung ebenfalls nicht stand. Direktinvestitionen werden in überwiegendem Maße getätigt, um Produktmärkte zu verteidigen oder zu erobern. Gewöhnlich wird ein positiver Saldo der Direktinvestitionen als Standortstärke interpretiert, aber auch ein negativer Saldo kann, wie das der Sachverständigenrat tut, als Indikator der Expansionskraft der (hiesigen) Unternehmen gedeutet werden. Zu befürchten ist aber, dass die anwachsende Kritik an der Unternehmensmitbestimmung und die permanent wiederholte Behauptung, sie beeinträchtige die wirtschaftliche Effektivität von Unternehmen und die Standortqualität Deutschlands, zur *self-fulfilling prophecy* wird, wenn ausländische Investoren dies am Ende für bare Münze nehmen.

Über die Fragen nach der wirtschaftlichen Effizienz der Mitbestimmung wollen wir die sozialen und politischen Ansprüche, die sich mit der Mitbestimmung verbinden, nicht vergessen. Fragen nach der sozialen Anerkennung und der demokratischen Kultur spielen in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wird der Arbeitnehmer nur als Arbeitskraft und Vollzugsorgan genutzt oder auch als Betriebs- und Wirtschaftsbürger anerkannt? Beteiligung ist ein Menschen- und Bürgerrecht, das nicht nur im politischen Gemeinwesen, sondern auch im Unternehmen eingefordert wird. Zumal in Ländern mit historisch starken Arbeiterbewegungen wird das Unternehmen nicht lediglich als eine private Anstalt zwecks Gewinnerzielung, sondern als eine gesellschaftliche Institution mit dem Charakter einer »Produktionsgemeinschaft von Stakeholders« angesehen – im Gegensatz zum angelsächsischen »Shareholder«-Modell. Dem Interessenausgleich zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen im Unternehmen tragen viele europäische Länder in ihrer Arbeits- und Sozialgesetzgebung Rechnung. Auch die Europäische Union hat in ihrer Verfassung das Recht auf Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern als ein europäisches Grundrecht postuliert (Art. II-87).

In den Großbetrieben stehen die zwei Säulen der Mitbestimmung – die im Unternehmen und die im Betrieb – in einem komplementären Verhältnis. Während die Unternehmensmitbestimmung zur Transparenz und Orientierung am langfristigen Bestand beiträgt, findet der Betriebsrat zunehmend Anerkennung und Wertschätzung als Produktionsfaktor und Vertrauensagentur, ja als ein sozialpolitischer Co-Manager.

5.

Die positive Einschätzung der Unternehmensmitbestimmung heißt nun keineswegs, dass kein Reformbedarf bestehe. Ich sehe diesen vor allem in der Stärkung des Einflusses der Betriebsangehörigen, und zwar in folgenden Punkten:

- Das Wahlverfahren zu den Aufsichtsratsmandaten in der Montanindustrie ist in einem uns heute befremdenden Ausmaß vom Prinzip der Repräsentation geprägt. Denn die Belegschaften wählen ihre Repräsentanten für den Aufsichtsrat nicht selbst, sie werden vielmehr von den Betriebsräten und den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften ausgewählt. In diesem extremen Stellvertreterprinzip äußert sich, historisch bedingt, das Misstrauen gewerkschaftlicher Funktionäre gegen die direkte Beteiligung der Belegschaften. Dieses Misstrauen war teils durch die Erfahrung mit dem NS-Regime und teils durch die Furcht vor kommunistischen Einflüssen auf die Belegschaften begründet. Eine direkte Wahlbeteiligung der Belegschaften erscheint mir heute unabdingbar.
- Zu fragen ist des Weiteren, ob die für die Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 in Betrieben ab 8 000 Be-

schäftigten vorgesehene Delegiertenwahl nicht völlig zugunsten der Urwahl aufgegeben werden sollte.

- Bislang ist es nicht vorgesehen, dass deutsche Konzerne mit Tochterunternehmen im Ausland den Vertretern ausländischer Arbeitnehmer ebenfalls einen Aufsichtsratssitz einräumen. Sollte nicht das, was etwa bei DaimlerChrysler bereits auf freiwilliger Basis geschieht, gesetzlich vorgeschrieben werden?
- Eine paritätische Zusammensetzung des höchsten Unternehmensgremiums wird auf europäischer Ebene schwerlich durchzusetzen sein. Mir scheint daher ratsam, auf einen alten Vorschlag von Nell-Breuning zurückzukommen, demzufolge der Aufsichtsrat mit einem Drittel Kapitalvertretern, einem Drittel Arbeitnehmervertretern und einem Drittel Repräsentanten der Öffentlichkeit besetzt werden sollte. Das letzte Drittel könnte sich aus kommunalen, gewerkschaftlichen sowie aus den Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden kommenden Vertretern zusammensetzen. Damit würde jenen externen Anspruchsgruppen (Stakeholders), deren Interessen am ehesten von den Aktivitäten eines Unternehmens tangiert werden, gebührend Rechnung getragen.

Literatur

- Glaum, M. (1998), *Kapitalmarktorientierung deutscher Unternehmen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung*, Fachverlag Moderne Wirtschaft, Frankfurt am Main.
- Höppner, M. (2004), "Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss. Die Mitbestimmungsdebatte im Lichte der sozialwissenschaftlichen Forschung", *Industrielle Beziehungen* 11(4), 347–379.
- Vitols, S. (2001), *Unternehmensführung und Arbeitsbeziehungen in deutschen Tochtergesellschaften großer ausländischer Unternehmen*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.



Wolfgang Jäger*

Pro Mitbestimmung

Mitbestimmung ist modern – so zeitgemäß wie zukunftsfähig. Wir zeigen hier warum. Die Welt verändert sich rapide. Das institutionelle Gefüge der Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen steht deshalb ständig auf dem Prüfstand. Hat es sich bewährt? Stimmen die Grundannahmen noch? Haben sich die Umstände, für die es festgelegt wurde, so verändert, dass es angepasst werden muss?

Deutschland ist eine hoch entwickelte Volkswirtschaft. Sie steht in einem globalen Wettbewerb. Unternehmen in Deutschland können Arbeitsplätze nachhaltig und auf Dauer nur durch ständige, rasch umgesetzte Innovationen in allen Sektoren der Wirtschaft schaffen und erhalten. Das deutsche Modell der Mitbestimmung wird sich auch in einer Volkswirtschaft bewähren, die zunehmend auf einer wissens- und innovationsbasierten Wertschöpfung beruht. Jedenfalls wird und will sie sich auch in Zukunft daran messen lassen, ob sie dazu beiträgt, Effektivität und Effizienz der Wertschöpfung zu steigern. Die Grundannahmen und der innere Kern der Mitbestimmung harmonisieren auch mit den Arbeits- und Organisationsbedingungen der innovationsbasierten Wertschöpfung, und sie harmonisieren mit den Bedürfnissen selbstbewusster und kompetenter Arbeitnehmer. Unter autoritär und hierarchisch organisierten Arbeitsbedingungen gedeihen keine Innovationen. Die Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter gestalten ihre Arbeitsbedingungen mit, schaffen sich Freiräume für eigene Ideen, nehmen Einfluss auf Entscheidungen, geben ihren Tätigkeit selbst einen Sinn. Sie *praktizieren* Mitbestimmung. Diese mobilen und individualisierten neuen Arbeitnehmer sind in flexible Arbeitszusammenhänge eingebunden und entwickeln daraus ihren spezifischen Bedarf an Delegation, Repräsentanz und Vertretung ihrer Interessen – kurz: an Mitbestimmung.

* Dr. Wolfgang Jäger ist Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die andere Bewährungsprobe legen der deutschen Mitbestimmung die Risiken der Globalisierung und die Turbulenzen der internationalen Konkurrenz auf. Noch mehr als bisher wird sie sich in den kritischen Phasen von Wertschöpfungsprozessen bewähren müssen. Das war schon immer eine ihrer Stärken. Denn sie übersetzt die fundamentalen Gegensätze der Arbeitswelt in Kooperationsbeziehungen und Verhandlungsprozesse. Unternehmer und Betriebsräte, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben ein ums andere Mal ökonomische Krisen abgefedert und moderiert, die andernorts die Gesellschaft erschüttert und existentielle Krisen erzeugt haben. Dieser Ausgleich ist fragil und nie von Dauer, denn die kapitalistische Ökonomie bleibt turbulent. Aber diese institutionalisierte Kooperation hat maßgeblich dazu beigetragen, dass soziale Konflikte die Demokratie in Deutschland nicht in Mitleidenschaft ziehen konnten. Damit geht die Bedeutung der Mitbestimmung weit über die Sicherung des Betriebsfriedens hinaus. Durch die pazifizierende Wirkung im umkämpften gesellschaftlichen Kernbereich der Ökonomie hat sich die Mitbestimmung auch als Garant sozialer Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalts bewährt.

Die Beurteilung der deutschen Mitbestimmung nach dem Maßstab *Effektivität und Effizienz* ist so unverzichtbar wie unvermeidlich. Doch greift jede Beurteilung zu kurz, wenn sie sich darauf beschränkt. Die Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung in Deutschland sind eingebettet in die Kämpfe für eine demokratische Republik und eine ihr angemessene Wirtschaftsweise. Die Mitbestimmung im Betrieb und auf Unternehmensebene ist ein substantieller Bestandteil der deutschen Demokratiegeschichte und der gesellschaftspolitischen Kultur der Bundesrepublik. Sie wird sich wandeln und wandeln müssen, doch bleibt ein doppelter Kern der Mitbestimmung unverrückbar: Das Grundprinzip der Demokratie – Entscheiden durch Wahlen und Abstimmungen – eignet sich, wohl dosiert und sachgerecht angewandt, auch als Steuerungsprinzip der Wirtschaft. Zum Zweiten manifestiert die Mitbestimmung, dass sich in allen Arbeitsbeziehungen nicht nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegenüberstehen, sondern auch Staatsbürger. Gleichgültig wie die Stellung in der betrieblichen Hierarchie: Ob Vorstandsvorsitzender oder Hausmeister – immer treten sich Bürger gegenüber, die mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet sind. Die Mitbestimmung trägt dieser Tatsache in ihrer Weise Rechnung.

Der Ausgleich zwischen Interessen, das umfassende Kooperations- und Verhandlungsprinzip, der demokratisch-republikanische Kern und die Orientierung an den Formen politischer Repräsentanz machen die deutsche Mitbestimmung zu einem wettbewerbsfähigen Beitrag zur europäischen Kultur der Partizipation. Die deutsche Mitbestimmung fügt sich ein in ein Europa, in dem die Beschäftigten umfassende Bürger- und Menschenrechte genießen

und maßgebliche Arbeitnehmerrechte Verfassungsrang haben. Die nationalen Partizipationskulturen werden sich unter dem Druck dynamischer ökonomischer Veränderungen aufeinander zu bewegen und voneinander lernen. Die deutsche Mitbestimmung steuert zu diesem Lernprozess eines der ambitioniertesten Konzepte bei. Am Ende könnte die Verständigung auf ein gemeinsames europäisches Projekt der Mitwirkung von Arbeitnehmern an Unternehmensentscheidungen stehen, das sich möglicherweise in der Form, aber nicht im Anspruch von der aktuellen Praxis unterscheidet. Dieses Modell wird sich zwischen dem ausgeprägten Individualismus Amerikas und dem nicht minder ausgeprägten Kollektivismus asiatischer Gesellschaften gut behaupten.

Wer also die Mitbestimmung hierzulande kritisiert oder gar beseitigen möchte, muss mit mehr aufwarten als dem Nachweis der einen oder anderen Fehlentscheidung in mitbestimmten Betrieben und Unternehmen.

Mitbestimmung – ein Standortvorteil

Zahlreiche ausländische Konzerne haben ihren Standort in Deutschland. Die Liste reicht von Coca Cola bis Intel: Von insgesamt 763 Unternehmen, die am 31. Dezember 2003 dem deutschen Mitbestimmungsgesetz unterlagen, gehören rund 30% unmittelbar oder mittelbar zu ausländischen Konzernen.

Empirische Untersuchungen bestätigen, dass ausländische Manager sehr pragmatisch mit der deutschen Mitbestimmung umgehen. Kein in Deutschland ansässiges Tochterunternehmen ausländischer Firmen erwägt aufgrund der Mitbestimmung den Standort zu verlassen oder vermeidet hier zu Lande Investitionen. Dies ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Befragung von Managern aus 400 der größten deutschen Tochtergesellschaften von ausländischen Unternehmen. Mitbestimmung ist vielmehr ein Punkt in einem ganzen Bündel von Ansiedlungsfaktoren wie Marktgröße und -dynamik, Infrastruktur oder auch qualifizierte Arbeitskräfte.

An guten Argumenten für das deutsche Modell mangelt es nicht. In einer Studie von Roland Berger aus dem Jahr 2003 wird nachgewiesen, dass Unternehmen, die sich intensiv mit dem Betriebsrat abstimmen, weniger krisenanfällig sind. Darüber hinaus bewältigen sie bestehende Krisen schneller und besser.

Auch die These, die Mitbestimmung verhindere wichtige Entscheidungen der Kapitaleseite, ist unbegründet. So heißt es beispielsweise im Bericht der gemeinsamen »Kommission Mitbestimmung« von Bertelsmann Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung: »Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 hat in

der Praxis, entgegen derzeitigen Befürchtungen, die Eigentumsrechte der Kapitaleigner grundsätzlich nicht eingeschränkt.«

Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Unternehmensführung funktioniert unter anderem, weil die Arbeitnehmervertreter ihr betriebliches Wissen mit den Informationen aus dem Wirtschaftsausschuss und dem Aufsichtsrat verknüpfen können. Sie sind dadurch in der Lage, die Belange der Belegschaft mit denen des Unternehmens zu verbinden. Die Unternehmensführung kann somit wichtige Hinweise der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Und die Betriebsräte sind bei einem fairen Ausgleich in der Lage, gemeinsam mit den Beschäftigten die gefundenen Kompromisse rasch umsetzen zu helfen und konstruktiv an der Arbeit im Aufsichtsrat mitzuwirken.

Die deutschen Mitbestimmungsgremien erbringen gerade in ihrer intensiven Wechselbeziehung viele Vorteile für Unternehmen und ihre Beschäftigten. Die von Arbeitgeberseite vielfach verlangte Verringerung der Arbeitnehmerrepräsentanz in den Aufsichtsräten würde diese Vorteile teilweise zunichte machen.

Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten handeln an einer wichtigen Nahtstelle: Sie sind bestens informiert – sowohl über Abläufe, problematische Entwicklungen und Engpässe im Betrieb als auch über die wichtigsten Daten des Unternehmens und die strategischen Diskussionen in Aufsichtsrat und Wirtschaftsausschuss. Dieser Gesamtblick ermöglicht es ihnen, im Aufsichtsrat rechtzeitig auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Garant für mehr Transparenz

Die Mitbestimmung führt nicht zu Abschlügen an der Börse. Zu diesem Ergebnis kommt Professor Wolfgang Streeck vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Es ist ein gemeinsames Ziel von Unternehmensführung und Arbeitnehmervertretung, sich durch möglichst hohe Aktienkurse vor der Übernahme durch ausländische Unternehmen zu schützen. Nach der Untersuchung von Streeck wollen beide Parteien durch einen guten Börsenkurs unter anderem verhindern, zum Spielball der Finanzmärkte zu werden.

Analysten und Börsenexperten nehmen die Mitbestimmung durchaus differenziert wahr. Zwar sind Rating-Agenturen überwiegend noch an traditionellen betriebswirtschaftlichen Kennziffern orientiert. Hier zeichnet sich allerdings eine Wende ab. Neben Finanzkennzahlen werden zunehmend auch soziale und ökologische Indikatoren bei der Bewertung angewandt.

Der Stuttgarter Ökonom Henry Schäfer, der im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung sozial-ökologische Ratings am Kapitalmarkt untersuchte, stellte fest: »Erste Recherchen führten zu der verblüffenden Beobachtung, dass in vielen Bewertungsinstrumenten auch die institutionalisierte Arbeitnehmerbeteiligung als positives Kriterium enthalten ist.«

Von Wissenschaftlern, Politikern und Kapitalmarktvertretern wird kritisiert, dass es eine zunehmende Selbstbedienungsmentalität deutscher Manager gebe. So werden Vorstandsvergütungen an kurzfristige Gewinnziele gekoppelt. Außerdem wurde damit begonnen, auch Aufsichtsräte erfolgsorientiert zusätzlich zum Beispiel mit Aktien zu entgelten. Hier zeigen die Erfahrungen aus den USA, dass dadurch der Bilanzmanipulation und der Missachtung nachhaltiger Unternehmensziele Tür und Tor geöffnet werden. Deshalb empfiehlt es sich, an festen Grundvergütungen für Aufsichtsräte festzuhalten, eine Transparenz der Vorstandsgehälter herzustellen und eine Begrenzung der Managergehälter einzuführen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in der Corporate Governance-Debatte angeregt, im Aufsichtsrat über eine angemessene Vergütung von Vorständen zu diskutieren. Darüber hinaus schlägt der DGB vor, auch die gewinnabhängigen Bestandteile der Vorstandsgewütungen zu begrenzen.

Forum für belastbare Entscheidungen

Zahlreiche Untersuchungen und Befragungen zeigen, dass eine vermeintliche Schwäche der Mitbestimmung letztlich ihre Stärke ist: Die Mitsprache der Arbeitnehmervertretung verlangsamt zwar häufig Entscheidungsprozesse. Dafür werden aber die vereinbarten Maßnahmen innerhalb der Belegschaft erheblich besser akzeptiert und schließlich effektiv, schnell und mit geringeren Widerständen umgesetzt.

Gerade in schwierigen Situationen ist die Nähe der Betriebsräte zur Belegschaft ein entscheidendes Plus. Die hohe Akzeptanz eines gemeinschaftlich vereinbarten Konzepts schätzen auch ausländische Manager.

Die Kritik, Top-Manager würden wichtige Sachverhalte, die zu einer konflikträchtigen Auseinandersetzung führen könnten, gar nicht erst dem Aufsichtsrat vorlegen, wird durch die Realität widerlegt. Zahlreiche Aufsichtsratsentscheidungen über Personalabbau, Outsourcing-Projekte, Produktionsverlagerungen ins Ausland, Standortschließungen oder auch Arbeitszeitverlängerungen zeigen, dass innerhalb des Mitbestimmungssystems häufig Konflikte auf der Tagesordnung standen. Die Entscheidungen – nicht immer mit dem Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden herbeigeführt – gingen in diesen Fällen vielfach zulasten der Beschäftigten. Der deutschen Mitbestimmung sind also in ele-

mentaren wirtschaftlichen Angelegenheiten klare Grenzen gesetzt.

Das Argument, die Mitbestimmung führe zur Kungelei zwischen Arbeitnehmer- und Anteilseignerbank, hält einer Überprüfung nicht Stand. Würden Kosten senkende wirtschaftliche Maßnahmen durch Mitbestimmung verhindert, müsste die Bilanz mitbestimmter Unternehmen im Verhältnis zu anderen Firmen erheblich schlechter aussehen. Dies ist nicht der Fall. Dass die Mitbestimmung dazu zwingt, unternehmerische Entscheidungen nicht ausschließlich zulasten der Beschäftigten zu treffen, ist letztlich ein Vorteil. Ausbalancierte Entscheidungen motivieren die Belegschaft und stärken ihre Identifikation mit dem Unternehmen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für Unternehmensproduktivität in einer Zeit, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betriebe immer wichtiger werden.

Ein Stück Europa

Die Geschichte der Harmonisierung des europäischen Gesellschaftsrechts ist lang. Problematisch war und ist bei der Umsetzung, dass es in den europäischen Ländern sehr unterschiedliche Beteiligungsmodelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Allein der deutschen Unternehmensmitbestimmung eine Sonderstellung zuzuweisen, ist falsch.

Mit der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea – SE) wurde die Beteiligung der Arbeitnehmer generell anerkannt. In der entsprechenden EU-Richtlinie wird auf die eigenständigen Rechte von Gewerkschaftsvertretern verwiesen. Die europäischen Instanzen haben die Verschiedenartigkeit der Mitbestimmungssysteme akzeptiert. Den Unternehmen steht es frei, zwischen den unterschiedlichen Unternehmensverfassungen zu wählen. Über die konkrete Form der Mitbestimmung muss in einem besonderen Gremium verhandelt werden. In diesem Gremium sitzen der Managementseite Arbeitnehmer gegenüber. Auch im Fall einer Verschmelzung oder Veränderung des Firmensitzes gilt für die Regelung der Mitbestimmung dieses Verfahren.

Dieser Verhandlungsansatz, der sich bereits bei der Einrichtung Europäischer Betriebsräte als hervorragender europäischer Entwicklungspfad in den Unternehmen bewährt hat, zeigt, dass der Einwand, die deutsche Mitbestimmung behindere die europäische Wirtschaft, nicht zutrifft. Ebenso wenig stimmt es, dass mit den Entscheidungen zur Niederlassungsfreiheit durch den Europäischen Gerichtshof das Ende der deutschen Mitbestimmung eingeläutet wurde. Behauptet wird vielfach, dass den Unternehmen dadurch eine Flucht aus der deutschen Mitbestimmung ermöglicht wird. Die Gerichtsentscheidung des Falles »Überseering« hat aber einen anderen Inhalt: Sie gibt den nationalen Gesetzgebern

Spielraum zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen. Die Überseering-Entscheidung gibt umgekehrt Anlass, die Chancen zu nutzen, die ein europäisches Konsensmodell bietet.

Die Entwicklung der mittlerweile rund 750 Europäischen Betriebsräte, die Beispiel gebend auch für die Europäische Aktiengesellschaft sein kann, bestätigt die deutsche Erfahrung: Gute Mitbestimmungsregelungen erhöhen die Zufriedenheit der Beschäftigten und verbessern die Effektivität der Unternehmen.

Führung mit Augenmaß

Die Arbeitsfähigkeit der Aufsichtsratsgremien ist gut. Dies gilt auch für große Gremien. Dort wird meist in Ausschüssen vorgearbeitet, was hohe Effektivität gewährleistet. Insgesamt sind in den letzten Jahren verstärkt Ausschüsse des Aufsichtsrates eingerichtet worden, um die Arbeitsfähigkeit des Gesamtremiums zu erhöhen.

Die Mitglieder eines Aufsichtsrates sollen qualifiziert und unabhängig sein. Da sie ihre Mandate neben anderen wichtigen Funktionen wahrnehmen, können Rollenkonflikte auftreten. In einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommen die beiden Juristen Peter Hanau (Köln) und Holger Wackerbarth (Hagen) zu dem Ergebnis: Generell sei das Aufsichtsratsmandat als Nebenamt konzipiert. Mögliche Interessenkollisionen, so die beiden Wissenschaftler, können sich aufgrund anderer Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern daher grundsätzlich sowohl auf der Arbeitnehmer- als auch auf der Kapitaleignerseite ergeben.

Die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten fühlen sich der Belegschaft verpflichtet. Sie sind aber durch das Gesetz auch dem Unternehmen verpflichtet. Gewerkschaftsvertreter können über ihre Organisation für die Tarifpolitik gegenüber dem Unternehmen verantwortlich sein und damit in Konflikt zu den Unternehmenszielen kommen. Hanau und Wackerbarth stellen dazu fest: Die Kombination von Aufsichtsratsmandat und gleichzeitiger Tarifzuständigkeit sollte »zurückhaltend angewandt werden«. Auf der Seite der Anteilseigner sind Interessenkollisionen möglich, wenn beispielsweise bei Vertretern von Banken das eigene Institut dem Unternehmen Kredite gewährt. Oder Aufsichtsratsmitglieder sind Kunden oder Lieferanten des Unternehmens, dessen Vorstand sie kontrollieren sollen.

Als problematisch für eine unabhängige Aufsichtsratsarbeit werden auch die Überkreuzmandate der Vertreter der Kapitaleseite gesehen. Als Überkreuzmandat gilt, wenn Manager aus zwei Unternehmen in dem jeweils anderen im Aufsichtsrat sitzen. Dies führt zu Interessenverflechtungen und gegenseitigen Verpflichtungen, die die Wahrnehmung der Kontrollfunktion in der Regel beeinträchtigen dürften.

Fraglich ist zudem, ob Aufsichtsräte mit einer hohen Zahl von Mandaten noch jedem einzelnen Unternehmen gerecht werden können. Nicht ohne Grund haben sich die Regierungskommissionen zu Corporate Governance gerade mit diesem Missstand befasst und empfohlen, die Aufsichtsratsmandate auf fünf pro Person zu begrenzen.

Das nahtlose Überwechseln von Mitgliedern des Vorstandes in den Aufsichtsrat des gleichen Unternehmens, nicht selten mit der Übernahme des Vorsizes verbunden, ist problematisch. Aufgrund ihrer intimen Kenntnisse der Unternehmensabläufe liegt es nahe, dass sie unmittelbar in die Arbeit des Nachfolgers eingreifen.

Bezüglich der Qualifikation der Aufsichtsräte wird besonders den Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern mangelndes Fachwissen unterstellt. Zwar fehlt vielen von ihnen eine betriebswirtschaftliche Erstausbildung. Dafür haben sie sich oft über viele Jahre durch die Mitwirkung im Wirtschaftsausschuss gute wirtschaftliche Kenntnisse angeeignet. Und sie kennen die Strategien, Zusammenhänge und Abläufe in ihrem Unternehmen sehr genau. Sie können oft deutlich besser als unternehmensfremde Aufsichtsratsvertreter der Kapitalseite Risiko- und Erfolgsfaktoren des Unternehmens abschätzen und bewerten. Hierin liegt für das Aufsichtsratsgremium ein wesentlicher Vorteil.

Gerüstet für die Zukunft

Die Wirtschaftsabläufe sind schneller geworden. Die Kommission Mitbestimmung hat bereits darauf hingewiesen, dass unter verschärften Wettbewerbsbedingungen manche Entscheidungsprozesse der Mitbestimmungsorgane möglicherweise schneller verlaufen müssen. Helfen können hierbei häufigere Aufsichtsratssitzungen, vereinfachte Abstimmungsverfahren und eine bessere Aufgabenteilung zwischen dem Gesamtgremium und den Ausschüssen.

Die zunehmende Komplexität der Aufsichtsratsarbeit und die Internationalisierung der Unternehmenspolitik erfordert zusätzliche und kontinuierliche Qualifikation. Dies ist für die Gewerkschaften selbstverständlich.

Verbessern und entbürokratisieren lassen sich auch die Wahlen für den Aufsichtsrat. Die Gewerkschaften haben vorgeschlagen, die jährliche Betriebsrätevollversammlung als Wahlorgan für den Aufsichtsrat zu nutzen. Das Gremium wäre dazu durchaus demokratisch legitimiert. Die Arbeitgeber haben dieses vereinfachte und kostengünstigere Verfahren bislang abgelehnt.

Die Diskussion der letzten Zeit zeigt zudem, dass die Selbstbedienung mancher Manager neue Regeln erfordert. Der DGB hat hierzu in der Corporate-Governance-Debatte an-

geregt, sich im Aufsichtsrat mit der Angemessenheit der Vergütung von Vorständen auseinander zu setzen. Darüber hinaus hat er vorgeschlagen, die gewinnabhängigen Bestandteile der Vorstandsvergütungen zu begrenzen.

Angesichts des Falles Mannesmann zieht der DGB die Schlussfolgerung, dass Prämien an Vorstände generell problematisch seien. Bei Abstimmungen über Prämien und Managergehälter sollte es im Aufsichtsrat keine Enthaltungen geben. Finanzielle Entscheidungen sollen immer in der Verantwortung des gesamten Aufsichtsrates liegen und nicht kleinen Ausschüssen übertragen werden.

Die zunehmend internationale Ausrichtung der Unternehmen erfordert die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausländischer Betriebe und Unternehmen in deutschen Aufsichtsräten. Sie sollten an Wahlen der Arbeitnehmervertreter teilnehmen können. Dies ist auch die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zur rechtlichen Umsetzung dieser Forderung wäre allerdings ein grenzüberschreitendes Vorgehen der betroffenen Länder notwendig. Bislang können Arbeitnehmer nur dann in einen deutschen Aufsichtsrat gewählt werden, wenn sie über einen Arbeitsvertrag mit einem Unternehmen verfügen, das seinen Sitz in Deutschland hat. Deshalb schlägt der DGB vor, in einem ersten Schritt die Gesetze für das passive Wahlrecht zu öffnen.

Keiner bestreitet, dass sich das deutsche Mitbestimmungssystem angesichts veränderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedingungen immer wieder neu positionieren und weiterentwickeln muss. Die Vorschläge der Gewerkschaften weisen den Weg zu einer Mitbestimmung, die beides ist: zeitgemäß und zukunftstauglich.

Am 26. Oktober 2004 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zum vierten Mal den »Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklungen in der Industrie, der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungssektoren. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht.

Mit seinen Begrüßungsworten ging der Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, Dr. Reinhard Dörfler, kurz auf die aktuelle konjunkturelle Lage in Deutschland ein. Er äußerte vor dem Hintergrund der Prognose für 2005 im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie den Ergebnissen der eigenen Konjunkturumfrage die Sorge, dass die Wirtschaft in den nächsten Monaten bereits wieder auf der Stelle treten, der Aufschwung seinen Zenit vielleicht sogar schon überschritten haben könnte. Er wies darauf hin, dass die bekannten Zyklusmuster an Gültigkeit verlieren und die weltwirtschaftliche Dynamik nicht mehr wie bisher auf die Binnenkonjunktur überspringt. Die Verringerung der Fertigungstiefe und die Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland wirken bremsend auf die Investitionstätigkeit und die Erholung erreiche nicht mehr wie früher den Arbeitsmarkt. Darum, so sein Appell, dürfe es eine Reformpause bis zur nächsten Bundestagswahl nicht geben (Steuerreform, Senkung der Lohnzusatzkosten, Deregulierung des Arbeitsmarktes). Nachdenklich stimmen müsse zum Beispiel der Vergleich des Lohnkostenindikators (einschl. Lohnzusatzkosten) von 100 zu 56 zwischen den Opel-Werken in Bochum und Rüsselsheim einerseits und Trollhättan (Schweden) andererseits. Reformen auf dem Arbeitsmarkt reichen aber nicht aus, um den Standort Deutschland für Investoren wieder attraktiver zu machen. Vielmehr müssten wir uns auch dem weltweiten Wettbewerb bei den Innovationen stellen, d.h. die Politik müsse die entsprechenden Weichenstellungen vor allem bei der Forschungs- und Bildungspolitik noch entschlossener angehen, damit unsere Unternehmen die Chancen der Globalisierung nutzen könnten.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Welt – Wettbewerbsposition im weltweiten Kontext

Der erste Teil des Branchen-Dialogs stand im Zeichen einer kritischen Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage durch den Präsidenten des ifo Instituts, Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn. Aus der Tatsache, dass die Weltwirtschaft boomt wie seit 1976 nicht mehr, wir aber in unserer Binnenwirtschaft kaum etwas davon bemerken, schließt Sinn, dass wir kein nachfragebedingtes Konjunkturproblem, sondern ein strukturelles Problem haben, ein Angebotsproblem durch verkrustete Strukturen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Eine Nachfrigestimulierung würde nur geringe Effekte erzeugen.

Sinn erläutert zunächst die derzeitige Phase der Weltwirtschaft an Hand des vom ifo Institut ermittelten Weltkonjunkturindikators (World Economic Survey¹). Der Indikator erreichte nach dem Anschlag auf das World Trade Center (2001) seinen bisher niedrigsten Wert. 2002 kam es dann zu einer Erwartungsblase, seit Herbst

¹ Im Juli 2004 hat das ifo Institut zum 85. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« (WES) bei 1 178 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 89 Ländern durchgeführt. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt. Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur quantitativ ausgerichteten amtlichen Statistik werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Unternehmen und Wirtschaftsexperten – abgefragt. Die wichtigsten Merkmale des WES sind hohe Aktualität und gute internationale Vergleichbarkeit.

2003 aber haben wir einen echten Aufschwung. 2004 wurden schon in drei Quartalen hintereinander sehr hohe Indikatorwerte ermittelt. Dabei hat sich zuletzt allerdings nur die Lagebeurteilung weiter verbessert, während die Erwartungen jetzt schon zweimal hintereinander etwas niedrigere Werte im positiven Bereich anzeigten. Sinn schließt daraus, dass der Boom allmählich wieder abflaut, d.h. dass die Wachstumsraten der Weltwirtschaft wieder etwas geringer ausfallen werden. Die Prognosewerte der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die das Wachstum der Weltwirtschaft für 2004 auf 5,0% – dem höchsten Wert seit 28 Jahren – und für 2005 auf 4,3% beziffern, sind darum plausibel.

Die mit Abstand am stärksten wachsende Region ist China. Bei dem großen Gewicht dieses Landes beeinflusst China die Weltwirtschaft in besonderer Weise, und dieser Faktor wird die Entwicklung auch in Zukunft prägen. Allerdings verschlechterte sich zuletzt die wirtschaftliche Lagebeurteilung in China schon zweimal hintereinander stark (bei wenig veränderten Erwartungen). Die Ursache hierfür ist in restriktiven Maßnahmen der Regierung zu sehen, die versucht, eine Überhitzung zu vermeiden. Vor allem dies erklärt die Erwartung einer leichten Abschwächung des weltwirtschaftlichen Wachstums im nächsten Jahr.

Hinzu kommt, dass das Budget-Defizit in den USA, das die Nachfrage in den letzten Jahren erheblich stimulierte, etwas verringert wird. Auch das Anheben der lange Zeit sehr niedrigen Zentralbankzinsen in den USA wird sich bremsend auf die Konjunkturentwicklung auswirken.

Auch von den hohen Rohölpreisen, die nominal wieder das Niveau von Anfang der achtziger Jahre erreichten, gehen bremsende Wirkungen aus. Es gibt aber einen Unterschied zu den früheren Ölpreiskrisen: Die früheren Krisen waren angebotsseitig verursacht, während der derzeitige Ölpreisanstieg nachfragebedingt ist, was lediglich einen Reflex auf das starke Wachstum der Weltwirtschaft darstellt.

Westeuropa wird voraussichtlich in diesem Jahr auf ein BIP-Wachstum von 1,9% und 2005 auf eines von 2,0% kommen (Euroraum). Im Gegensatz zu den USA (2004: 4,4%) und zu Japan (2004: 4,3%) macht Europa bei diesem stürmischen weltwirtschaftlichen Wachstum kaum mit. Und unter den Europäern fällt Deutschland (2004: 1,8%, 2005: 1,5%) weiter zurück. Denn Deutschland hat ein Sonderproblem, es steckt in einer großen Krise, einer Krise von einer Dramatik und einem Ausmaß, wie wir sie seit der Nachkriegszeit noch nicht gehabt haben. Den Hintergrund dafür bilden fünf sich überlagernde ökonomische Änderungen:

- die Globalisierung,
- der Europäische Binnenmarkt,

- die Einführung des Euro,
- die Osterweiterung der EU,
- die deutsche Vereinigung.

Alle sind zu begrüßen und haben ihre historische Notwendigkeit, stellen aber Deutschland vor große Herausforderungen. Denn einige dieser Schocks bilden spezifische Veränderungen zum Nachteil der deutschen Wettbewerbsfähigkeit bzw. mehr zum Vorteil anderer Volkswirtschaften: Die relative Position Deutschlands hat sich dadurch verschlechtert, dass der Euro den deutschen Firmen den Vorteil niedriger Zinsen nahm, dass der Binnenmarkt den deutschen Firmen den Vorteil des größeren Marktes relativ zu den vielen kleinen Ländern einschränkte und dass mit der Vereinigung ein deutsches Sonderproblem zu schultern war.

Die derzeitige konjunkturelle Situation in Deutschland erläutert Sinn mit Hilfe der ifo Konjunkturuhr, die in einem Diagramm aus der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage (auf der horizontalen Achse) und der Geschäftserwartungen (auf der vertikalen Achse) die aktuelle Situation einem Phasenfeld im Konjunkturzyklus (Aufschwung, Boom, Abschwung, Rezession) zuordnet. Nachdem die Entwicklung 2003 das Feld der Aufschwungsphase durchlaufen hat, wurde sie auf dem Weg in das Boomfeld vorerst gebremst.

Das für 2004 geschätzte Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8%, das bereinigt um die Arbeitstage nur einer Rate von 1,3% entspricht, ist ebenso unzureichend wie der für 2005 geschätzte Zuwachs von 1,5%. Hieraus wird deutlich, dass dem derzeitigen Aufschwung die Dynamik früherer Aufschwünge fehlt. Denn das einzige, was läuft, ist der Export, der 2004 um gut 10% steigt. Der private Konsum zeigt dagegen kein Wachstum, die Bauinvestitionen (– 1,7%) schrumpfen erneut stärker als erwartet. Problematisch sind vor allem die Investitionen in Ausrüstungen, die für 2004 auf – 0,2% geschätzt werden. In einem Aufschwung müssten diese eigentlich in einer Größenordnung von 8% wachsen. Davon ist auch die Schätzgröße für 2005 (4,2%) noch weit entfernt. Das derzeitige Wachstum ist somit allein auf die Beteiligung der deutschen Wirtschaft am weltweiten Boom zurückzuführen.

In einem Wachstumsvergleich der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Variablen (BIP, Privater Konsum, Ausrüstungsinvestitionen, Bauinvestitionen, Beschäftigung, Export) zwischen den großen Ländern des Euroraums, zeigt sich für die Jahre von 2000 bis 2004, dass Deutschland im Wachstum bei allen Variablen, außer beim Export, den unteren Rand bildet. Nur beim Wachstum der Exporte markiert Deutschland den oberen Rand. Sinn: »Die Exporte

sind ein Wunder, könnte man meinen, im Vergleich zu den anderen.« Deutschland ist nach wie vor sehr stark im Export und Vize-Exportweltmeister nach den USA, bei den Warenexporten ist Deutschland sogar Weltmeister (2003). Die USA kommen jedoch auf einen wesentlich größeren Dienstleistungsexport. Auch Großbritannien, das wesentlich weniger Waren ausführt, liegt bei den Dienstleistungsexporten in der gleichen Größenordnung wie Deutschland.

Die boomenden Exporte der deutschen Wirtschaft bei miserabilem Wachstum und schwachem Arbeitsmarkt charakterisiert Sinn als Rätsel, als Wettbewerbsrätsel. Die Lösung des Rätsels liegt darin, dass sich immer mehr Wertschöpfung aus Deutschland heraus verlagert (Basarökonomie). Eine Basarökonomie ist eine Ökonomie, die die Welt mit hervorragenden Waren beliefert, die die Ingenieure dieses Landes erfunden haben mögen, die aber zu wesentlichen Teilen in anderen Ländern erzeugt werden. Deutschland ist keine Basarökonomie, aber es gibt eine Reise in Richtung auf eine Basarökonomie. Das Phänomen ist, dass die deutschen Firmen wettbewerbsfähig bleiben, weil sie sich durch Outsourcing und Offshoring kostenmäßig absichern können, dass aber die deutschen Arbeitnehmer nicht mehr wettbewerbsfähig sind. 4,5 Mill. Deutsche sind arbeitslos, 4,5 Mill. sind nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die deutsche Großindustrie stellte sich bereits in den achtziger Jahren in Asien auf und verlagerte arbeitsintensive Teile der Vorproduktionskette dorthin, und der Mittelstand folgt diesem Beispiel mittlerweile durch Verlagerungen vor allem nach Osteuropa. 60% der mittelständischen Unternehmen in Deutschland haben bereits Standorte außerhalb der alten EU begründet. Nach der Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank sind bereits 4 Mill. Arbeitsplätze von deutschen Unternehmen im Ausland geschaffen worden. Das ist ein Prozess mit hoher Dramatik, der schon seit Mitte der neunziger Jahre eingesetzt hat. Um den europäischen Markt zu bedienen, muss man nicht in Deutschland, sondern kann auch in Osteuropa investieren.

Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hat sich von 30% in den achtziger Jahren bis Mitte der neunziger Jahre um 8 Prozentpunkte verringert. Seit 1995 wird der Anteil zwar nicht mehr kleiner, dafür kommt es innerhalb der Industrie zu einer deutlichen Verringerung der Fertigungstiefe: Der reale Produktionswert hat von 1995 bis 2003 um 18% zugenommen, die reale Wertschöpfung nur um 5%. 13% der industriellen Produktion sind also nicht durch die eigene Wertschöpfung erklärt, und das ist Outsourcing und Offshoring.

Diese Verlagerungen der Wertschöpfung können in andere inländische Sektoren oder ins Ausland erfolgen. Von 1995 bis 2003 nahm dabei in der deutschen Industrie der Zuwachs der Vorleistungen aus anderen inländischen Sektoren nur wenig stärker zu als die Produktion, die realen Vorleistungsimporte stiegen jedoch mit 45% mehr als doppelt so stark wie der Produktionswert an. Die Verlagerungen an Wertschöpfung erfolgten also zum größten Teil zugunsten der importierten Vorleistungen. Die industrielle Beschäftigung ging in dieser Zeit um 9% zurück. Von dem Produktionszuwachs der deutschen Industrie zwischen 1995 und 2003 sind nur 11% aus der Steigerung der eigenen Wertschöpfung, 38% aus der Zunahme der von anderen inländischen Sektoren bezogenen Vorleistungen und 51% aus dem Anstieg der aus dem Ausland bezogenen Vorleistungen zu erklären. Vier Fünftel der Verringerung der Fertigungstiefe der deutschen Industrie, die in dieser Zeit zu beobachten war, ist zurückzuführen auf Outsourcing und Offshoring ins Ausland, ein Fünftel auf ein inländisches Outsourcing in andere Sektoren. Diese Prozesse laufen auch in anderen europäischen Ländern ab, aber in Deutschland war der Rückgang des Wertschöpfungsanteils im verarbeitenden Gewerbe – von hohem Niveau ausgehend – stärker ausgeprägt als z.B. in Frankreich, Italien und der EU insgesamt. Deutschland bewegt sich damit schneller in Richtung einer Basarökonomie als andere Länder.

Die Frage ist, so Sinn, wie dieser Prozess zu bewerten ist. Dazu gibt es eine Reihe von Stellungnahmen. So wird z.B. darauf verwiesen, dass diese Entwicklung gut sei, wenn sie einhergehe mit der Schaffung eines Außenhandelsüberschusses: Durch einen positiven Saldo aus Ex- und Import würden Wohlfahrtsgewinne entstehen. Dagegen ist einzuwenden, dass ein Außenhandelsüberschuss (Kapitalexport) per se nichts Positives ist. Derartige Prozesse sind a priori weder positiv noch negativ anhand ihrer Vorzeichen zu beurteilen. Ein anderer Aspekt ist die Stabilisierung des Wertschöpfungsanteils der deutschen Industrie am BIP in Verbindung mit der Verringerung der Fertigungstiefe, d.h. dass durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit infolge der Verringerung der Fertigungstiefe der Wertschöpfungsanteil gehalten werden konnte. Aber auch das sagt nichts über Wohlfahrtseffekte aus, denn eine solche sektorale Verschiebung kann man zwar analysieren, sie ist aber nicht a priori gut.

Die entscheidende Variable, um allokativ zu beurteilen, was hier stattfindet, und diesbezüglich ein Werturteil zu fällen, ist der Arbeitsmarkt. Nur der Arbeitsmarkt erlaubt es zu prüfen, ob die gewünschten Effekte (Wohlfahrtsgewinne) durch bestimmte Außenhandelsmodelle auch vorliegen. In der Realität sieht es in Deutschland so aus, dass die Arbeitskräfte, die in der Industrie durch Outsourcing freigesetzt werden, weniger in die Dienstleistungsproduktion

gehen, sondern größtenteils zum Sozialstaat: So wanderten von den 1,9 Mrd. Arbeitsstunden, um die das Arbeitsvolumen im verarbeitenden Gewerbe von 1995 bis 2003 verringert wurde, nur 290 Mill. in den Dienstleistungssektor, der Rest landete beim Sozialstaat, in der Arbeitslosigkeit. Das ist das Problem.

Und das macht auch die Beurteilung des Outsourcingprozesses so schwierig. Denn Outsourcing ist ein Prozess, der prinzipiell positiv zu bewerten ist, im Sinne einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung, aber dieser Prozess geht in Deutschland viel zu schnell. Er schießt über sein Optimum hinaus. Es geht also nicht um die Aussage, Outsourcing ist gut oder Outsourcing ist schlecht, sondern darum, dass etwas, das grundsätzlich gut ist, übertrieben wird. Und dass es übertrieben ist, sieht man daran, dass in der Industrie zu viele Arbeitsplätze verloren gehen und in den anderen Sektoren zu wenig neu entstehen, so dass per saldo die Arbeitslosigkeit zunimmt. Dieses Muster haben wir nicht erst seit 1995, es begleitet uns im Grunde schon seit 1970, denn seitdem ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland angestiegen, und zwar in drei Zyklen, wobei es immer stärker nach oben als danach wieder nach unten ging. Dass der Outsourcingprozess zu schnell abläuft, liegt daran, dass die Löhne zu hoch sind, und die Löhne sind zu hoch, weil wir zum einen durch das Tarifrecht zu wenig Flexibilität haben und zum anderen durch die Lohnkonkurrenz des Sozialstaats künstlich eine untere Schranke in das ganze Tarifgefüge einziehen, was die Reaktion der deutschen Wirtschaft auf die Kräfte der Globalisierung verhindert.

Dialog zwischen Politik und Wirtschaft: Innovationsoffensive Deutschland

Thomas Kiessl

Im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft präsentierten und diskutierten am Nachmittag des Branchen-Dialogs Dr. Otto Wiesheu, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, und fünf Vertreter der Wirtschaft unter der Moderation von Nikolaus Piper, Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung, ihre bisherigen Erfahrungen mit der von der Bundesregierung verfolgten Innovationsoffensive.

In seiner einleitenden Rede zur Podiumsdiskussion hielt Wiesheu der Bundesregierung große Versäumnisse in Bezug auf ihre für das Jahr 2004 angekündigten »Innovationsoffensive« vor. Es fehle hierbei nicht nur an der Erarbeitung und der Umsetzung eines durchgreifenden Konzeptes, das mit Hilfe der Initiative »Partner für Innovationen« in Aussicht gestellt wurde, sondern es seien zudem in der politischen Praxis Ausstiegsszenarien und eine Verhinderungspolitik bei zukunftssträchtigen Entwicklungen zu beobachten. Insbesondere bei innovativen Technologien, wie beispielsweise der Kernenergie und der grünen Biotechnologie, verliere Deutschland zunehmend den Anschluss an die Weltspitze. Folglich sei es nicht verwunderlich, dass die Innovations- und Gründungstätigkeit lahm sowie die Zahl der Insolvenzen ansteige. Deutschland befände sich in einem Prozess der Deindustrialisierung, in dem die Verluste an Arbeitsplätzen, die im Produzierenden Gewerbe eintreten, nicht durch Zugewinne im Dienstleistungssektor kompensiert werden könnten. Dies belaste die Staatsfinanzen und enge den Spielraum für FuE-Ausgaben erheblich ein.

Da es somit schwierig sei, einleitend über eine bundesweite Innovationsstrategie oder Innovationsoffensive zu berichten, nutze Wiesheu die Gelegenheit, das bereits seit zehn Jahren verfolgte Innovationskonzept Bayerns näher zu erläutern. Ausgelöst durch die europäische »Währungsschlange«, die eine schlagartige Verteuerung deutscher Produkte von 15 bis 20% im Vergleich zu vielen Nachbarstaaten bewirkte, durchlebte die deutsche Industrie zu Beginn der neunziger Jahre einen Strukturwandel, der zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten in allen großen Branchen führte. Anstatt in die Defensive zu gehen und die verbliebene Arbeit nur gerechter zu verteilen, wie es damals von Seiten der Gewerkschaften gefordert wurde, setzte sich die bayerische Regierung zum Ziel, im Rahmen einer aktiven Innovationspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch eine gezielte Förderung neuer Produkte, Prozesse, Betriebe und Märkte zu steigern und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen. »Die Marktwirtschaft gibt hierbei die Handlungsmöglichkeiten klar vor: Entweder man ist billi-

ger, oder man ist besser bzw. innovativer als seine Konkurrenten.«

Dem Staat stehe es jedoch nicht zu, festzulegen, wo die konkreten Chancen der Industrie in der Zukunft liegen, vielmehr müsse er in der Position des Moderators zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aktiv werden. Es sei die Aufgabe der Industrie, gemeinsam mit den Bildungs- und Forschungseinrichtungen einen Konsens über die Chancen im Wettbewerb zu finden, wobei neben der Entwicklung neuer Technologien auch die Weiterentwicklung bestehender Technologien zu Querschnittstechnologien mit branchenübergreifenden Anwendungsmöglichkeiten berücksichtigt werden müsse. Hier sei es die Pflicht des Staates, die Forschung und Wissenschaft im privaten sowie im staatlichen Bereich finanziell zu unterstützen bzw. bestehenden Förderungen auszubauen. Damit der Staat im Stande sei, derartige Zukunftsinnovationen zu tätigen, ist eine Fortführung der Konsolidierungspolitik unerlässlich. In diesem Zusammenhang verwies Wiesheu auf die Belastungen des Staatshaushalts, die sich aus dem enormen Anstieg der Verschuldung und der Rentenversicherungsausgaben ergeben: »Wir finanzieren die Vergangenheit, anstatt in die Zukunft zu investieren.«

Um andererseits eine effiziente Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen, sei der Wettbewerb in der Forschung und Entwicklung zu fördern. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes seien in Bayern mehr als günstig. Durch die zahlreichen Universitäten, Fachhochschulen, Max-Planck- und Fraunhofer-Institute verfüge der Freistaat seit den sechziger Jahren über eine beachtliche Forschungsinfrastruktur im öffentlichen Bereich, welche die Grundlage der Offensive »Zukunft Bayern« und der »Hightech-Offensive« bildeten. Der Fokus läge hierbei insbesondere auf innovativen Gebieten, wie der Informations- und Kommunikationstechnik, der Softwareentwicklung, der Bio- und Gentechnologie, moderner Energie-, Umwelt- und Medizintechnik, der Luft- und Raumfahrt als auch der Nanotechnologie. Rund 30 Forschungsverbände seien eingerichtet worden, um hier die Aktivitäten der Wirtschaft und der Wissenschaft aufeinander abzustimmen. Da sich die Kontaktaufnahme gerade im Mittelstand deutlich schwieriger gestalte als bei Großbetrieben, seien zudem Foren ins Leben gerufen worden, um auch hier die Vertreter der Wirtschaft mit den Forschungseinrichtungen ins Gespräch zu bringen, um FuE-Themen nach ihrer Marktrelevanz sortieren zu können. Das verfolgte Ziel bei diesen Maßnahmen könne nur sein, in einigen Bereichen weltweites Spitzenniveau zu erreichen und dabei frühzeitig am Markt zu erscheinen.

»Das, was wegbriecht, muss durch Neues ersetzt werden«, so eine Devise Wiesheus. Dass es im Wettbewerb und vor allem in Zeiten starker struktureller Veränderungen zu

Verlusten von Industrietiteln kommen könne, sei unvermeidlich und zu verkraften, solange man dies durch neue Betriebe und Industriezweige kompensieren könne. Derzeit verlaufen derartige Entwicklungen in der Industrie jedoch sehr ungünstig, so dass die Zahl der Konkurse die Zahl der Neugründungen bei weitem übersteigt. Oft zu unrecht kritisiert, stellen Businessplanwettbewerbe eine gute Antwort auf dieses Problem dar. Wiesheu lobte die Fülle an sehr guten Geschäftsideen, die sauber durchkonstruiert und aufgeschlüsselt eingereicht werden. Bereits 637 Betriebe mit insgesamt 4 600 Mitarbeitern konnten in Folge dieser Wettbewerbe allein durch private Investitionen gegründet werden. So entfallen auch im bundesweiten Vergleich rund 25% der Venture-Capital-Investitionen auf Bayern.

Aufbauend auf der verfolgten Clusterpolitik, dem Prozess der Vernetzung der Wirtschaft mit der Wissenschaft, sei der nächste wichtige Schritt die Hinterfragung der Struktur in den einzelnen Forschungsbereichen. Erfüllen die strukturellen Gegebenheiten an den Hochschulen noch die erforderlichen Voraussetzungen für die Zukunft, oder sind Umstrukturierungen und die Beschaffung neuen Personals notwendig, um das zum Ziel gesetzte internationale Spitzenniveau wieder erreichen zu können. Hier müssen die Impulse von der Politik kommen. In Bayern werden heute von Wirtschaft und Politik gemeinsam 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investiert. Damit liegt der Freistaat zwar knapp hinter dem Anteil der Investitionsquote von Baden-Württemberg (3,3%), die Beteiligung der Wirtschaft sei dort aber bereits deutlich höher.

Die Wirkung der bayerischen Innovationspolitik ist deutlich zu erkennen. Ein bundesweiter Anteil in den Patentanmeldungen von mittlerweile gut 27% (1993: 18%), die höchste Selbständigenquote und Betriebsdichte, eine Exportquote von 44% (2003) und die höchste Investitionsquote seit 1993 unterstreichen den Erfolg des Konzepts. Bayern ist zudem das einzige Land, das seit 1993 einen Zuwachs in der Beschäftigung verbuchen konnte.

Zusammenfassend betonte Staatsminister Wiesheu die Bedeutung der Innovationen als Treiber dafür, im Wettbewerb mit den Billiglohnländern an der Spitze bleiben zu können. Seine Kernaussage: Man muss um das besser werden, um das man teurer ist, sonst besteht nur die Alternative, billiger werden zu müssen. Der Staat darf darum nicht bei seinen Investitionen in Forschung und Entwicklung sparen und muss zudem dafür sorgen, dass vorhandene finanzielle und geistige Ressourcen an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in Unternehmen optimal für die nötigen Innovationsprozesse genutzt werden.

Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI und Mitglied der Initiative »Innovationspartner-

schaft«, konnte den kritischen Vorhaltungen des bayerischen Wirtschaftsministers, es fehle der gesamten Innovationsinitiative der Bundesregierung an Substanz, nur wenig entgegnen. Es hätten zwar bisher mehrere Gesprächsrunden mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften zur Organisation des Innovationsprozesses im Kanzleramt stattgefunden, das Thema sei zunächst jedoch auf die Schaffung von Eliteuniversitäten reduziert worden. Trotz einer längst überfälligen Hochschulreform in Deutschland sah Kreklau eine Lösung für die Herausforderung, den Innovationsprozess in Deutschland in Gang zu bringen, nur in der Entzündung eines Innovationsfeuerwerks. Ein solches benötige aber für die Realisierung klare Perspektiven, z.B. in der Steuerpolitik und der Gesetzgebung von Seiten der Politik. Die Erwartungen seines Verbandes in die Innovationsoffensive lägen über eine Neuordnung des Hochschulsystems hinaus insbesondere darin, innerhalb des Innovationsprozesses keine Themen mehr zu tabuisieren, die zehn wichtigsten gesetzlichen Innovationshemmnisse klar zu identifizieren, die Zahl der Studenten in Natur- und Ingenieurwissenschaften zu steigern sowie die Mittel für Forschung und Entwicklung zu erhöhen.

Auch Dr. Reinhard Dörfler, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, sah Deutschland an einem Punkt angekommen, an dem eine Vielzahl von Anpassungen notwendig geworden seien, wobei er in seinen Ausführungen insbesondere auf die Probleme in der Finanzierung von Innovationen hinwies. Das Volumen an Venture Capital, welches im Jahr 2000 mit 350 Mill. € pro Jahr noch umfangreich zur Verfügung stand, bewege sich heute nur noch zwischen 70 und 80 Mill. €, so dass mittlerweile rund 52% der jungen Unternehmungen mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Alarmierend sah Dörfler zudem den sinkenden Anteil an technologieintensiven Unternehmungen bei den Neugründungen und forderte die Politik daher auf, gerade forschungsorientierte Betriebe gezielt zu unterstützen. Er machte außerdem darauf aufmerksam, dass Deutschland bei einigen ohnehin schon reichlich restriktiven EU-Richtlinien noch über die Vorgaben hinausgehe und andere, gerade den Industriestandort Deutschland belastende Richtlinien zu einfach hinnehme, wie dies zum Beispiel bei der Chemierichtlinie »REACH-Verordnung« der Fall sei. Eine massive Erhöhung der Prüfungsanforderung für chemische Stoffe würde insbesondere die Kosten für sehr viele innovative Stoffe stark in die Höhe treiben, wodurch deren Markteinführung erschwert oder verhindert werden könnte. In der Chemikalienpolitik müssten daher gerade die gesamtwirtschaftlichen Folgen mehr berücksichtigt werden.

Martin Schoeller, geschäftsführender Gesellschafter der Schoeller Holding, fügte dem hinzu, dass es seiner Meinung nach in Deutschland nicht am Reichtum an techno-

logischem Wissen fehle, sondern die Probleme bei der Umsetzung und der Verkettung von Innovationen zu neuen Produkten und Produktionsprozessen bestehen würden. Gerade für kleinere Unternehmen sei es sehr schwierig, ausreichend Kapital für risikobehaftete Investitionen zu bekommen. Er griff dabei auf eine in Kooperation mit dem ifo Institut durchgeführte Umfrage bei 1 000 Unternehmen zurück, die gezeigt hatte, dass 49% der befragten Firmen mehr investieren würden, wenn die Finanzierung einfacher wäre. Bezogen auf die Unternehmensgröße lag dieser Anteil bei Betrieben mit weniger als 200 Mitarbeitern bei 60%, bei Betrieben zwischen 200 und 500 Mitarbeitern bei 40% und bei Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern immer noch bei 30%. Auch die Statistiken der Deutschen Bundesbank zu den Kreditrückziehungen im Mittelstand für die Jahre 2002 und 2003 unterstreichen, dass es mit 21 Mrd. € bzw. 25 Mrd. € gerade bei den Unternehmen zu einem massiven Kreditentzug kam, von denen ein Wachstumsschub erwartet wurde. Darüber hinaus sah Schöller weitere Innovationshemmnisse im deutschen Steuersystem. So sollten in einer innovations- und wachstumsorientierten Steuergesetzgebung reinvestierte Gewinne besser gestellt werden als ausgeschüttete Gewinne.

Zustimmung bei der Identifizierung von Hemmnissen im Innovationsprozess erfuhr Schöller im Anschluss auch von Dr. Michael Weigoldt, Geschäftsführer der IZB SOFT GmbH, der großes Potential bei den Hochschulabsolventen und generell beim Inputfaktor Mensch sah. Aufgrund von Problemen bei der Umsetzung bzw. der Nutzung von neuen Technologien oder Prozessen seien deutsche Erzeugnisse jedoch nicht mehr ausreichend wettbewerbsdifferenzierend, was zu einem erhöhten Druck auf die Kosten führe. Bezüglich des Themas Infrastruktur beurteilte Weigoldt den Standort Deutschland zwar noch als sehr gut, meinte jedoch, dass man sich hier nicht ausruhen dürfe, da sonst bald der Anschluss an die Weltspitze verloren gehen könnte. Ein Kernproblem sah er zusätzlich darin, dass die Veränderungsinitiative der Unternehmer in anderen Ländern – und hier besonders in Asien – etwas höher läge als hierzulande. Daher sah er die Unternehmer gefordert, Innovationsmanagement voranzutreiben, und die Politik, günstige Voraussetzungen zu setzen.

Dr. Eckhard Wurzel, Head of Desk für Deutschland und Österreich der OECD, bestätigte die Vertreter der Wirtschaft in ihrer Ansicht, es seien ausreichend wissenschaftliche Innovationspotentiale vorhanden. Er verwies diesbezüglich auf die einschlägigen Indikatoren, wie die Anzahl der Patentanmeldungen, die Höhe der Forschungsausgaben und die Selbsteinschätzung deutscher Unternehmer bei der erfolgreichen Markteinführung neuer Produkte, bei der sich Deutschland nach wie vor zu den Besten innerhalb der OECD zählen darf. Mit Blick auf die Branchenebene machte er jedoch darauf aufmerksam, dass Deutschland in dem

innovativen Sektor Informations- und Kommunikationstechnologie weiter an Boden verloren hat und sich im Bereich der Pharmaindustrie die einstige Spitzenposition durch einen Rückgang des Weltmarktanteil von 17% Anfang der neunziger Jahre auf aktuell 10% mittlerweile mit den USA teilen muss. Auch Wurzel sah im deutschen Steuersystem eine klare Benachteiligung bei der Finanzierung im Bereich der kleinen und jungen Unternehmen gegenüber der Finanzierung von Restrukturierungsmaßnahmen bei bestehenden Unternehmen und meldete Handlungsbedarf auf Seiten der Politik an.

Minister Wiesheu äußerte sich ebenfalls sehr besorgt über die Entwicklung in der Pharmaindustrie, wo Deutschland als Forschungsstandort, nach langer Zeit auf der weltweiten Spitze positioniert, heute nur noch den fünften Platz belegt. Zusätzlich habe man hier deutliche Rückgänge bei der Produktion hinnehmen müssen. Gründe für den hohen Verlust an Kompetenz und Kapazität seien insbesondere in der restriktiven Gesetzgebung, wie im Beispiel der überzogenen Haftungsregelungen für biotechnologische Innovationen und der Abgabenpolitik für die Pharmaindustrie, zu suchen. Anders als die Vertreter der Wirtschaft sah er nach wie vor die Forschung als ein Schlüsselthema für die Innovationspolitik, da hierdurch die Chancen für Produkt- oder Prozessinnovationen deutlich gesteigert werden können. Wiesheu warf der Bundesregierung zudem vor, überwiegend das Gefahrenpotential, wie im Beispiel der grünen Gentechnologie, zu betonen, wobei teilweise völlig irrationale Bedenken vorgebracht werden. Die Politik sei für das gesellschaftliche Klima und somit auch für die in Deutschland bestehende Technologiefeindlichkeit mit verantwortlich. Einerseits eine Innovationsoffensive zu starten, andererseits aber diese durch eine innovationsfeindliche Kommunikation und Gesetzgebung zu blockieren, sei keine überzeugende Politik.

Dialog zur branchenwirtschaftlichen Entwicklung

Zwischen den beiden Rahmenveranstaltungen des ifo Branchen-Dialogs wurden in vier Branchenforen die konjunkturellen Tendenzen in den Wirtschaftsbereichen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen im Detail analysiert und diskutiert. Die Foren wurden jeweils durch eine Einführung von Experten des ifo Instituts eröffnet und die Themen danach durch Beiträge von externen Experten erweitert und vertieft. Im Folgenden sind die einflussreichsten Beiträge der ifo-Mitarbeiter in Kurzform wiedergegeben.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe

Reinhard Hild

Nach der Stagnation von Mitte 2001 bis zum Sommer 2003 begann sich die Produktion des verarbeitenden Gewerbes im Herbst letzten Jahres wieder deutlich nach oben zu bewegen. Im Jahresdurchschnitt lag zwar 2003 das reale Produktionsvolumen nur um 0,2% über dem Stand des Vorjahres, im Jahresverlauf erhöhte sich aber der reale Produktionswert von Juni bis Dezember 2003 – saisonbereinigt – um 2,1%.

Exportgetriebener Aufschwung seit Mitte 2003 ...

Ursache der markant aufwärtsgerichteten Entwicklung im Herbst 2003 war vor allem das kräftige Anziehen der Auslandsnachfrage: Am Jahresende 2003 lag der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland – saisonbereinigt – um 7% über dem Stand zur Jahresmitte. Hinzu kam allerdings, dass sich im Verlauf des Jahres 2003 auch die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes merklich belebte. Hier ergab sich im Verlauf des zweiten Halbjahres ein Anstieg um knapp 3% (Juni bis Dezember 2003). Zusammen führten beide Komponenten dazu, dass der Auftragseingang insgesamt am Jahresende 2003 das Spitzenniveau von Ende 2000 fast wieder erreicht hatte (vgl. Abb. 1).

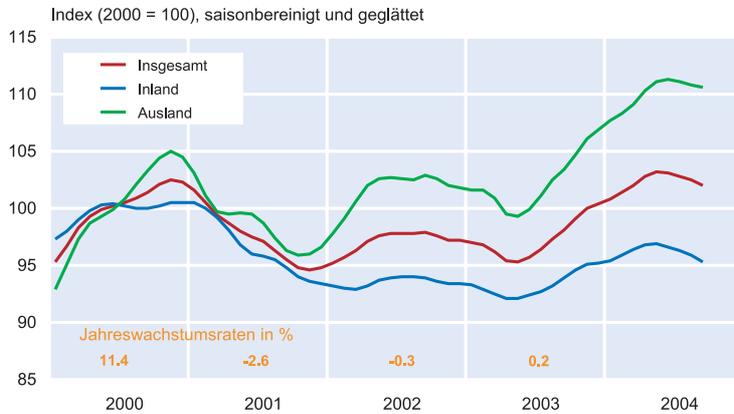
Die dynamische Nachfrageentwicklung im zweiten Halbjahr 2003 führte dazu, dass sich die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes spürbar verbesserte: Gemäß der Meldungen zum ifo Konjunkturtest erhöhte sich die Auslastung der Kapazitäten von 81,8% im zweiten auf 83,1% im vierten Quartal des Jahres 2003. Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe, das noch in den ersten Monaten tiefen Pessimismus ausstrahlte, hellte sich relativ schnell und nachhaltig auf. Auf die Zahl der Beschäftigten wirkte sich diese konjunkturelle Belebung allerdings noch nicht spürbar aus; zwar schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor, mit einem weiteren Rückgang um 2,5% lag sie aber im Dezember 2003 nochmals deutlich unter dem Stand vor Jahresfrist.

... setzte sich bis Sommer 2004 fort, ...

Der im Herbst 2003 eingeleitete konjunkturelle Aufschwung im verarbeitenden Gewerbe setzte sich im ersten Halbjahr 2004 mit kaum veränderter Intensität fort. In den ersten acht Monaten lag der reale Produktionswert 2004 um 4,5% über dem Niveau des Vorjahres, im August 2004 waren es – saisonbereinigt – gut 2% mehr als im Januar dieses Jahres. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird der industrielle Produktionszuwachs voraussichtlich bei 3,2% liegen (vgl. Abb. 2). Grundlage für diese Entwicklung waren zunächst die gleichen Nachfrageentwicklungen wie im Herbst letzten Jahres: Sehr dynami-

Abb. 1

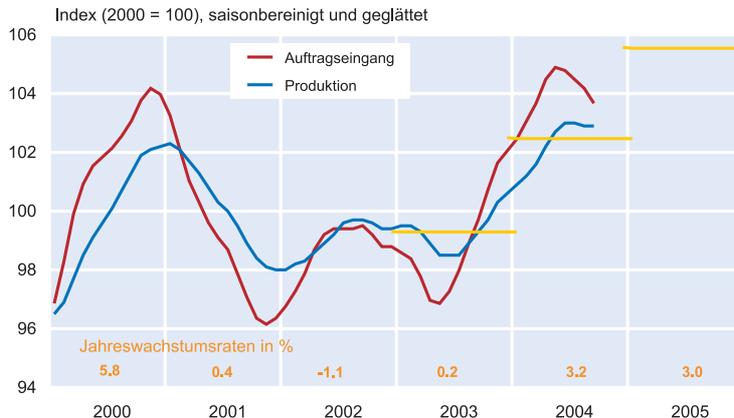
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2

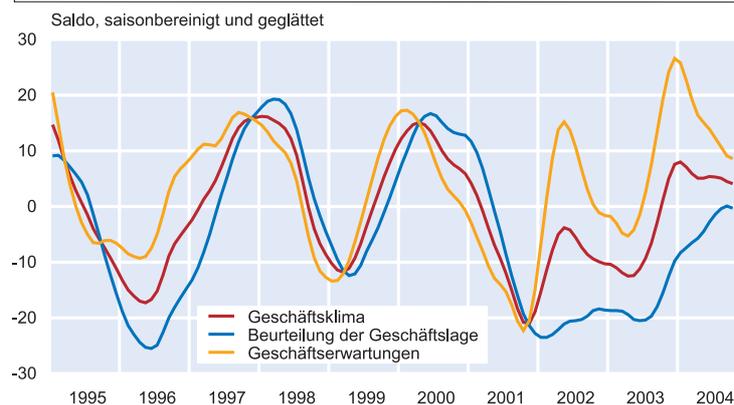
Produktion und Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3

Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturtest.

sche Belebung der Auslandsnachfrage und gleichzeitiges Anziehen der Bestellungen aus dem Inland.

... geriet aber im Herbst 2004 etwas ins Stocken

Bereits im zweiten Quartal 2004 verlor allerdings der inländische Auftragseingang an Dynamik, und im dritten Quartal kamen erste Signale, die auf eine Dämpfung des Exportgeschäfts hinwiesen. Die Verlangsamung der Exportdynamik ist vor allem auf den drastisch gestiegenen Ölpreis und die dadurch bedingte Verunsicherung der Märkte sowie gewisse Überhitzungstendenzen in Fernost zurückzuführen. Die Dämpfung der Inlandsnachfrage resultiert nicht nur aus dem unverändert schwachen privaten Konsum und der überraschend hartnäckigen Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen, sondern auch aus einer wechsellkursbedingten kräftigen Zunahme der Importe.

Diese Dämpfungstendenzen schlagen sich im ifo Geschäftsklimaindex nieder (vgl. Abb. 3): Im ersten Quartal 2004 ging er etwas zurück und seitdem stagnierte er auf diesem reduzierten Niveau. Damit bewegt er sich aber noch immer im befriedigenden Bereich. Eingetrübt haben sich bisher nur die Geschäftserwartungen; die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich dagegen bis September laufend verbessert und erst zuletzt eine geringfügige Korrektur erfahren. Die Kapazitätsauslastung stieg dabei – saisonbereinigt – binnen Jahresfrist von 82,5% (September 2003) auf 83,9% (September 2004) an. Wesentlich ist, dass zwar in den letzten Monaten die Euphorie aus den Geschäftserwartungen gewichen ist, dass aber nach wie vor eine Mehrheit der Teilnehmer am ifo Konjunkturtest weiterhin eine Verbesserung der Geschäftslage im nächsten halben Jahr erwartet. Vor allem die Exporterwartungen blieben signifikant im positiven Bereich.

Dennoch ist für 2005 ein Produktionsplus von 3% zu erwarten

Für die Abschätzung der Entwicklung im kommenden Jahr wird gemäß den Annahmen im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute davon ausgegangen, dass die belastenden Wirkungen der Öl-

preisentwicklung im Verlauf des nächsten Jahres nachlassen und dass das Wachstum des realen Welthandels mit 7,5% etwas niedriger ausfallen wird als 2004 (9%). Der Konsum der privaten Haushalte wird 2005 voraussichtlich wieder etwas zunehmen (real um 0,8% nach null im Jahr 2004), und die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich mit einem Plus von 4,2% spürbar beleben. Die Bauinvestitionen werden zwar voraussichtlich weiter schrumpfen, mit 0,8 aber weniger stark als in diesem Jahr (-1,7). Wachstumsmotor wird mit einem Zuwachs von knapp 6% auch 2005 der Exportumsatz bleiben (nach gut 10% in 2004). Da von einem wachsenden Auslandsgeschäft vor allem die Industrie profitiert, kann davon ausgegangen werden, dass das verarbeitende Gewerbe gegenüber der Gesamtwirtschaft wieder überproportional zulegen wird.

Trotz der insgesamt nur moderaten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaussichten (1,5% für 2005 nach 1,8% in diesem Jahr) ist 2005 im verarbeitenden Gewerbe mit einer Fortsetzung des Produktionswachstums in fast dem gleichen Ausmaß wie im laufenden Jahr zu rechnen. Vor allem der Maschinenbau und die Elektroindustrie werden von der lebhafteren Investitionstätigkeit profitieren. Hinzu kommt, dass der private Nachholbedarf auf dem Automobilmarkt voraussichtlich spürbare Nachfrageimpulse freisetzen wird, so dass das Produktionsvolumen der Automobilindustrie in Verbindung mit

einer weiterhin zunehmenden Auslandsnachfrage nochmals zulegen dürfte. Aus den Partialschätzungen für die einzelnen Branchen ergibt sich, dass das reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes insgesamt im Jahre 2005 voraussichtlich in einer Größenordnung von 3% zunehmen wird.

Vorleistungsgüter dicht beim industriellen Durchschnitt

Nur wenig günstiger als das verarbeitende Gewerbe insgesamt schnitt bei der Entwicklung im letzten Jahr der Bereich der Vorleistungsgüter ab: Bei einer nur geringen Dämpfung des Produktionsvolumens im ersten Halbjahr lag das Jahresergebnis 2003 um 0,6% über dem Stand von 2002. Auch hier hat sich neben dem Anstieg der Exportnachfrage im Verlauf des Jahres 2003 der Inlandmarkt deutlich nach oben bewegt. 2004 läuft die Entwicklung im Bereich der Vorleistungsgüter etwa parallel zu der der Gesamtindustrie; im Jahresdurchschnitt ist darum in diesem Segment insgesamt mit einem Wachstum der realen Produktion von ebenfalls 3,2% zu rechnen. Etwas überdurchschnittlich wird dabei der Metallbereich abschneiden (4,5%), weniger günstig ist dagegen das Ergebnis der Chemischen Industrie (2%) zu erwarten. Auch 2005 wird sich der Bereich der Vorleistungsgüter insgesamt dicht beim gesamtindustriellen Durch-

Tab. 1
Produktionswachstum in den Branchen des verarbeitenden Gewerbes

WZ 93	Branche	2003	2004	2005	2006
D	Verarbeitendes Gewerbe	0,2	3,2	3,0	2,5
	Vorleistungsgüter	0,6	3,2	3,0	2,0
	Investitionsgüter	0,9	4,5	4,0	3,0
	Konsumgüter	-2,2	1,0	1,5	1,5
15	Ernährungsgewerbe	0,5	0,8	1,0	0,5
17	Textilgewerbe	-4,0	-1,5	1,0	1,0
18	Bekleidungs-gewerbe	-11,4	-3,0	2,0	1,0
20	Holzgewerbe	-1,5	3,5	2,5	1,5
21	Papiergewerbe	2,9	1,5	1,5	2,0
22	Verlags- und Druckereigewerbe	-3,3	1,8	1,5	2,5
23	Mineralölverarbeitung	-0,7	6,5	2,5	2,0
24	Chemische Industrie	0,3	2,0	2,0	2,0
25	Gummi- und Kunststoffwaren	1,4	3,3	3,0	2,0
26	Glas, Keramik, Steine und Erden	-2,2	0,5	2,0	1,0
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	-1,9	4,5	3,0	2,0
28	Metallerzeugnisse	-0,1	3,5	3,0	3,0
29	Maschinenbau	-1,6	4,0	4,0	2,5
30	Informationstechnik, Büromaschinen	-5,7	7,5	7,5	5,0
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung u.Ä.	1,7	5,0	4,0	3,0
32	Kommunikationstechnik, Elektronik	9,6	13,5	8,0	6,0
33	Mess-, Regel-, Medizintechnik	3,5	3,8	3,5	2,5
34	Automobilindustrie	2,2	5,5	4,0	3,0
35	Sonstiger Fahrzeugbau	6,4	-3,0	-3,0	3,0
36	Möbel, sonstige Gebrauchsgüter	-3,5	0,5	1,5	1,5
37	Recycling	2,9	11,0	8,0	6,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

schnitt bewegen; im Jahresdurchschnitt dürfte er auf ein Produktionswachstum von etwa 3% kommen (vgl. Tab. 1).

Investitionsgüter bilden Wachstumsträger

Noch etwas stärker aufwärts gerichtet als der Output an Vorleistungsgütern war allerdings bereits 2003 das Produktionsvolumen des Investitionsgüterbereichs (+ 0,9% im Jahresdurchschnitt). Auch hier bildete das gleichzeitige Anziehen der Auslands- und der Inlandsnachfrage den Hintergrund für eine kräftige konjunkturelle Erholung im zweiten Halbjahr, wobei sich die Auftragseingänge aus dem Ausland erheblich dynamischer nach oben bewegten als die aus dem Inland. Lebhaft entwickelte sich dabei vor allem der Bereich der Elektroindustrie, wobei das Wachstum in der Kommunikationstechnik (einschließlich Mikroelektronik) besonders stürmisch verlief. Aber auch die Autosparte und insbesondere der sonstige Fahrzeugbau verzeichneten einen Zuwachs des Produktionsvolumens.

Das überdurchschnittliche Wachstum der Investitionsgüterindustrie setzte sich 2004 fort. In der ersten Jahreshälfte lag die reale Produktion dieses Bereichs weit über dem Niveau des Vorjahres (Januar bis August: + 5,2%), im Gesamtjahr 2004 dürfte sich das Produktionsplus auf rund 4,5% belaufen. Neben den genannten Bereichen – außer dem sonstigen Fahrzeugbau – trägt 2004 auch der Maschinenbau erheblich zu dieser expansiven Entwicklung des Investitionsgüterbereichs bei. Auch für 2005 eröffnen sich dem Bereich der Investitionsgüter relativ günstige Perspektiven: Die Auslandsnachfrage wird sich weiter lebhaft entwickeln, und im Inland wird der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich für eine spürbare Nachfragebelebung sorgen. Im Jahresdurchschnitt 2005 ist bei der Investitionsgüterproduktion mit einem Plus von rund 4% zu rechnen.

Wachstumsbremse Konsumgütersektor

Die Schwachstelle des deutschen Industriepartfolios bleibt der Bereich der Konsumgüter. Zwar nahmen auch hier die Aus-

Abb. 4 Auftragseingang im Vorleistungsgütergewerbe

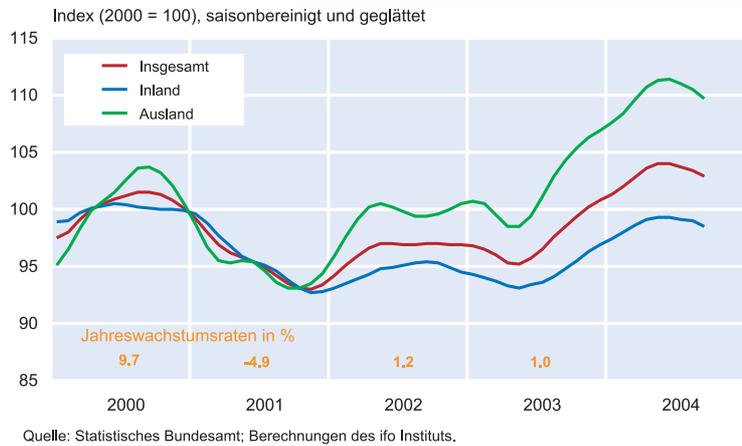


Abb. 5 Auftragseingang im Investitionsgütergewerbe

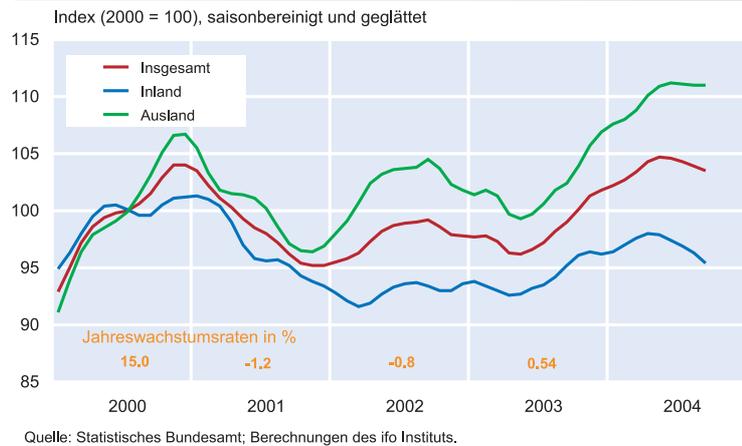
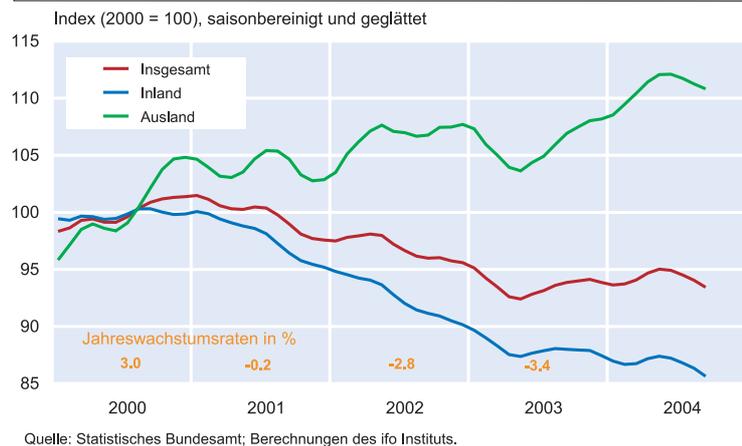


Abb. 6 Auftragseingang im Konsumgütergewerbe



landsaufträge im zweiten Halbjahr 2003 kräftig zu, der Auftragseingang aus dem Inland stagnierte jedoch auf sehr niedrigem Niveau. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts wirkte sich dies stark dämpfend auf die Gesamtnachfrage aus. Im Jahresdurchschnitt lag das Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2003 sogar um 2,2% unter dem Stand des Vorjahres. Besonders ungünstig fiel, abgesehen von der Tabakverarbeitung (- 17%), die Veränderung des Produktionsvolumens in den beiden Bereichen Bekleidungsindustrie (- 11%) und Lederindustrie (- 12%) aus.

Auch 2004 reichte bei sich fortsetzender Stagnation der schwachen Inlandsnachfrage der durchaus zu erkennende Anstieg des Auftragseingangs aus dem Ausland nicht aus, dem Produktionsvolumen eine ähnliche Wachstumsdynamik zu verleihen wie den beiden anderen Segmenten des verarbeitenden Gewerbes. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird der Zuwachs der Konsumgüterproduktion kaum über die Marke von 1% hinauskommen. Ebenso ist für das Jahr 2005 mit einer nur marginalen Verbesserung des realen Produktionswachstums im Konsumgütersektor zu rechnen. Zwar wird sich der inländische private Konsum etwas günstiger darstellen als 2004, von den weiter spürbar steigenden Importen dürften jedoch, wie schon in den Vorjahren, vor allem im Konsumgütersegment negative Impulse für die inländische Fertigung wirksam werden. Das Produktionswachstum der Konsumgüterindustrie wird 2005 voraussichtlich die Schwelle von 1,5% kaum übersteigen.

Aus der Zusammenfassung der einzelnen Branchenschätzungen ergibt sich, wie schon erwähnt, dass das verarbeitende Gewerbe 2005 insgesamt mit einem Produktionsplus von 3% weiterhin im Zeichen einer beachtlichen Wachstumsdynamik stehen wird, wobei die Investitionsgüterindustrie den treibenden Bereich bildet, die Vorleistungsgüterproduktion sich im industriellen Durchschnitt bewegen und das Konsumgütergewerbe weiter an Boden verlieren dürfte.

Beim Ausblick auf 2006 wurde davon ausgegangen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik nach der für 2005 erwarteten leichten Verstärkung des arbeitstäglich bereinigten BIP-Wachstums im Jahr 2006 nur wenig abschwächen wird. Für das verarbeitende Gewerbe insgesamt wird auf dieser Basis eine Verringerung des realen Produktionszuwachses auf 2,5% gesehen, wobei sich das Wachstum bei den Vorleistungsgütern überdurchschnittlich verringern wird, während die Investitionsgüterproduktion nochmals etwas stärker als das verarbeitende Gewerbe insgesamt zulegen dürfte.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Großhandel stimuliert durch expansive Importe ...

Josef Lachner

Im Großhandel haben sich die nominalen Umsätze zu Jahresbeginn 2004 deutlich belebt; inzwischen ist die Dynamik allerdings wieder etwas schwächer geworden. Die Nominalumsätze waren in den ersten acht Monaten um 3% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Real bedeutete das ein Plus von 0,6% (vgl. Abb. 7). Die Diskrepanz zwischen nominaler und realer Veränderungsrate ist hauptsächlich auf Preissteigerungen in einigen Rohstoffmärkten zurückzuführen.

Von wesentlicher Bedeutung für die Belebung der nominalen Umsätze war die Entwicklung des Außenhandels, speziell die der Importe. In den ersten acht Monaten 2004 war der Wert der importierten Waren um knapp 7% höher als in der gleichen Vorjahresperiode. Das darf als Ausdruck gestiegener preislicher Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Produkte gewertet werden. Offenbar ist es den Großhandelsunternehmen gelungen, diesen Importsog auch für die eigene Geschäftsentwicklung zu nutzen. Unternehmen des Großhandels agieren dabei sowohl als Importeur als auch in der Distribution der importierten Waren in der Fläche (Feindistribution).

... und wachsenden Produktionsverbindungshandel, ...

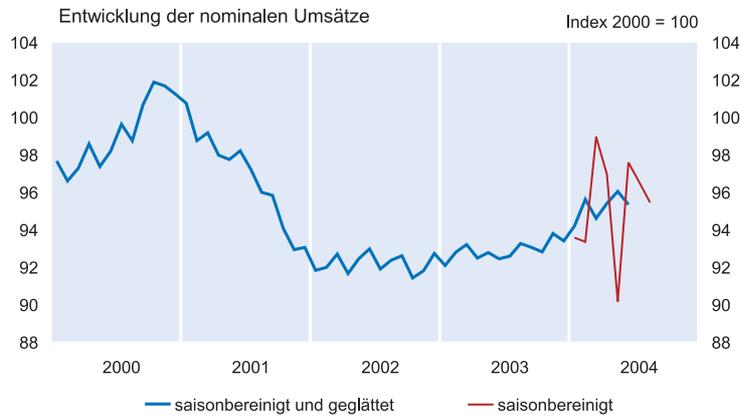
Weiterhin profitierte der Großhandel auch von der erhöhten Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Im Laufe des Jahres 2004 hat zwar die Aufwärtsentwicklung an Schwung eingebüßt, insgesamt war die Produktion in den ersten acht Monaten dieses Jahres aber um beachtliche 4,5% höher als im Vorjahr.

Zwischen den beiden großen Teilbereichen, dem Produktionsverbindungshandel und dem Konsumgütergroßhandel, zeigen sich deutliche Unterschiede in den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr. Der Produktionsverbindungshandel verzeichnete nominale Umsätze, die um rund 6% höher sind als 2003, wobei die Vorjahresumsätze im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren um knapp 7% und im Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen um reichlich 5% übertroffen wurden (vgl. Tab. 2).

... aber gebremst durch schleppenden Konsumgütergroßhandel

Im Konsumgütergroßhandel blieben die Umsätze hingegen um etwa 0,5% hinter dem Vorjahresergebnis zurück (vgl.

Abb. 7
Großhandel insgesamt



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

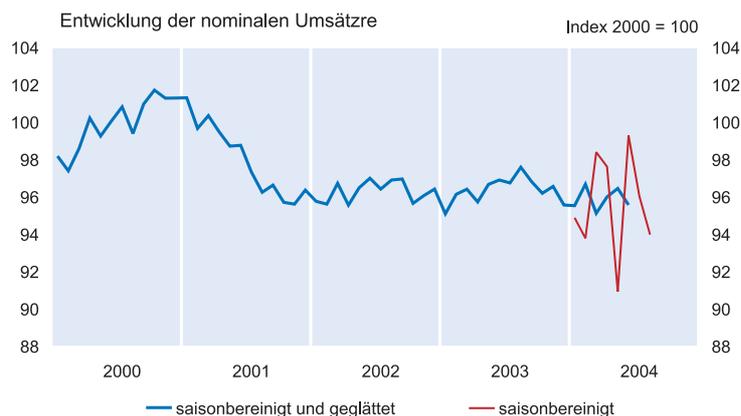
Tab. 2
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel
Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

	2003	2004 ^{a)}
Großhandel insgesamt	1,0	2,9
davon:		
Produktionsverbindungshandel	1,6	6,2
darunter:		
GH mit Rohstoffen, Halbwaren etc.	3,4	6,9
GH mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-2,8	5,3
Konsumgütergroßhandel	0,4	-1,0
darunter:		
GH mit Nahrungs- und Genussmitteln	2,9	1,5
GH mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	0,6	0,9

^{a)} Januar bis August.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 8
Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

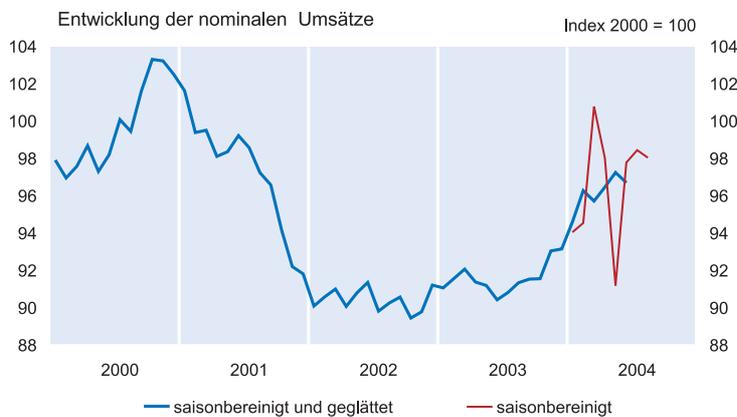
Abb. 8). Ausschlaggebend war dafür die ungünstige Umsatzentwicklung im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln; hier wurden die Vorjahresumsätze um knapp 4% verfehlt. Hingegen verzeichnete der Großhandel im Non-Food-Bereich ein nominales Plus von etwa 1%.

Für die schwache Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel ist ausschlaggebend, dass die wichtige Kundengruppe Einzelhandel auch 2004 rückläufige Umsätze verzeichnete. Sie werden voraussichtlich um nominal wie real etwa 1% niedriger sein als im Vorjahr. Hinzu kommt, dass die Einzelhandelskunden des Großhandels üblicherweise nicht zu den Gewinnern des Strukturprozesses im Einzelhandel gehören, auch wenn es dem selbständigen Großhandel in einzelnen Produktparten gelingt, auch Kunden im Kreise der Marktanteils Gewinner zu akquirieren. Das gilt insbesondere für die Anbieter von Non-Food-Artikeln. Eine andere Kundengruppe des Konsumgütergroßhandels, die allerdings insgesamt eine wesentlich geringere Bedeutung als der Einzelhandel hat, ist das Gastgewerbe. Hier war die Umsatzentwicklung abermals rückläufig. Für 2005 dürfte aus einem leichten Umsatzanstieg im gesamten Einzelhandel und weiter leicht rückläufiger Umsätze im Gastgewerbe auch für den Konsumgütergroßhandel ein geringer Zuwachs resultieren. Im Vergleich zu den Gesamtumsätzen 2004 ist jedoch mit keiner wesentlichen Änderung zu rechnen.

Die deutliche Zunahme der nominalen Umsätze im Großhandel ist also allein das Resultat der Expansion im Produktionsverbindungshandel (vgl. Abb. 9). Der größte Teil des nominalen Umsatzanstiegs von 6,2% ist dabei allerdings auf Preissteigerungen für Erze, Eisen und Stahl sowie Öl zurückzuführen. In konstanten Preisen war der Umsatz im Produktionsverbindungshandel in den ersten acht Monaten 2004 nur um knapp 2% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass die Preise in einzelnen Produktparten eher zurückgehen werden.

Für 2005 ist im Produktionsverbindungshandel mit einem weiteren Anstieg der nominalen wie der realen Umsätze zu rechnen.

Abb. 9
Produktionsverbindungshandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3
Voraussichtliche Entwicklung der Großhandelsumsätze für das Jahr 2005
Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

	nominal	real
Großhandel insgesamt	1,5	1,0
Produktionsverbindungshandel	3,0	2,0
Konsumgütergroßhandel	0,0	0,0

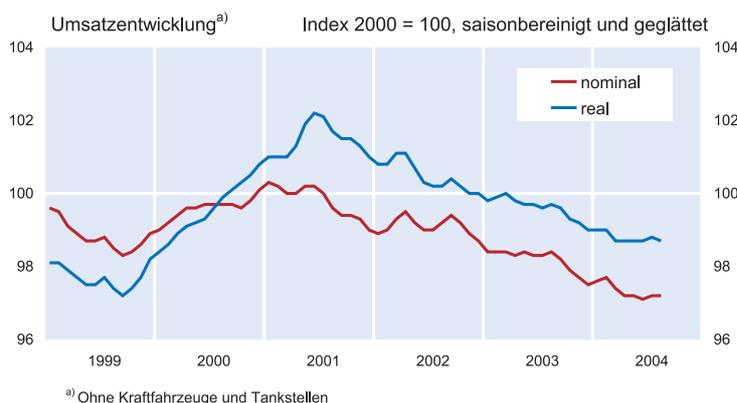
Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

nen. Als Stütze für diese Entwicklung dient die anhaltende Zunahme der Produktion im verarbeitenden Gewerbe sowie die erhöhte Bereitschaft der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, in Ausrüstungen zu investieren. Der Großhandel profitiert dabei von der erhöhten preislichen Wettbewerbsfähigkeit importierter Waren. Baunahe Großhandelssparten leiden jedoch nach wie vor an den rückläufigen Bauinvestitionen. Insgesamt ist für den Produktionsverbin-

dungshandel für 2005 mit Umsätzen zu rechnen, die nominal um 3% und real um 2% höher sein werden als 2004.

forschungsinstitute real lediglich stagnieren, nominal um 1,7% zunehmen.

Abb. 10
Einzelhandel insgesamt

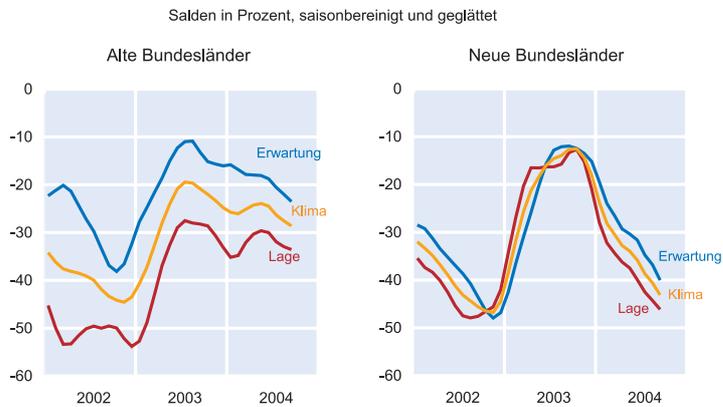


^{a)} Ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Wie aber steht es mit dem Einzelhandel? Der Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte 2004 um 1,3% wurde durch höhere Preise für Energie und Gesundheitsdienstleistungen weitgehend aufgezehrt. Zudem ist die Sparquote weiter leicht angestiegen. Der Einzelhandel in der traditionellen Abgrenzung, also ohne den Kfz-Sektor und ohne Tankstellen, musste nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den ersten acht Monaten sogar Umsatzeinbußen sowohl nominal als auch real um 1,3% im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen. Während bei den großflächigen und discountierenden Lebensmittelmärkten der Umsatz nur um 0,2% zurückging, fiel das Minus beim meist inhabergeführten Facheinzelhandel mit 1,6% deutlich größer aus. Von einem überdurchschnittlichen Umsatzrückgang war insbesondere der Versandhandel betroffen (6,4%). Betrachtet man die monatliche, saisonbereinigte Kurve der Einzelhandelsumsätze im Verlauf, so lässt sich in den letzten Monaten zumindest eine gewisse Stabilisierung erkennen, allerdings auf einem Niveau, das in etwa dem des Jahres 1999 entspricht (vgl. Abb. 10).

Abb. 11
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel

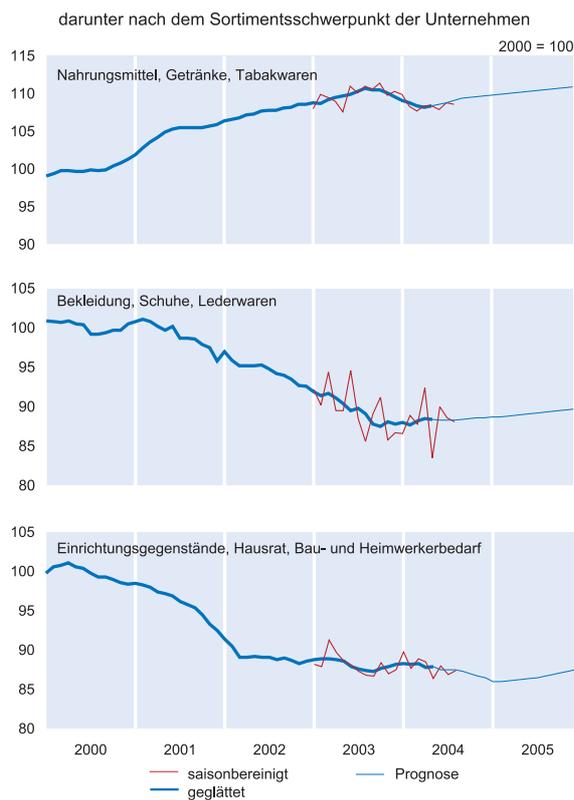


Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die schwache Nachfrage hat sich auch in den Meldungen der Einzelhandelsfirmen zum ifo Konjunkturtest niedergeschlagen. Das Geschäftsklima, das sich von Anfang bis Mitte letzten Jahres kontinuierlich verbesserte, hat sich seither wieder spürbar abgekühlt. Dabei beurteilten die Unternehmen nicht nur ihre aktuelle Geschäftslage wieder erheblich ungünstiger, sondern haben

Abb. 12
Umsätze des Einzelhandels

in jeweiligen Preisen, saisonbereinigte Werte (Deutsche Bundesbank)



Quelle: ifo Institut.

auch ihre Erwartungen deutlich nach unten revidiert, vor allem in den neuen Bundesländern (vgl. Abb. 11). Zwar hat in Westdeutschland aufgrund einer restriktiven Ordertätigkeit der Lagerdruck nachgelassen, die Lagerbestände gelten jedoch auch hier ebenso wie in den neuen Bundesländern als immer noch deutlich überhöht. Dementsprechend wollen die Unternehmen in naher Zukunft auch ihre Bestellungen weiter kürzen. Die neuesten Konjunkturtestergebnisse für den Monat Oktober lassen sowohl für West- als auch für Ostdeutschland immerhin eine leichte Klimabesserung erkennen.

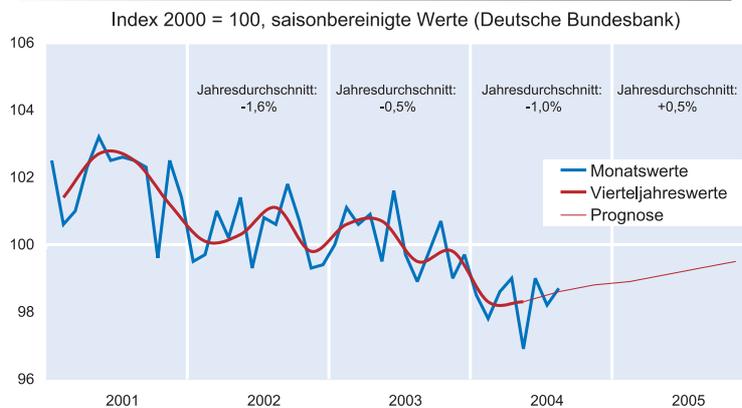
Nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik ergab sich in den einzelnen Sparten in saisonbereinigter Betrachtung auch in diesem Jahr wieder eine sehr differenzierte Umsatzentwicklung, wobei sich allerdings die Schere, die sich in den zurückliegenden Jahren immer weiter geöffnet hatte, wieder etwas schloss. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, die seit 1999 kontinuierlich gestiegen war, ging kurzzeitig von Herbst 2003 bis zum Frühjahr 2004 zurück, zog aber anschließend wieder etwas an. Der Trend zu höherwertigen Nahrungsmitteln setzt sich offenbar nun wieder fort. Bei Bekleidung, Schuhen und Lederwaren wurde der Umsatzrückgang im Herbst von einem Anstieg abgelöst, der sich allerdings zuletzt wieder etwas abschwächte. Im Gefolge der im Vorjahr vorübergehend gestiegenen Hochbauproduktion hat auch die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen, Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf von Jahresmitte 2003 bis Anfang 2004 angezogen, tendiert jedoch seither wieder nach unten. Die Umsatzkurve dieser Sparte folgt der Hochbauproduktion mit einem zeitlichen Abstand von etwa einem Dreivierteljahr. Da die Hochbauproduktion im Laufe dieses Jahres nahezu einbruchartig zurückgegangen ist, dürfte der Umsatzrückgang in diesem Bereich bis Anfang 2005 anhalten. Für die beiden anderen Sparten und die restliche, allerdings sehr heterogene Gruppe, kann man davon ausgehen, dass sich die Nachfrage im letzten Quartal 2004 weiter belebt, im Bereich Bekleidung, Schuhe und Lederwaren allerdings vergleichsweise schwach. (vgl. Abb. 12) Im Durchschnitt des Jahres 2004 ergibt sich nach dieser Prognose für den Einzelhandel insgesamt sowohl in nominaler als auch in realer Rechnung ein Umsatzminus von 1%. Dabei kommt ihm sogar noch zugute, dass in diesem Jahr vier Verkaufstage mehr zur Verfügung stehen als 2003.

... aber geringes Plus in 2005 zu erwarten

Für das Jahr 2005 prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten

Abb. 13

Einzelhandelsumsatz^{a)}



^{a)} Ohne Kraftfahrzeuge
Quelle: ifo Institut.

eine Zunahme der verfügbaren Einkommen um 2,3%. Zwar kommt es zum Jahresanfang 2005 erneut zu steuerlichen Entlastungen, und der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenkasse sinkt weiter, Kinderlose haben jedoch einen Zuschlag zur Pflegeversicherung von 0,25% zu leisten, und es wird ein Sonderbeitrag von 0,9% des Bruttolohns für gesetzlich Versicherte eingeführt. Insgesamt ergibt sich für die Arbeitnehmer per saldo eine Mehrbelastung der Einkommen von 0,45 Prozentpunkten. Auch die Entwicklung der Transfereinkommen wird von staatlichen Leistungseinschränkungen und Abgabenerhöhungen geprägt. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen, vor allem der Unternehmerhaushalte, werden dagegen etwas zunehmen. Die Sparquote dürfte unvermindert bei 10,8% liegen, wengleich hier unterschiedliche Einflüsse zugrunde gelegt werden. Der private Konsum wird somit im Jahresdurchschnitt 2005 voraussichtlich ebenfalls nominal um 2,3% zulegen.

Der Einzelhandel wird an diesem Anstieg nur in geringem Maß partizipieren können, denn die hohen Energiepreise und die zunehmenden Aufwendungen für Gesundheit und Altersvorsorge sowie für sonstige Dienstleistungen werden abermals einen großen Teil des Einkommenszuwachses absorbieren. Wir gehen davon aus, dass sich die Nachfrage nach Nahrungs- und Genussmitteln im Laufe des nächsten Jahres weiter nach oben entwickelt, im Jahresdurchschnitt dürften die Umsätze nominal um etwa 1% zulegen. Auch bei Bekleidung, Schuhen und Lederwaren wird der leichte Aufwärtstrend anhalten. Das Vorjahresergebnis dürfte hier aber kaum erreicht werden. Wegen der etwas erhöhten Hochbauproduktion und eines inzwischen eingetretenen Nachhol- und Ersatzbedarfs rechnen wir auch bei Einrichtungsgegenständen, Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf mit einem Anziehen der Nachfrage, dennoch dürften hier die Umsätze im Durchschnitt um 1%

unter Vorjahresniveau liegen. Für den Einzelhandel insgesamt ergibt sich somit ein Plus in der Größenordnung von 0,5% (vgl. Abb. 12 und 13). Aufgrund des anhaltenden Wettbewerbs werden sich Preiserhöhungen schwerlich durchsetzen lassen, so dass sich real eine Zunahme in gleicher Größenordnung errechnet. Der Anteil des Einzelhandels am gesamten privaten Verbrauch wird somit auch in den Jahren 2004 und 2005 weiter abnehmen, und zwar von 40% noch vor zehn Jahren auf weniger als 30%.

Eine Ausblick auf das Jahr 2006 lässt sich aus heutiger Sicht nur mit sehr großen Unsicherheiten quantifizieren. Man kann aber davon ausgehen, dass – auch wenn sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum abschwächen sollte – der Konsum erfahrungsgemäß erst mit zeitlicher Verzögerung davon betroffen wäre. Eine Zunahme des Einzelhandelsumsatzes um 1% scheint nicht unrealistisch zu sein, wobei ein Teil der Wachstumsrate sich bereits aus dem statistischen Überhang aus dem Jahre 2005 errechnet.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Volker Rußig

Anhaltende Talfahrt – etwas verlangsamter Kapazitätsabbau

Trotz der Ausweitung des Wohnungsneubaus infolge von zeitweilig wirksamen Vorzieheffekten bei selbstgenutzten Eigenheimen dürfte die konjunkturelle Schwächephase im deutschen Bausektor auch noch 2004 und 2005 anhalten (Bauinvestitionen: – 1,5% und – 1%) und dann nur allmählich auslaufen (Ausblick auf 2006: – 0,5%). Die Schrumpfung im Nichtwohnbau (Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau) setzt sich bis 2005 fort, und 2006 muss der Wohnungsbau voraussichtlich erneut Rückschläge verkraften. Mit einer kurzen Unterbrechung (1999) dauert die Talfahrt der deutschen Bauwirtschaft dann schon zwölf Jahre an. Weiterhin sind die neuen Bundesländer von der Baukrise wesentlich stärker betroffen als Westdeutschland. Nach dem bis Mitte der neunziger Jahre anhaltenden Bauboom ist die Anpassung der Baukapazitäten noch nicht abgeschlossen. Die Lösung der strukturellen Probleme dieser auch in Zukunft wichtigen Branche wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Eine Rückkehr zu den früheren Niveaus in den alten Strukturen wird es für die deutsche Bauwirtschaft also auch mittelfristig nicht geben.

Gesamtwirtschaftliches Umfeld und sektorspezifische Determinanten wirken dämpfend auf die Bautätigkeit

Die Annahmen zu den Rahmenbedingungen von Niveau und Struktur der Bautätigkeit basieren auf der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute (Herbstgutachten 2004). Zielvariablen in diesem Beitrag sind primär die Bauinvestitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Spartendifferenzierung und Bereinigung um den Saldo der Immobilienbestandstransaktionen zwischen den Sektoren Staat und Unternehmen, es wird aber auch auf die Wohnungsfertigstellungen eingegangen. Wegen der großen Unterschiede bei Ausgangslage, Determinantenkonstellation sowie historischen und zukünftigen Entwicklungen wird weiterhin separat für West- und Ostdeutschland analysiert und vorausgeschätzt.

Die Gesamtwirtschaft, speziell aber der Bausektor, profitieren 2004 von einem großen Arbeitstage-Effekt (rund fünf Tage mehr), der 2005 (und 2006) wegfällt. Aus rein »rechnerischen« Gründen ergibt sich daraus eine »belastende« Vorgabe für die Entwicklung der Bautätigkeit. Für die Voraussetzungen der konjunkturellen Entwicklung im deutschen

Bausektor bis 2006 wird außerdem von folgenden Fakten und Prämissen ausgegangen (Auswahl):

- Die Einwohnerzahl Deutschlands ist bis vor kurzem weiter gestiegen (und sie liegt damit über den Ausgangswerten der meisten Bevölkerungsprognosen); in Zukunft ist allerdings mit einer Abnahme zu rechnen. Der Ost-West-Wanderungssaldo dürfte noch größer werden. Die Zahl der Privathaushalte nimmt in beiden Teilgebieten (unterschiedlich stark) auch längerfristig zu. Die Altersstruktur der Bevölkerung verschiebt sich weiter zu den oberen Jahrgangsklassen, und ältere Menschen haben eine andere Konsumstruktur und eine niedrigere, strukturell divergierende Nachfrage nach Bauleistungen. Von der demographischen Entwicklung sind also keine spürbaren Konjunkturimpulse für die Bautätigkeit zu erwarten, allerdings wurde nicht unterstellt, dass der sich ab etwa 2015–2020 beschleunigende Rückgang von Bevölkerung und (zeitversetzt) Haushalten schon jetzt nachhaltig auf die Investitionsneigung durchschlägt.
- Bei nur moderatem, von Risiken überlagertem Wirtschaftswachstum ist keine kräftigere Steigerung der real verfügbaren Einkommen von »Normal«-Haushalten zu erwarten. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit schafft Unsicherheit und drückt auf die Nachfrage nach Bauleistungen, speziell im Wohnungsbau. Die intensivierte Suche nach alternativen Standorten für Teile der Produktion von Waren und zunehmend auch von Dienstleistungen dämpft trotz kräftig steigender Exporte den Wirtschaftsbau. Die »schwächelnden« Steuereinnahmen und die desolante Finanzlage der Gebietskörperschaften, speziell der »bau-gewichtigen« Kommunen, lassen die staatliche Baunachfrage und damit den öffentlichen Bau noch weiter zurückgehen. Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit, also die Bauaufkraft, bleiben für alle Bausparten im Anstieg noch eine Weile begrenzt, obwohl beachtliche Geldbeträge nach lohnenden Anlagen suchen und die Übertragung von Vermögen noch weiter zunimmt.
- Der Preisanstieg bleibt bei Grundstücken und Immobilien niedrig und bei Bauleistungen nahe oder unter null. Die Wohnungs- und Büromieten werden sich wohl erst ab Mitte 2005 stabilisieren. Die bei Wohn- und Wirtschaftsgebäuden deutlich heraufgesetzte Renditeschwelle wird nur mit Mühe und selektiv übersprungen. Die Zinsen bleiben auch mittelfristig weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Erhöhte Unsicherheit sowie weiterhin auf stabile Preise und Zinsen gerichtete Erwartungen führen zu anhaltendem Attentismus. Ein kräftiges Anziehen der (privaten) Baunachfrage in Form einer »Flucht in die Sachwerte« wegen hoher oder kräftig anziehender Inflations- und Wertsteigerungserwartungen ist im gesamten Prognosezeitraum nicht zu erwarten.
- Der fast schon »chronisch« angekündigte Subventionsabbau, insbesondere die absehbare Kürzung der Eigen-

heimzulage, trifft die Bauwirtschaft in einer konjunkturell und strukturell extrem schwierigen Phase. Die Ankündigung hat zu kräftigen Vorzieheffekten bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen geführt, ohne dass verlässliche Informationen darüber vorliegen, ob und wann die zusätzlichen Baugenehmigungen in Baubeginne bzw. steigende Bauleistungen umgesetzt werden. Der soziale Mietwohnungsneubau wird vom ohnehin stark reduzierten Niveau noch weiter zurückgehen. Enge Budgetrestriktionen dämpfen vor allem bei den Kommunen die Bauausgaben. An der Intensität der Staatseingriffe ergeben sich eher graduelle denn prinzipielle Änderungen. Von Public Private Partnerships (PPP) können nur sehr kleine Stabilisierungsbeiträge erwartet werden.

Baukonjunktur in Westdeutschland: Trotz Sondereffekten weiter anhaltender Rückgang ...

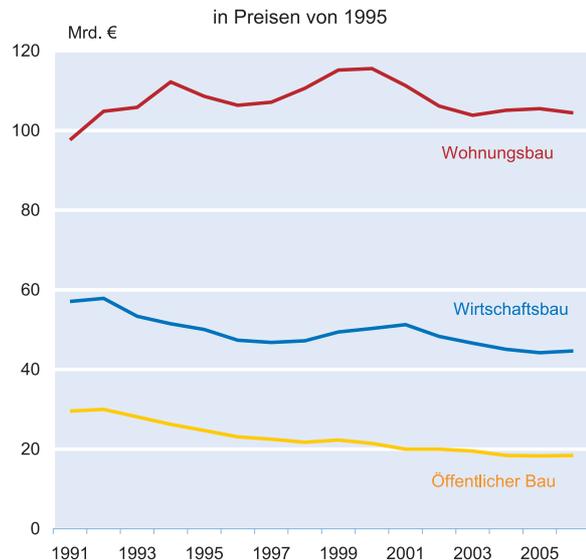
Wohnungsbau: Infolge der Kürzung bzw. drohenden Streichung der Eigenheimzulage ist es 2002 und 2003 im Eigenheimbau, aber auch für Eigentumswohnungen, bei den Baugenehmigungen zu massiven Vorzieheffekten gekommen. Über die Realisierung dieser »Zusatznachfrage« liegen keine wirklich »harten« Daten vor. Alle Prognosen bewegen sich deshalb auf stark »schwankendem« Boden. In die Fertigstellungsprognosen für 2004 und 2005 sind diese Sondereffekte mittels Schätzungen einbezogen. Je stärker sie in diesen Jahren positiv zu Buche schlagen, desto heftiger fällt 2006 der Rückschlag aus. Der Geschosswohnungsbau zieht bei Mietwohnungen fast ungebremst noch weiter nach unten, die Eigentumswohnungen profitieren nur wenig von den Vorzieheffekten. Die gesamten Wohnungsfertigstellungen bleiben 2004 unter 230 000 WE; sie erholen sich 2005 ein wenig, fallen aber 2006 wieder auf rund 225 000 WE zurück. Die Altbauerneuerung (investive Bestandsmaßnahmen) bleibt zwar ein »relativ« stabilisierendes Element, die seit vielen Jahren ziemlich kontinuierliche Aufwärtstendenz bekommt aber wegen der rückläufigen Immobilientransaktionen bei unsicheren Einkommen und hoher Arbeitslosigkeit ziemlich ausgeprägte »Flachstellen«. 2004 und 2005 steigen die realen Wohnungsbauinvestitionen etwas an, aber im Ausblick auf 2006 wird von einem erneuten Rückgang ausgegangen (vgl. Abb. 14).

... und nur allmähliche Stabilisierung auf deutlich reduziertem Niveau

Wirtschaftsbau: Bei wenig »schwungvoller« Inlandsnachfrage und weiterhin unsicheren Absatz- und Gewinnerwartungen sowie fortgesetztem Beschäftigungsabbau in wichtigen Branchen und noch immer unbefriedigender Kapazitätsauslastung sowie Verlagerungen von Produktionslinien ins

Abb. 14

Bauinvestitionen in Westdeutschland 1991 bis 2006^{a)} nach Sparten^{b)}



a) 2004 bis 2006: Prognose des ifo Instituts.

b) Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau bereinigt um den Saldo aus den intersektoralen Käufen/Verkäufen von Bestandsimmobilien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

benachbarte oder entferntere Ausland wird die (investive) Baunachfrage der Unternehmen 2004 und 2005 noch weiter zurückgehen. Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung und bei angestautem Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf könnte zeitverzögert auch der Wirtschaftsbau ab 2006 mit den dann kräftiger steigenden Ausrüstungsinvestitionen wieder zulegen.

Öffentlicher Bau: Nach dem positiven »Ausrutscher« 1999 und anschließenden neuerlichen, ziemlich kräftigen Einbrüchen ist bis 2005 noch keine Stabilisierung auf dem seit langem unbefriedigend niedrigen Niveau zu erwarten. Insbesondere die fast unverändert geringe Finanzkraft der Kommunen verhindert eine Niveaustabilisierung oder gar Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen, wobei der Tiefbau auch in Zukunft etwas besser abschneiden dürfte als der Hochbau. Erst ab 2006 ist wieder mit einem leichten Anstieg der staatlichen Baunachfrage (Neubau und investive Bestandsmaßnahmen) zu rechnen.

Bau insgesamt: Auch 2003 ging es bei den westdeutschen Bauinvestitionen noch weiter nach unten. Trotz der Sondereffekte im Wohnungsbau wird die »Bodenplatte« bis 2006 noch nicht erreicht, das Schrumpfungstempo lässt aber deutlich nach (vgl. Tab. 4). Die unerwartet hartnäckige Baurezession wird nach nochmaliger Zuspitzung bzw. hohen Rückgängen nur ganz allmählich überwunden. Die Zukunftsaussichten bleiben auch in den alten Bundesländern selbst auf mittlere Sicht stark »eingetrübt«.

Tab. 4

**Bauinvestitionen^{a)} in Westdeutschland nach Sparten:
Absolutwerte 2003 und Veränderungsraten 2004 bis 2006**

	Absolutwert ^{b)} 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)		
		2004	2005	2006
Wohnungsbau	103,82	1,2	0,4	-1,0
Wirtschaftsbau ^{c)}	46,61	-3,3	-1,9	1,0
Öffentlicher Bau ^{c)}	19,49	-5,6	-0,5	0,5
insgesamt	169,92	-0,8	-0,3	-0,3

^{a)} In Preisen von 1995. – ^{b)} In Mrd. Euro. – ^{c)} Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau bereinigt um intersektorale Käufe/Verkäufe von Land.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Bautätigkeit in Ostdeutschland: Fortsetzung der lange anhaltenden Abwärtstendenz ...

Wohnungsbau: Trotz der (vergleichsweise schwächer ausgeprägten) Vorzieheffekte und weiterhin großem Nachholbedarf bei Wohneigentumsquote und durchschnittlicher Wohnfläche wird der Eigenheimbau weiter zurückgehen, weil Abwanderung und Auspendler die Nachfrage dämpfen, keine ausreichende Kaufkraft aus hohen und steigenden Einkommen vorhanden ist und nur geringe Vermögen zur Verfügung stehen. Für 2005 wird bei den Fertigstellungszahlen in dieser Gebäudekategorie eine schwache »Umkehrreaktion« unterstellt, weil ein Teil der vorgezogenen Genehmigungen realisiert werden dürfte. Dies führt allerdings 2006 zu einem neuerlichen Rückgang. Der Geschosswohnungsbau setzt seinen steilen »Absturz« weiter fort, weil große, wenngleich etwas abgeschmolzene Leerstände in Platten- und Altbeständen auf den Markt und die Renditen drücken und die Zahlungsfähigkeit nur wenig zunimmt. Die gesamten Wohnungsfertigstellungen stabilisieren sich ab 2005 auf extrem niedrigem Niveau (von knapp unter 30 000 WE); sie erreichen nur noch weniger als ein Fünftel ihres nach der Wende realisierten Spitzenwertes (1997: fast 180 000 WE). Die werterhöhende Altbauerneuerung ist selbst mit den (längst nicht mehr so »üppigen«) Fördermaßnahmen nur noch eine schwache Stütze, und die investiven Baumaßnahmen im Wohnungsbestand können trotz der Flutschädenbeseitigung das »Neubauloch« bei weitem nicht auffüllen. Der Einbruch bei den Wohnungsbauinvestitionen wird sich in diesem und vor allem im nächsten Jahr wegen der diversen Sondereffekte verlangsamen, und 2006 könnte es fast zu einer Niveaustabilisierung reichen (vgl. Abb. 15).

... mit allenfalls »nebulös« erkennbaren Widerstandslinien

Wirtschaftsbau: Durch die Zusatzmittel zur Beseitigung der Flutschäden (Deutsche Bahn u.a.) wurde nur in geringem

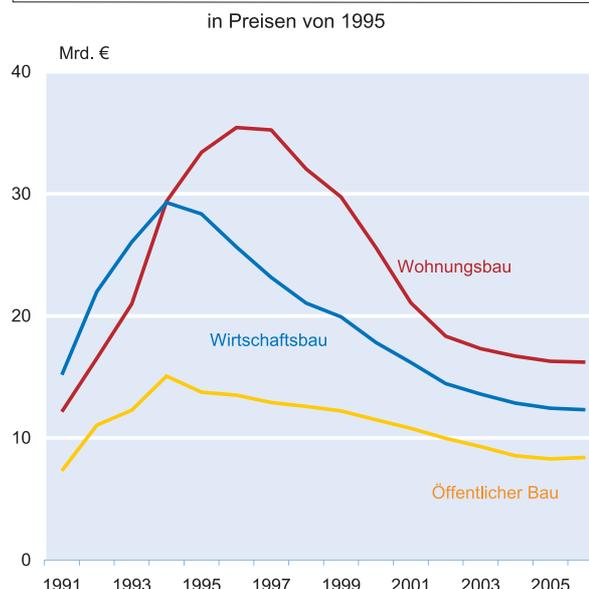
Umfang zusätzliche »wernerhöhende« Baunachfrage ausgelöst. Infolge der schwachen Ausweitung der Produktion dürfte der Rückgang der investiven Baunachfrage der Unternehmen 2004 wenig gebremst anhalten; 2005 und 2006 ist mit einer weiteren Abschwächung zu rechnen. Selbst wenn das Bruttoinlandsprodukt mittelfristig wieder stärker zulegen sollte, wird es voraussichtlich noch nicht zu einer Stabilisierung des Wirtschaftsbaus reichen, weil ausreichend große Reserveflächen vorhanden sind und aktiviert werden können.

Öffentlicher Bau: Die nur recht zögerlich »abgeflossenen« Mittel zur Beseitigung der großen Flutschäden, die außerdem zum Teil »kompensatorisch« eingesetzt wurden, brachten bei den Bauinvestitionen des Staates allenfalls eine leichte Abflachung der weiter vorherrschenden Negativtendenz. Für 2005 muss aber auf dem niedrigen Niveau nicht mehr mit ganz so hohen Rückgängen im öffentlichen Bau gerechnet werden, und 2006 könnte es sogar zu einem leichten Plus reichen.

Bau insgesamt: Bei den aggregierten ostdeutschen Bauinvestitionen geht es 2004 trotz der diversen Sondereffekte (»vorgezogener« Eigenheimbau, »Flutgelder« und Arbeitstageeffekt) weiter und selbst 2005 nur wenig verlangsamt

Abb. 15

Bauinvestitionen in Ostdeutschland 1992 bis 2006^{a)} nach Sparten^{b)}



^{a)} 2004 bis 2006: Prognose des ifo Instituts.

^{b)} Wirtschaftsbau und öffentlicher Bau bereinigt um den Saldo aus den intersektoralen Käufen/Verkäufen von Bestandsimmobilien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Tab. 5
Bauinvestitionen^{a)} in Ostdeutschland nach Sparten:
Absolutwerte 2003 und Veränderungsraten 2004 bis 2006

	Absolutwert ^{b)} 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)		
		2004	2005	2006
Wohnungsbau	17,31	-3,5	-2,5	-0,5
Wirtschaftsbau ^{c)}	13,60	-5,5	-3,2	-1,0
Öffentlicher Bau ^{c)}	9,29	-8,1	-3,0	1,5
insgesamt	40,20	-5,2	-2,8	-0,2

a) In Preisen von 1995. – b) In Mrd. Euro. – c) Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau bereinigt um intersektorale Käufe/Verkäufe von Land.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

bergab. Erst im Ausblick auf 2006 zeichnet sich eine Stabilisierung ab (vgl. Tab. 5), was aber nicht bedeutet, dass damit schon eine nachhaltige Trendwende nach oben eingeleitet wird. Der Normalisierungsprozess und die Struktur- anpassungskrise mit Kapazitätsabbau werden also insbesondere im Bausektor Ostdeutschlands noch weiter andauern.

Baukonjunktur in Deutschland: Nach überaus hartnäckiger Flaute ...

Wohnungsbau: Das Jahresergebnis im Eigenheimbau wird bei den Fertigstellungen 2004 den Vorjahreswert in etwa halten können. Diese Gebäudekategorie behält also dank der Vorzieheffekte ihre relative Stabilisierungsrolle. Diese Sonder- effekte lassen die Fertigstellungszahlen 2005 sogar leicht ansteigen, es folgt aber ein – hiervon bestimmter – neuerlicher Rückgang. Das größere »Sorgenkind« bleibt kurz- und mittelfristig der Geschosswohnungsbau, weil die zyklische Gegenreaktion voraussichtlich verzögert erfolgen und schwächer als früher bzw. als üblich ausfallen wird. 2005 sind minimal höhere (insgesamt rund 265 000 WE), danach zunächst leicht sinkende oder allenfalls stabile Fertigstellungszahlen zu erwarten. Von der bis 2000 übertroffenen politischen Zielmarke 400 000 WE pro Jahr bleiben die gesamten Wohnungsfertigstellungen damit bis 2006 ein Riesenstück entfernt. Selbst mit den in beiden Landesteilen reduzierten Zuwächsen bzw. zeitweiligen Rückgängen bleibt die Altbauerneuerung wesentliche Stütze der investiven Wohnungsbautätigkeit im Prognosezeitraum (und darüber hinaus). Vom Neubau kommen zwar »Zwischenimpulse«, eine klare Trendumkehr ist aber noch nicht in Sicht. Die seit 2000 massiv rückläufigen Wohnungsbauinvesti-

tionen erholen sich 2004 nur geringfügig und halten dann nur »mühsam« dieses Niveau. Ein neuerlicher Wohnungsbauboom als Motor des Aufschwungs im Bausektor und in der Gesamtwirtschaft zeichnet sich für die nächsten Jahre nicht ab.

... nur ganz allmähliche Stabilisierung und weiterhin massive Strukturprobleme

Wirtschaftsbau: Nach beschleunigtem Rückgang in 2002 und (nur wenig schwächer) in 2003 sinkt die investive Bautätigkeit des Unternehmenssektors 2004 und 2005 im Jahresvergleich noch weiter, obwohl der Osten nicht mehr ganz so stark nach unten zieht. Der Anstieg des Wirtschaftsbaus bleibt 2006 voraussichtlich ziemlich klein, obwohl die Produktion in den übrigen Wirtschaftsbereichen bzw. die Beiträge der sonstigen BIP-Verwendungsaggregate, insbesondere die Konsumausgaben der Privathaushalte, wieder rascher ausgeweitet werden.

Öffentlicher Bau: Trotz der zusätzlichen »Flutgelder« und des Arbeitstageffekts werden die staatlichen Bauinvestitionen 2004 sogar beschleunigt absinken, weil die Finanzschwäche des Staates zu weiteren Kürzungen der Bauausgaben zwingt. Auch für 2005 ist mit einem (allerdings deutlich schwächeren) Rückgang zu rechnen, aber 2006 dürfte es zu etwas mehr als einer »schwarzen Null« reichen. Das Niveau bleibt in dieser Bausparte weiterhin sehr niedrig und hinter den gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen an einen »angepassten« Ausbau und die (Substanz-)Erhaltung der Infrastruktur deutlich zurück.

Bau insgesamt: Bei den aggregierten Bauinvestitionen ist 2004 von einem nochmaligen, wenngleich nicht mehr ganz

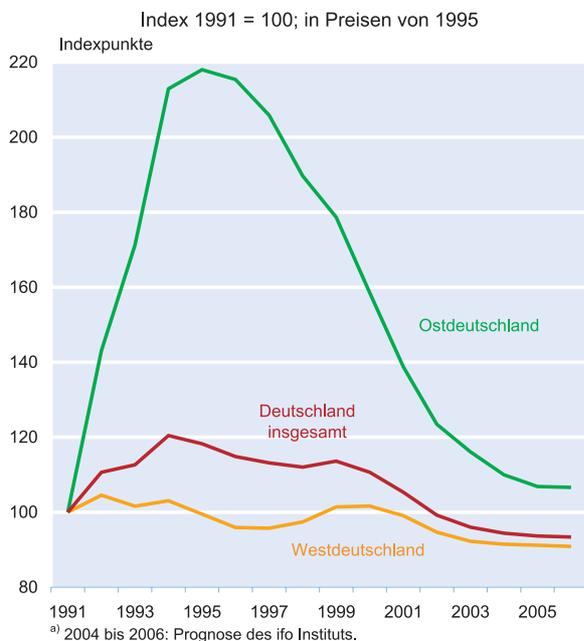
Tab. 6
Bauinvestitionen^{a)} in Deutschland nach Sparten:
Absolutwerte 2003 und Veränderungsraten 2004 bis 2006

	Absolutwert ^{b)} 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)		
		2004	2005	2006
Wohnungsbau	121,13	0,5	0,0	-1,0
Wirtschaftsbau ^{c)}	60,21	-3,8	-2,2	0,6
Öffentlicher Bau ^{c)}	28,78	-6,4	-1,3	0,8
insgesamt	210,12	-1,7	-0,8	-0,3

a) In Preisen von 1995. – b) In Mrd. Euro. – c) Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau bereinigt um intersektorale Käufe/Verkäufe von Land.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Abb. 16

**Bauinvestitionen in (West- und Ost-) Deutschland
1991 bis 2006^{a)}**


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

so kräftigen Rückgang auszugehen (- 2%). Teilweise als Gegenreaktion auf die drei angesprochenen Sondereffekte wird es 2005 – trotz gesamtwirtschaftlicher Belebung – voraussichtlich noch nicht ganz zu einer Stabilisierung reichen (- 1%). Der Bausektor dämpft also weiterhin den ohnehin nicht sonderlich dynamischen Konjunkturaufschwung in Deutschland; seine Bremswirkung bleibt voraussichtlich auch noch 2006 bestehen (- 0,5%; vgl. Tab. 6). In der Indexbetrachtung der Entwicklung der realen Bauinvestitionen in den beiden Teilgebieten (1991 = 100; vgl. Abb. 16) setzt sich die Annäherung der Kurven zwar weiter fort, die »Ost-West-Baulücke« wird aber selbst im Ausblick auf 2006 (noch) nicht ganz geschlossen. Für Deutschland insgesamt ergibt sich seit 1994 (etwas über 120 Indexpunkte) und noch bis 2006 eine fast ununterbrochene Abwärtstendenz bis auf etwa 93 IP.

Fazit: Nach der Baukrise keine Rückkehr zu alten Strukturen und früheren Niveaus

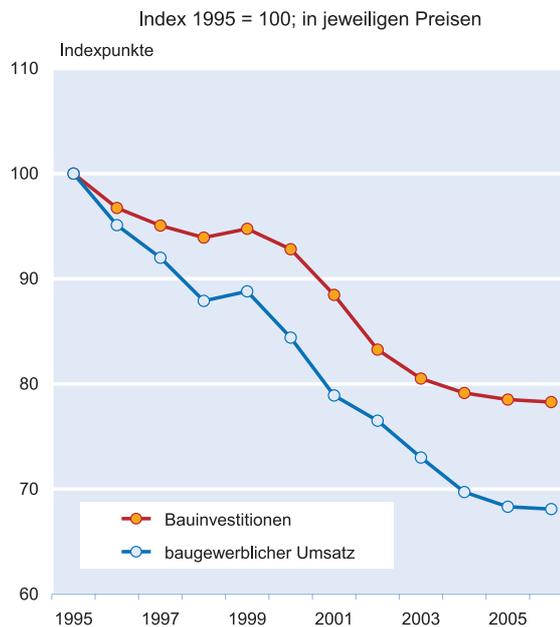
Vom sich abzeichnenden Einschwenken der Gesamtwirtschaft auf einen etwas steileren, aber sehr labilen Wachstumspfad dürfte der seit über einem Jahrzehnt krisengeschüttelte Bausektor erst mit großer zeitlicher Verzögerung profitieren. Die wichtigsten Einflussfaktoren signalisieren – gerade auch in den »stabilen« Erwartungen – eine weiter anhaltende Zurückhaltung bei (fast) allen Investorengrup-

pen und damit in allen Bausparten. Die überaus hartnäckige Baurezession dämpft also weiterhin den ohnehin nicht sonderlich dynamischen Konjunkturaufschwung in Deutschland. Dabei wird mit der Verwendung der Variablen »Bauinvestitionen« in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) die Branchenentwicklung noch relativ »schön« dargestellt, weil in diese Variable viele Bestandteile eingehen, die konjunkturell nur vergleichsweise geringe Schwankungen aufweisen (z.B. staatliche Leistungen), insbesondere aber, weil Eigenleistungen und auch Schwarzarbeit (mit steigenden Werten) hinzugeschätzt werden.

Wie unterschiedlich die Entwicklungen im Vergleich mit dem eigentlichen »Baugeschäft« dadurch verlaufen, verdeutlicht die Index-Darstellung der Bauinvestitionen und der baugewerblichen Umsätze des Bauhauptgewerbes (vgl. Abb. 17): Auf der Basis 1995 (also vom Höhepunkt des Baubooms) ergibt sich bis 2003 eine »Lücke« von rund 7,5 Indexpunkten, die sich bis 2006 auf über 10 IP vergrößern dürfte. Die Stabilisierung könnte allerdings im Rohbau und damit im Bau(haupt)gewerbe früher einsetzen und etwas markanter ausfallen.

Der Bauanteil am Bruttoinlandsprodukt, der 1997 noch bei rund 12,5% und 2000 bei über 11,8% gelegen hat, erreichte 2003 nur noch etwa 9,1%; er wird bis 2006 noch weiter zurückgehen (auf deutlich unter 9%). Die Bauinvestitionen pro Einwohner fielen in den neuen Ländern im Wohnungs-

Abb. 17

**Bauinvestitionen und baugewerblicher Umsatz im
Bauhauptgewerbe 1995 bis 2006**


Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Vorausschätzungen des ifo Instituts.

bau bereits 2001 wieder und sie fallen bis 2006 noch stärker unter das Westniveau. Im Nichtwohnbau (Wirtschaftsbau und vor allem öffentlicher Bau) bleiben sie aber noch eine Reihe von Jahren wesentlich höher (West-Ost-Vergleich für 2003: Wohnungsbau rund 1 500 zu 1 200 €, Nichtwohnbau etwa 1 000 zu 1 500 € pro Einwohner).

Der enorm große Anpassungsdruck auf Unternehmen und Beschäftigte des gesamten Baugewerbes und der von diesem Sektor »abhängigen« Wirtschaftszweige bleibt in den nächsten Jahren bestehen. Die Struktur der ganzen Branche (Beschäftigte und Unternehmen; ausländische Wettbewerber; General- und Subunternehmer; Anteil der Bauparten und der Bauleistungskategorien usw.) hat sich schon massiv verändert; dieser Prozess wird noch weiter anhalten.

Ein Ende des Kapazitätsabbaus ist im Bausektor auch auf mittlere Sicht nicht zu erwarten. Im Inland werden vielmehr in der ganzen »Baukette« die Kapazitäten weiter reduziert werden müssen. Ausländische und inländische Wettbewerber (Unternehmen; ICH-AG's; legale und illegale Arbeitskräfte) werden auch in Zukunft in beträchtlich großer Zahl auf den Markt drängen. Die (»reguläre«) Zahl der Erwerbstätigen im deutschen Baugewerbe (Bauhaupt- und Ausbaugewerbe), die 1995 noch bei fast 3,25 Mill. und 2000 bei rund 2,75 Mill. gelegen hatte, dürfte bis zur Mitte dieser Dekade auf unter 2 Mill. absinken. Eine vom »normalen« zyklischen Auf und Ab bestimmte Rückkehr zu den früher realisierten Niveaus wird es aller Voraussicht nach – mit Sicherheit in Ost-, voraussichtlich aber auch in Westdeutschland – nicht geben. Wachstumsimpulse für die Gesamtwirtschaft sind vom Bausektor in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungsbereich

Dienstleistungen konjunkturell anfälliger als früher

Gernot Nerb

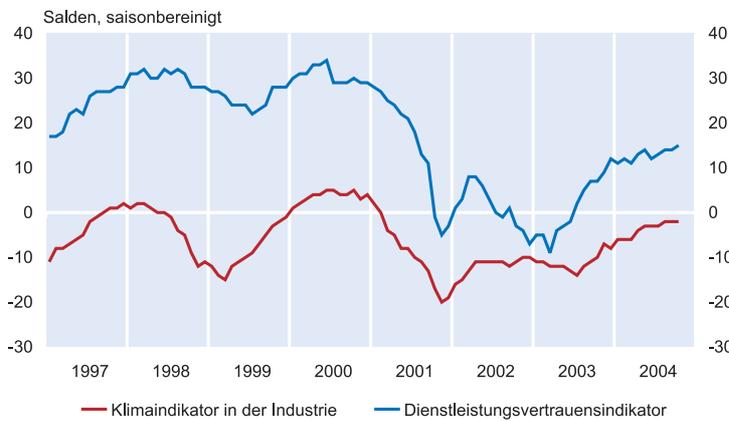
Die gegenüber den sechziger, siebziger, achtziger und auch über weite Strecken der neunziger Jahren heute größere Konjunkturempfindlichkeit des Dienstleistungssektors ist ein international zu beobachtendes Phänomen. Dies sei demonstriert am Beispiel der EU15, d.h. der Europäischen Gemeinschaft vor Eintritt der zehn neuen Mitgliedsländer zum 1. Mai 2004. In Abbildung 18 sind die jeweils aus nationalen Unternehmensumfragen – wie dem ifo Konjunkturtest für Deutschland – konstruierten Vertrauensindikatoren für den Dienstleistungssektor und für das verarbeitende Gewerbe (Industrie) zusammengestellt. Wie aus dieser Abbildung hervorgeht, wies der Dienstleistungssektor im Zeitraum 1997–2000 wesentlich geringere konjunkturelle Schwankungen auf als die europäische Industrie, die in dieser Zeit spürbar unter der Asien- und Russlandkrise gelitten hat. Der konjunkturelle Abschwung 2001/2002, der stark vom Platzen der Spekulationsblasen in der »New Economy« und auf den Aktienmärkten geprägt war, wirkte sich dagegen im Dienstleistungssektor sogar noch stärker aus als in der Industrie.

Verantwortlich hierfür ist einmal der Finanzdienstleistungssektor, der infolge der Turbulenzen auf den Aktienmärkten und der breiten Pleitewelle im Unternehmenssektor mit gewaltigen Problemen zu kämpfen hatte. Die im Frühjahr 2003 einsetzende konjunkturelle Erholung schlug sich ebenfalls schneller und ausgeprägter in den Frühindikatoren des Dienstleistungssektors als in denen der Industrie nieder. Hierbei dürfte auch eine erhebliche Rolle gespielt haben, dass Industriefirmen wieder in größerem Umfang Dienstleistungsfunktionen auslagerten, die sie in den Krisenzeiten 2001/2002 vorübergehend wieder in ihr Unternehmen zurückgeholt hatten, um die eigenen Personalkapazitäten besser auszulasten. Die deutliche konjunkturelle Besserung im europäischen Dienstleistungssektor seit Frühjahr 2003, die allerdings im Jahresdurchschnitt nur ein bescheidenes Umsatzplus ergab, hängt zu einem erheblichen Teil damit zusammen, dass vor allem die Finanzdienstleister dank expansiver Geldpolitik und sich erholender Aktienmärkte das tiefe Konjunkturtal allmählich hinter sich lassen konnten.

Einen Anhaltspunkt hierfür geben die Konjunkturtestergebnisse aus dem bayerischen Finanzdienstleistungssektor, den das ifo Institut probeweise seit dem Jahre 2000 zusammen mit der Deutschen Bundesbank in quartalsmäßigem Abstand durchführt. Auf europäischer Ebene werden bisher die Ergebnisse für das Finanzgewerbe noch nicht

Abb. 18

Indikatoren im Vergleich (EU 15)



Quelle: EU Kommission.

gesondert ausgewiesen; auch für Deutschland insgesamt gibt es noch keine repräsentativen Umfragedaten für diesen Sektor. Wie aus den Ergebnissen des bayerischen Finanzdienstleister-Konjunkturtests mit über 800 Teilnehmern hervorgeht, haben sich dort die Geschäftslage und die Geschäftsaussichten im Laufe des zweiten Halbjahres 2003 deutlich verbessert. Seit Jahresanfang 2004 hat sich dieser konjunkturelle Erholungsprozess jedoch wieder deutlich abgeschwächt (vgl. Abb. 19). Im Bankensektor wie auch im Dienstleistungssektor insgesamt – sowohl auf deutscher wie auf europäischer Ebene – tendieren seitdem die Frühindikatoren seitwärts, was auf eine deutliche Tempoverlangsamung im konjunkturellen Erholungsprozess schließen lässt.

Aus heutiger Sicht spricht viel dafür, dass es sich hierbei um eine »Delle« im Aufschwung und nicht bereits um den Beginn eines erneuten Abschwungs nach nur kurzer Erholung handelt. Aus früheren Aufschwüngen wissen wir, dass kon-

junkturelle Erholungen häufig schubartig erfolgen und von Phasen geringeren Wachstums oder sogar vorübergehender Stagnation unterbrochen werden. Insgesamt erwarten wir sowohl bei den mehr konsumorientierten Dienstleistungen als auch bei den mehr unternehmensorientierten Dienstleistungen im Durchschnitt des Jahres 2004 wie auch in den beiden Folgejahren eine Fortsetzung des Aufwärtstrends.

Im Folgenden soll detaillierter anhand der ifo Konjunkturumfrage-Ergebnisse auf die Entwicklung in ausgewählten Dienstleistungsbranchen in Deutschland eingegangen werden.

Verhaltene Entwicklung im Bereich der DV-Dienstleistungen

Joachim Gürtler

Die Konjunkturschwäche in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche war hartnäckiger als zunächst angenommen. Nach Einschätzung des Branchenverbandes BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien, Berlin) schrumpften die nominalen Umsätze 2002 und 2003 um 2,4 bzw. 1,0%, die Beschäftigung verringerte sich im gleichen Zeitraum um 6 bzw. 4%. Das nominale Umsatzvolumen betrug im vergangenen Jahr rund 41 Mrd. €.

Die deutschen Software- und DV-Dienstleistungsunternehmen haben zwar die Talsohle der vergangenen Jahre durchschritten, die Erholung kommt aber nur mühsam voran. Nach vier Anstiegen in Folge tritt der ifo Geschäftsklimaindex seit Anfang 2004 mehr oder weniger auf der Stelle. Den Hoffnungen auf eine kräftige Belebung ab der Jahresmitte 2004 haben die aktuellen Umfrageergebnisse einen Dämpfer erteilt. Die Geschäftslage verbesserte sich freilich seit dem Tiefpunkt im Herbst 2002 von per saldo – 27% auf + 1% im ersten Vierteljahr 2004, im zweiten Berichtsquartal konnte sich der Geschäftsverlauf nur noch knapp auf dem zufriedenstellenden Niveau behaupten. Bei den Geschäftserwartungen macht sich offenbar eine gewisse Vorsicht breit, das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung hat sich zwar auf dem erreichten hohen Niveau weiter behauptet, eine weitere Aufhellung war nun aber nicht mehr zu beobachten, und auch die Pers-

Abb. 19

Geschäftsklima^{a)} im bayerischen Finanzgewerbe



^{a)} Geometrisches Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank; HV München und ifo Institut.

pektiven hinsichtlich der künftigen Umsatzentwicklung wurden zur Jahresmitte 2004 nicht mehr ganz so rosig gesehen. Dieses Votum lässt nur den Schluss zu, dass sich der Erholungskurs in der DV-Branche nur verlangsamt fortsetzen wird.

Bei den großen DV-Dienstleistungsanbietern (Unternehmen ab 50 Mill. € Umsatz pro Jahr) ist die Schwächephase offenbar überwunden, die konjunkturelle Erholung dürfte an Fahrt gewinnen. Nachfrage und Umsätze zogen in der ersten Jahreshälfte 2004 spürbar an, die Auftragsbücher füllten sich, und auch die Erwartungen wurden sichtlich nach oben korrigiert. Die kleineren Unternehmen der Branche schleppen sich dagegen nur mühsam aus der Talsohle, der Bestelleingang war weiter rückgängig, die Umsätze verfehlten auf breiter Front die Vorjahresergebnisse.

Der Abwärtstrend der Beschäftigung ist in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche noch nicht zum Stillstand gekommen: 2002 gingen rund 22 000 Arbeitsplätze verloren, 2003 wurden etwa 13 000 Stellen gestrichen. Positiv ist allenfalls zu sehen, dass der Beschäftigungsabbau nun doch allmählich auslaufen wird. Bei den Beschäftigungserwartungen für die nächsten Monate hielten sich positive und negative Stimmen knapp die Waage. Etwas günstiger sieht das Bild bei den größeren Betrieben aus, hier wird sogar schon wieder ein leichter Zuwachs erwartet. Bei den kleineren Betrieben blieben die Unternehmer dagegen zugeknöpft, hier überwogen per saldo immer noch die pessimistischen Stimmen.

Zurückhaltende Geschäftserwartungen in der Versicherungswirtschaft

In enger Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft führt das ifo Institut seit Ende 1999 einen vierteljährlichen Konjunkturtest im Versicherungsgewerbe durch. Die deutsche Versicherungswirtschaft konnte auch im vergangenen Jahr – trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation und den Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten – auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken. Die Beitragseinnahmen wuchsen 2003 um 4,9% nach 4,4% in 2002.

Die Indikatoren des ifo Konjunkturtests zeigen die positive Entwicklung im vergangenen Jahr, seit dem Jahreswechsel 2003/04 hat aber der Geschäftsklimaindex von Quartal zu Quartal nachgeben. Die Eintrübung ist dabei ausschließlich auf eine vorsichtigere Einschätzung der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zurückzuführen. Die Urteile zum jeweils aktuellen Geschäftsverlauf fielen dagegen unverändert günstig aus. Spartenmäßig hat vor allem die Schaden- und Unfallversicherung sowie die private Kran-

kenversicherung zu diesem Stimmungsbild beigetragen. In der Lebensversicherung tritt das Geschäftsklima dagegen seit drei Quartalen mehr oder weniger auf der Stelle. Das Neugeschäft hat sich verlangsamt, weniger Unternehmen als zuvor berichteten über gestiegene Beitragseinnahmen, und auch die hoffnungsvollen Erwartungen bezüglich der künftigen Beitragsentwicklung haben sich sichtlich abgeschwächt.

Leasingbranche: Geschäftsklima gibt deutlich nach – Erholung bei den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen lässt noch auf sich warten

36

Joachim Gürtler und Arno Städtler

Die deutschen Unternehmen und der Staat beteiligen sich am Spartrend hier zu Lande. Sie hielten sich im bisherigen Jahresverlauf mit ihren Investitionsausgaben zurück, eine Wende zum Besseren ist noch nicht zu erkennen. Schon in den ersten Monaten des Jahres schwanden die ursprünglich gehegten Wachstumshoffnungen für die Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft in 2004. Der kräftige Exportzuwachs löste bisher noch keinen Investitionsaufschwung aus, weil die Kapazitäten unausgelastet blieben und es angesichts der schwachen Absatzperspektiven im Inland nicht rentabel war, diese auszuweiten. Auch das Ersatzmotiv war nicht stark genug, um einen Investitionsanstieg zu generieren. Die Ausgaben für Ausrüstungen und sonstige Anlagen sind im vergangenen Jahr in nominaler Rechnung um 2,8% (nach – 8% 2002) zurückgegangen (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute 2004), und auch für 2004 errechnet sich eine Einbuße um rund 1%. Dies ist bereits der vierte Rückgang in Folge. Auch für die ersten Monate des Jahres 2005 sind noch kaum Aufschwungssignale zu erkennen. Lediglich die inländischen Bestellungen der Maschinenbauunternehmen sind im September um 10% gestiegen (o.V. 2004a). Diese Produkte werden jedoch größtenteils im verarbeitenden Gewerbe eingesetzt, das direkt vom Exportboom profitiert und daher auch schon 2004 eine überdurchschnittliche Investitionsentwicklung hatte. Der Anteil dieses Sektors an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen beträgt aber nur noch 29%. Die gesamte deutsche Industrie erhielt hingegen im September aus dem Inland gegenüber dem Vormonat weniger Bestellungen, die Orders gingen saisonbereinigt um 1,6% zurück (o.V. 2004b). Auch der Novemberwert des Handelsblatt-Frühindicators für Deutschland ist gesunken, was auf einen schwachen Start ins Jahr 2005 schließen lässt (o.V. 2004c).

Neugeschäft in der Leasingbranche verliert deutlich an Schwung

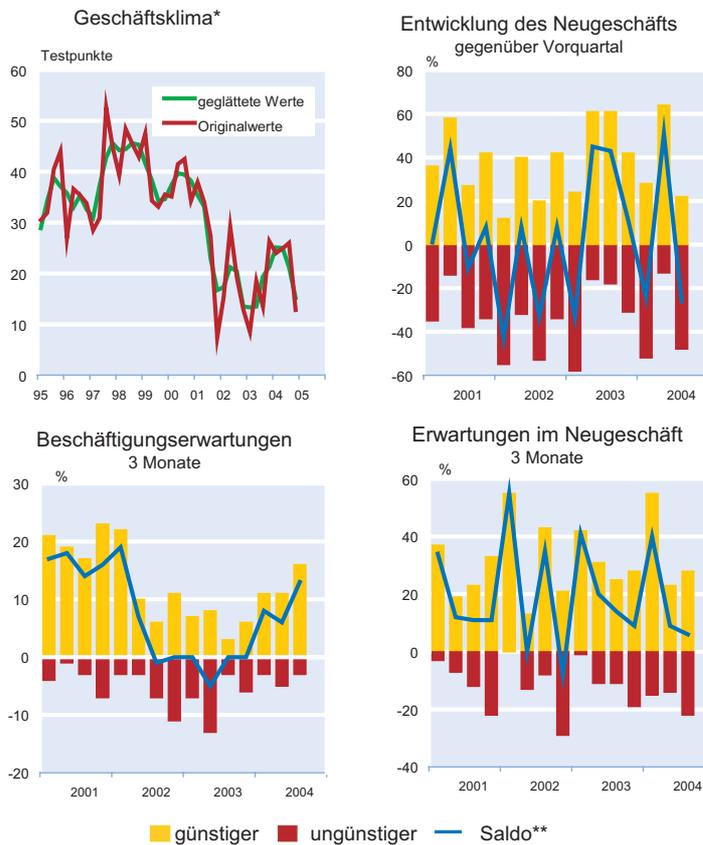
In der deutschen Leasingbranche hat sich das Geschäftsklima in den Sommermonaten 2004 überraschend stark eingetrübt, nachdem der (geglättete¹) Stimmung Indikator drei Quartale in Folge mehr oder weniger auf der Stelle trat. Angesichts eines deutlich rückläufigen Neugeschäfts wurde nicht nur die aktuelle Geschäftslage weniger gut eingeschätzt – nur noch knapp überwogen die positiven Urteile – auch hinsichtlich der künftigen Geschäftsentwicklung hat der verbreitete Optimismus nachgelassen (vgl. Abb. 1). Im Detail bewertete nur noch jede zehnte Leasinggesellschaft ihren Geschäftsgang im Laufe des dritten Vierteljahres 2004 als günstig, 84% als befriedigend, und nach wie vor nur wenige Testteilnehmer (6%) empfanden die Lage als schlecht. Die Lageurteile verschlechterten sich gegenüber dem Vorquartal von

per saldo + 26% auf + 4%. Das Vertrauen in die kommende Geschäftsentwicklung lässt dagegen noch keine eindeutige Richtung erkennen, die Zuversicht hat aber bereits zum zweiten Mal hintereinander nachgegeben. Per saldo hoffen gleichwohl immer noch 22% der Leasinggesellschaften auf bessere Geschäfte im Winterhalbjahr 2004/05 (drittes Quartal 2003: + 36%).

Nach der schwungvollen Nachfrageentwicklung im ersten Halbjahr 2004 (mit per saldo + 32% im ersten Quartal und + 51% im zweiten Quartal) schwächte sich das Neugeschäft im Laufe des dritten Quartals empfindlich ab. Die vergleichbaren Vorjahresabschlüsse wurden nicht ganz erreicht, die einst hoffnungsvollen Erwartungen hinsichtlich des künftigen Neugeschäfts wurden weiter zurückgenommen. Die Mehrzahl der Testteilnehmer rechnet bis zum Jahresende 2004 mit einer unveränderten Entwicklung, 28% erwarten ein höheres Neugeschäft, aber mittlerweile 22% der Befragten befürchten eine Abnahme. Dieses Votum (mit per saldo + 6% gegenüber + 14% im entspre-

¹ Die Glättung ersetzt derzeit noch eine Saisonbereinigung, die erst durchgeführt werden kann, wenn die Zeitreihe ausreichend lang ist.

Abb. 1
Mobilien-Leasing: Geschäftsklima verschlechtert sich deutlich
 3. Berichtsquartal 2004



* Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.
 ** Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

chenden Vorjahresquartal) lässt vermuten, dass sich die beachtliche Nachfrageentwicklung vom ersten Halbjahr 2004 nicht fortsetzen wird. Ein vergleichsweise stattliches Plus wird das Mobilien-Leasing aber im Jahresdurchschnitt 2004 dennoch erzielen. Es wird deutlich höher ausfallen als im Vorjahr (+ 2,1%).

Im Kraftfahrzeug-Leasing ist die Erholung noch deutlicher ins Stocken geraten. Nach der vorübergehenden Aufhellung zur Jahresmitte hat das Geschäftsklima im aktuellen Berichtszeitraum einen herben Dämpfer einstecken müssen. Nur noch knapp befindet sich der Index im positiven Bereich (Saldowert: + 1,5 Prozentpunkte), er bewegt sich damit auf dem niedrigsten Niveau seit drei Jahren. Die aktuelle Geschäftslage wurde deutlich schlechter beurteilt als zuvor, die Hoffnungen auf eine baldige Besserung sind gewichen, bei den Geschäftserwartungen hielten sich positive und negative Stimmen nur noch die Waage. Das Neugeschäft verfehlte auf breiter Front das Vorjahresergebnis,

diese Tendenz dürfte sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen. Die Mehrheit der Testteilnehmer rechnet mit einer gleichbleibenden Entwicklung (74%), nur noch 1% erwartet ein höheres Neugeschäft, und immerhin jede vierte Gesellschaft im Kraftfahrzeug-Leasing zieht ein Minus in Betracht. Nach der überaus positiven Entwicklung in den ersten beiden Quartalen wird zwar das Neugeschäft merklich an Schwung verlieren, insgesamt dürfte sich aber übers Jahr gesehen – trotz der noch immer schwachen inländischen Neuzulassungen – ein Plus einstellen.

Nur noch knapp jedes zweite Leasingunternehmen – und damit wieder etwas weniger als zuvor – klagte im dritten Vierteljahr 2004 über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Obwohl deutlich weniger Leasingverträge im Laufe des dritten Quartals abgeschlossen wurden, gab es – nach Ansicht der Befragten – offenbar geringeren Anlass zur Kritik an den Auftragsreserven. Nur noch 13% der Testteilnehmer (drittes Quartal 2003: 22%) nannten bei den Einflussfaktoren zur Behinderung der Geschäftstätigkeit »unzureichende Nachfrage«. An erster Stelle der negativen Einflussfaktoren standen nach wie vor Hindernisse durch rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen – zwar weniger häufig als zuvor – 27% der Unternehmen klagten aber immer noch darüber. Obwohl die »Leasingsteuer« und andere problematische Steuerprojekte der Bundesregierung zum Jahresende 2003 vom Bundesrat gestoppt wurden, ist das Misstrauen der Befragten hinsichtlich einer verlässlichen Steuerpolitik noch nicht ganz vom Tisch – und das auch wohl zu Recht, denn die Änderung des § 84 Körperschaftsteuergesetz (Fremdfinanzierung) steht noch aus, und die neue Konzeption der Gewerbesteuer wird noch kommen. Refinanzierungsprobleme nannten in der aktuellen Umfrage 6% der Testteilnehmer, Mangel an Fachkräften haben 5% der Befragten angegeben. Auffällig ist die deutliche Zunahme der sonstigen Einflussgrößen zur Behinderung der Geschäftstätigkeit. Bisher bewegte sich dieser Einflussfaktor in einer Größenordnung zwischen 1 und 5%, im dritten Quartal kreuzten aber 20% dies an. Vor allem im Kraftfahrzeug-Leasing dürfte hier die schwache Autokonjunktur, die Rabattaktionen einiger Hersteller sowie der Margendruck eine Rolle gespielt haben. Darüber hinaus wurde auch der verschärfte Wettbewerb, die aggressive Konkurrenzsituation sowie die schlechte Bonität einiger Kunden angegeben.

Beschäftigungserwartungen erneut etwas zuversichtlicher

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Deutschland konnte die Leasingbranche nur wenig beitragen. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen errechnete sich im Laufe des dritten Quartals 2004 lediglich eine Zunahme der Beschäftigung um 1/2%. Dabei fällt auf, dass vor allem die größeren Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten ihr Personal ausweiteten, die kleinen und mittleren Leasinggesellschaften ihre Belegschaft in etwa hielten. Bei den Erwartungen für die nächsten Monate festigt sich nun aber doch der vorsichtige Optimismus der Vorquartale. Freilich geht die Mehrheit der Testfirmen (81%) davon aus, dass sich die Zahl der Beschäftigten im Großen und Ganzen kaum verändern wird, per saldo überwogen aber (mit + 13%) die positiven Stimmen. Unterschiede zwischen den einzelnen Größenklassen der Unternehmen sind nicht mehr auszumachen, das leichte Plus verteilt sich gleichmäßig über alle Unternehmen (vgl. Abb. 2).

Noch keine Wachstumssignale für die gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen

Bei den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen dürfte die Wachstumsschwäche auch 2004 noch nicht überwunden werden. Zwar sprachen die verbesserten Ge-

schäftserwartungen der Unternehmen am Jahresanfang 2004 für eine zunehmende Investitionsneigung, es gibt jedoch nach wie vor einige Einflüsse, die dämpfend auf die Investitionstätigkeit wirken. Das sind vor allem: die weiterhin relativ niedrige Kapazitätsauslastung, welche sich auch in den nächsten Quartalen nur maßvoll erhöhen dürfte, die häufig zu geringe Eigenkapitalquote mittelständischer Betriebe, die die Kreditaufnahme erschwert, und schließlich der anhaltend schwache inländische Konsum. Außerdem werden zur Sicherung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit noch immer vor allem arbeitsintensive Produktionen mit den entsprechenden Investitionen ins Ausland verlagert, vor allem in östliche Niedriglohnländer, die vor der Haustür liegen (Sinn 2004).

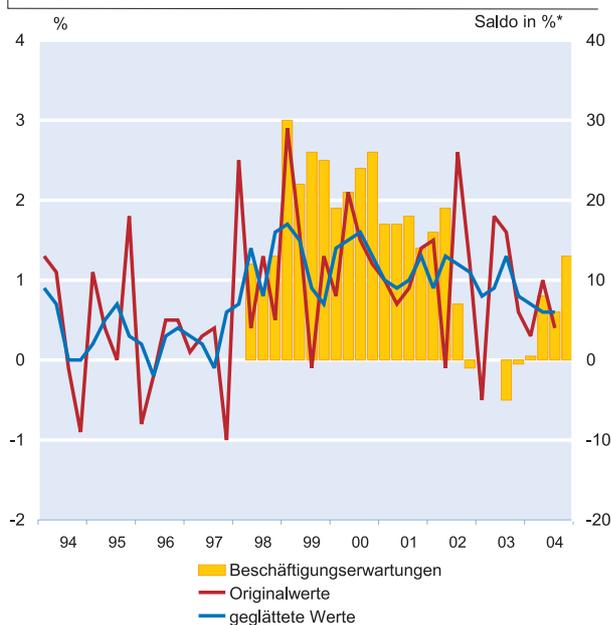
Es sind aber nicht nur konjunkturelle Einflüsse, die für den Rückgang der Anlageinvestitionen in Deutschland seit 2001 verantwortlich sind, sondern auch diverse strukturelle Faktoren. Investoren lassen sich nicht allein von niedrigen Zinsen locken, sie benötigen wenigstens ein Minimum an Planungssicherheit und eine halbwegs berechenbare Fiskal- und Wirtschaftspolitik.

Trotz des fehlenden Rückenwinds durch steigende Investitionen wird die Leasingbranche 2004 ein positives Ergebnis erzielen. Das Neugeschäft der Leasinggesellschaften dürfte zwar in den Sommermonaten spürbar an Schwung verloren haben, und auch der Geschäftsklimaindex hat im dritten Quartal deutlich nachgegeben, weist aber – wie schon das ganze Jahr über – einen positiven Saldo auf. Dadurch wird das Leasing erneut deutliche Marktanteilsgewinne realisieren können, die Mobilien-Leasingquote dürfte auf über 24% ansteigen.

Dämpfend auf die Leasingnachfrage wirken sich neben der unterkühlten Investitionskonjunktur insbesondere die weiter rückläufigen Neuzulassungen von Straßenfahrzeugen aus. Sie haben immerhin einen Anteil von über 50% am gesamten Leasingportfolio. Nachdem die Neuzulassungen in den ersten zehn Monaten um 1,8% hinter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückblieben, wird in 2004 kein Wachstum mehr zu erreichen sein. Steigende Absatzzahlen in dieser für die Leasingbranche wichtigsten Gütergruppe dürften also erst wieder im Jahr 2005 – nach der langen Schwächeperiode von 2000 bis 2004 – erreicht werden, allein schon wegen des inzwischen angestauten Ersatzbedarfs.

Als volatilstes Aggregat des Bruttoinlandsprodukts waren die Ausrüstungsinvestitionen bisher nur sehr schwer zu prognostizieren. Als Indikatoren für eine Prognose wurden meist die inländischen Auftragseingänge im Investitionsgütergewerbe und im Werkzeugmaschinenbau sowie die Geschäftserwartungen im verarbeitenden Gewerbe verwendet, daneben noch die volkswirtschaftliche Gewinnquote und

Abb. 2
Mobilien-Leasing:
Positive Beschäftigungserwartungen
3. Berichtsquartal 2004

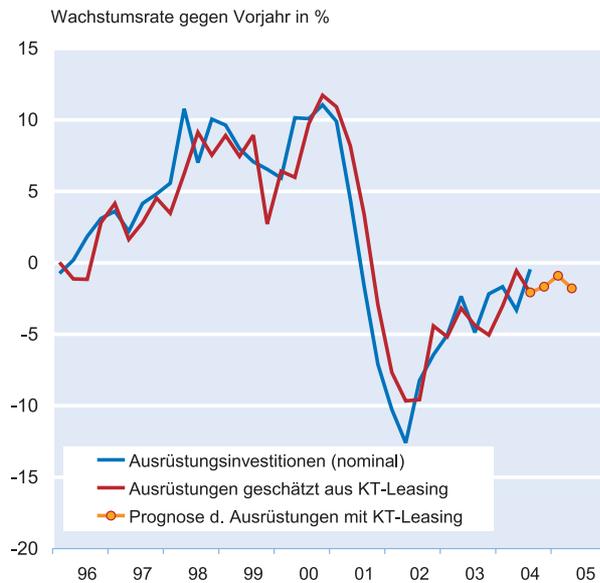


* Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004.

Abb. 3

**Gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen:
Investitionserholung lässt noch auf sich warten**
- geschätzt aus den Geschäftserwartungen Mobilien-Leasing -



Quelle: ifo Konjunkturtest, Leasing 2004, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts, 3. Quartal 2004.

Zinsdifferenzen. Prognosefehler kamen bei diesen Ansätzen jedoch häufig vor. Deshalb wurde im Jahr 2000 aus den regelmäßigen Unternehmensbefragungen im Mobilien-Leasing vom ifo Institut zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) ein neuer aussagefähiger Indikator für die Prognose der Ausrüstungsinvestitionen konstruiert, der in diesem Jahr erneut eine sehr gute Performance nachweisen kann. Er hat bereits im ersten Quartal angezeigt, dass es 2004 kein Investitionswachstum geben wird (Gürtler und Städtler 2004). Auch bis zu Beginn des Frühjahres 2005 bewegt sich der Investitionsindikator noch im negativen Bereich (vgl. Abb. 3), und es lässt sich noch kein Aufschwungssignal erkennen. Demnach werden die Investitionen erst ab dem zweiten Quartal in eine Wachstumsphase eintreten können. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst geht für das Gesamtjahr 2005 von einem nominalen Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich der sonstigen Anlagen) von 4,7% aus.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2004), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004«, *ifo Schnelldienst* 57(20), 3–53.
Gürtler, J. und A. Städtler (2004), »Leasingbranche: Geschäftsklima im Frühjahr nur wenig verbessert – noch kein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben in Sicht«, *ifo Schnelldienst* 57(10), 27–30.

O.V. (2004a), »Maschinenbau bleibt auf Wachstumskurs«, *Handelsblatt* vom 29. Oktober, 14.
O.V. (2004b), »Industrie erhält weniger Aufträge«, *Süddeutsche Zeitung* vom 5. November, 23.
O.V. (2004c), »Ohne Schwung ins neue Jahr«, *Handelsblatt* vom 3. November, 10.
Sinn, H.-W. (2004), »Das Exporträtsel«, *Süddeutsche Zeitung* vom 29. Oktober, 24.

Weltwirtschaft: Klimaindikator leicht zurückgegangen

Ergebnisse des 86. World Economic Survey (WES) vom Oktober 2004¹

40

Gernot Nerb und Anna Stangl

Nach den neuen Ergebnissen des Ifo World Economic Survey wird sich die starke Dynamik der Weltkonjunktur etwas verringern (vgl. Abb. 1). Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich erneut etwas abgeschwächt, während sich die Urteile zur aktuellen Lage weiterhin verbesserten (vgl. Abb. 2). Diese Datenkonstellation ist typisch für die Spätphase eines konjunkturellen Aufschwungs. Der Ifo-Indikator für das Weltwirtschaftsklima liegt mit 103,8 (1995 = 100) zwar niedriger als in der Juli-Erhebung, jedoch immer noch deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt (1990–2003: 93,0). Insbesondere die nur leichte Abflachung der wirtschaftlichen Erwartungen und die weitere Verbesserung der positiven Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage sprechen trotz der abnehmenden Dynamik immer noch für eine positive Entwicklung der Weltkonjunktur in der ersten Jahreshälfte 2005.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

- Die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation haben sich erneut verbessert.
- Die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden nach unten revidiert, blieben jedoch optimistisch.
- Der Euro gilt weiterhin als überbewertet.
- Die Inflation weiterhin moderat.
- Weniger WES-Experten rechnen mit steigenden Zentralbankzinsen.

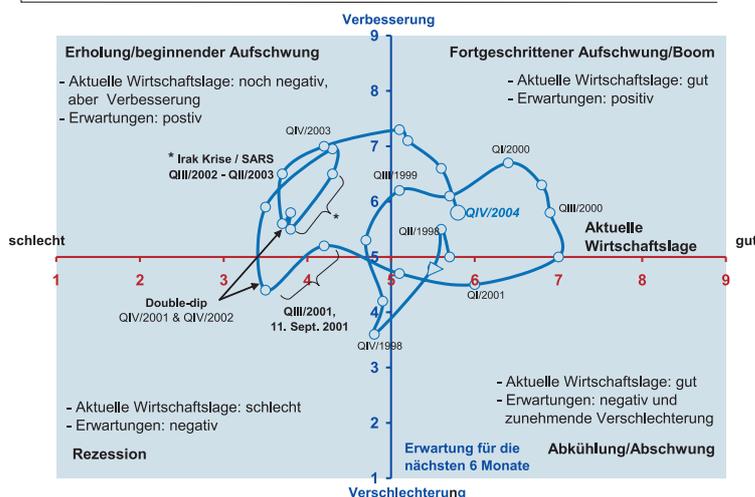
Konjunktorentwicklung in den Regionen

Im Euroraum hat sich das Wirtschaftsklima gegenüber der Juli-Erhebung leicht

eingetrübt. Die Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten fielen weniger positiv aus als in der vorangegangenen Erhebung; die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage haben sich hingegen erneut leicht verbessert. Innerhalb des Euroraums wurde die gegenwärtige Wirtschaftslage wiederum in Irland und Finnland am besten eingeschätzt. Am schlechtesten beurteilten die befragten Experten die Wirtschaftssituation erneut in den Niederlanden, Portugal, Italien und in Deutschland; in allen vier Fällen wird jedoch eine weitere wirtschaftliche Verbesserung im Laufe der nächsten sechs Monate erwartet, obgleich die Exportaussichten weniger günstig als noch vor drei Monaten eingeschätzt wurden. Nur in Griechenland und in Spanien rechnen die WES-Experten mit einer konjunkturu-

Abb. 1

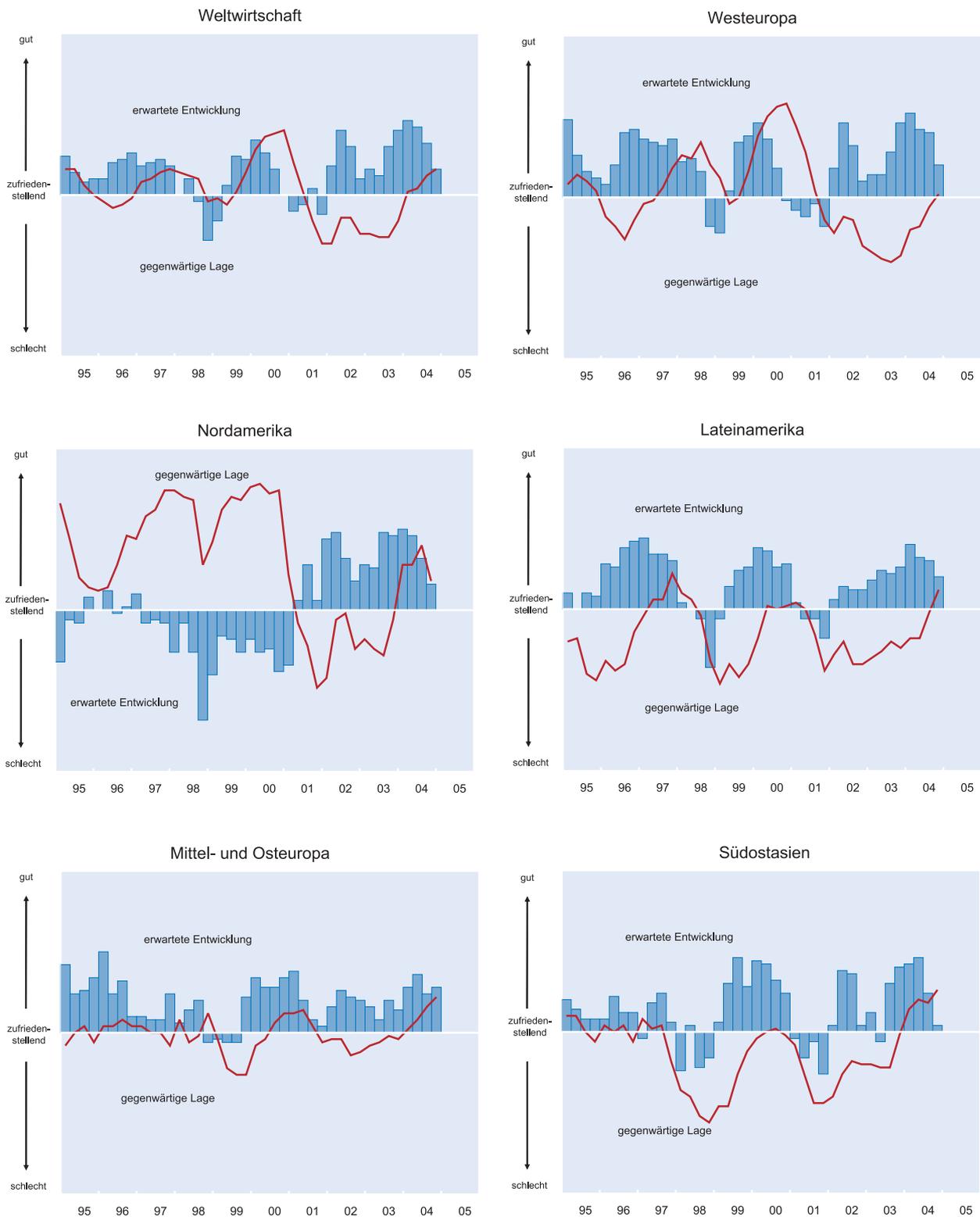
ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2004.

¹ Im Oktober 2004 hat das Ifo Institut zum 86. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey«, kurz WES, bei 1 145 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 90 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



a) Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2004.

rellen Abschwächung im kommenden halben Jahr. In diesen beiden Ländern ist der Preisanstieg schon seit einiger Zeit deutlich stärker als im Durchschnitt des Euroraums, wodurch deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. Deutlich günstiger als im Euroraum fiel der Wirtschaftsklimaindex in Dänemark, Schweden, Norwegen und Island aus. Auch in Großbritannien haben die befragten Experten die aktuelle Wirtschaftslage als ausgesprochen günstig beschrieben. Die Erwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich jedoch auch hier etwas eingetrübt.

Nach Regionen aufgeschlüsselt, ist der stärkste Rückgang des Klimaindixators in **Nordamerika** zu verzeichnen. Dies spiegelt eine Verschlechterung der Einschätzungen sowohl der aktuellen Lage als auch der Erwartungen in den USA wider. Das zunehmende Haushaltsdefizit wurde von den Experten als das wichtigste Hindernis zur Konjunkturbelebung genannt.

Der Rückgang des Klimaindixators in **Asien** resultiert ausschließlich aus den weniger optimistischen Erwartungen für die nächsten sechs Monate, während sich die Urteile zur aktuellen Lage gegenüber der Juli-Umfrage leicht verbesserten. In China erwarten die WES-Experten für die erste Jahreshälfte 2005 eine moderate Abkühlung der noch überhitzten Konjunktur. In Japan, der weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft, und in Hongkong wird sich auch in den kommenden sechs Monaten die wirtschaftliche Erholung weiterhin fortsetzen. Auch positiv, obgleich etwas weniger günstig als in der Juli-Erhebung, fielen die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Indien, Singapur, Malaysia und Thailand aus.

Seit fast vier Jahren verfolgt die Entwicklung der **osteuropäischen Märkte** einen positiven Trend, der nach Einschätzung der WES-Experten auch im kommenden Jahr anhalten wird. Das Geschäftsklima der Region blieb auch im Oktober von der globalen konjunkturellen Abkühlung fast unberührt. Die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage lagen erneut deutlich über dem »befriedigend«-Niveau. Auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich gebessert. In fast allen neuen EU-Staaten (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Litauen und Lettland) wurde die aktuelle Wirtschaftslage ausgesprochen positiv beurteilt. Nur Ungarn bildet erneut eine Ausnahme: Die Einschätzungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation fielen weiter unter die »befriedigend«-Marke. Unterschiedliche Meldungen kamen aus den osteuropäischen Ländern außerhalb der EU: Während in Bulgarien, Rumänien, Albanien und Kroatien die befragten Experten die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als positiv beurteilten, hat sich das Wirtschaftsklima in Serbien-Montenegro noch nicht zum Positiven gewendet, obgleich die Experten sich bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten optimistisch zeigen.

Der Wirtschaftsklimaindex in **Russland** hat sich auf einem bereits hohen Niveau stabilisiert. Die gegenwärtige Wirtschaftslage wird von den befragten Experten erneut mit »gut« beurteilt. Die Erwartungen für das erste Halbjahr 2005 sind zwar leicht nach unten revidiert worden, bleiben jedoch insgesamt positiv.

Den aktuellen Ergebnissen der Umfrage zufolge hält der wirtschaftlich Boom in **Australien** weiterhin an. Nachdem die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation bereits im Juli den historisch höchsten Wert erreicht haben, wurde dieses Niveau im Oktober noch leicht übertroffen.

Auch in **Lateinamerika** hat sich die konjunkturelle Erholung fortgesetzt. Die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage haben sich im Oktober gegenüber der Juli-Erhebung erneut gebessert und somit das höchste Niveau seit 1997 erreicht. Das Gesamtbild spricht dafür, dass die wirtschaftliche Aktivität auch in 2005 stabil bleibt. Fast alle Volkswirtschaften der Region, mit Ausnahme von Panama und Costa Rica, haben zur Verbesserung des Wirtschaftsklima mit beigetragen. Besonders positive Bewertungen kamen von den Experten in Chile, Brasilien und Peru. Auch in Venezuela scheint die konjunkturelle Erholung zunehmend Fuß zu fassen.

Das Wirtschaftsklima in allen durch WES erfassten Ländern des **Nahen Ostens** (Iran, Israel, Jordanien, Kuwait, Libanon, Saudi-Arabien, Türkei und Vereinte Arabische Emirate) wurde auch im Oktober als ausgesprochen günstig bewertet. Nur im Iran erwarten die befragten Experten eine Eintrübung des Geschäftsklimas in den kommenden sechs Monaten.

Die Volkswirtschaft von **Südafrika** hat während der letzten Dekade umfassende Strukturveränderungen erfahren. Die rohstofforientierte Wirtschaft wurde zunehmend durch auf Wertschöpfung basierte Unternehmen bereichert. Somit konnte Südafrika nicht nur von der global gestiegenen Nachfrage nach Rohstoffen profitieren. Das Wirtschaftsklima beurteilten die WES-Teilnehmer weiterhin als ausgesprochen positiv. Arbeitslosigkeit bleibt dennoch nach wie vor eines der zentralen Themen im Lande.

Inflationss Aussichten geben wenig Anlass zur Sorge

Im weltweiten Durchschnitt wird nunmehr im Jahr 2004 mit einem Anstieg der Verbraucherpreise in Höhe von 2,9% gerechnet (vgl. Tab. 1). Die Juli-Erhebung des WES hatte noch eine geringfügig höhere Schätzung der Preissteigerung erbracht (3,0%). Trotz zwischenzeitlich deutlich gestiegener Ölpreise haben sich damit die Inflationserwartungen leicht zurückgebildet. Offenbar haben die gedämpften Konjunkturerwartungen einen stärkeren Einfluss auf die Preis-

Tab. 1
Inflationserwartungen der WES Teilnehmer für 2004
(im Oktober 2004 und Juli 2004)

Region	Q4/2004	Q3/2004	Region	Q4/2004	Q3/2004
Durchschnitt der 90 Staaten*	2,9	3,0	Mittel- und Lateinamerika	5,8	6,8
EU (alte Mitglieder)	2,0	2,0	Argentinien	6,0	9,3
EU (neue Mitglieder) ¹	4,7	4,5	Bolivien	4,4	3,9
Euroraum ²	2,0	2,0	Brasilien	7,1	7,2
Westeuropa	1,9	2,0	Chile	2,0	2,4
Belgien	1,9	1,8	Costa Rica	12,3	11,2
Dänemark	1,7	1,8	El Salvador	4,3	3,3
Deutschland	1,8	1,7	Kolumbien	5,7	5,8
Finnland	1,0	0,8	Malaysia	2,8	1,9
Frankreich	2,1	2,1	Panama	1,6	1,4
Griechenland	3,2	3,1	Paraguay	7,0	7,4
Großbritannien	2,0	2,2	Peru	3,7	4,0
Irland	2,6	2,2	Trinidad and Tobago	4,0	-
Island	3,0	3,2	Uruguay	9,7	9,8
Italien	2,3	2,5	Venezuela	22,0	27,0
Luxemburg	2,1	2,0	Asien	2,6	2,3
Niederlande	1,5	1,8	Bangladesch	5,5	-
Norwegen	0,6	1,3	China	4,8	4,1
Österreich	2,1	2,1	Ecuador	3,7	3,9
Portugal	2,5	2,6	Hongkong	-0,2	0,3
Schweden	1,3	1,3	Indien	7,0	5,7
Schweiz	0,9	1,0	Indonesien	7,1	6,6
Spanien	3,2	3,1	Japan	0,2	0,3
Zypern	2,1	2,0	Korea	3,9	3,5
Mittel- und Osteuropa	5,1	5,0	Mexiko	4,8	4,3
Albanien	3,8	3,8	Pakistan	6,8	5,4
Bosnien-Herzegowina	1,0	1,0	Philippinen	5,5	4,5
Bulgarien	4,9	4,9	Singapur	1,7	1,5
Estland	3,6	3,3	Sri Lanka	8,0	9,2
Kroatien	2,1	2,6	Taiwan	2,1	1,3
Lettland	7,3	5,5	Thailand	2,9	2,5
Litauen	1,7	1,6	Vietnam	7,1	5,8
Polen	4,0	3,8	Naher Osten	6,2	6,4
Rumänien	9,6	9,7	Bahrain	-	1,5
Serbien und Montenegro	10,3	9,2	Iran	16,7	17,5
Slowakei	7,6	7,4	Israel	2,2	2,3
Slowenien	3,7	3,6	Jordanien	3,3	2,6
Tschechische Republik	3,1	3,0	Libanon	3,5	4,5
Ungarn	6,6	6,5	Saudi-Arabien	1,3	1,5
GUS	10,8	10,2	Türkei	11,1	11,6
Kasachstan	6,6	6,5	Vereinigte Arabische Emirate	4,6	3,8
Russland	11,2	10,3	Afrika	11,4	14,1
Ukraine	11,5	9,4	Ägypten	5,0	9,3
Nordamerika	2,4	2,5	Algerien	3,8	4,6
Kanada	2,3	2,0	Kenia	8,1	8,8
USA	2,5	2,6	Marokko	3,0	1,9
Ozeanien	2,8	2,6	Mauritius	6,5	5,0
Australien	2,9	2,6	Nigeria	17,9	17,7
Neuseeland	2,4	2,5	Südafrika	3,9	4,7
			Tansania	5,0	-
			Tunesien	2,5	2,7
			Simbabwe	300,0	400,0

* Die Werte innerhalb der Regionen sind gewichtet gemäß dem Anteil der Länder am weltweiten Außenhandelsvolumen.

¹ Tschechische Rep., Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei (ab 1. Mai 2004). –

² EU-Länder ohne Dänemark, Schweden, Großbritannien.

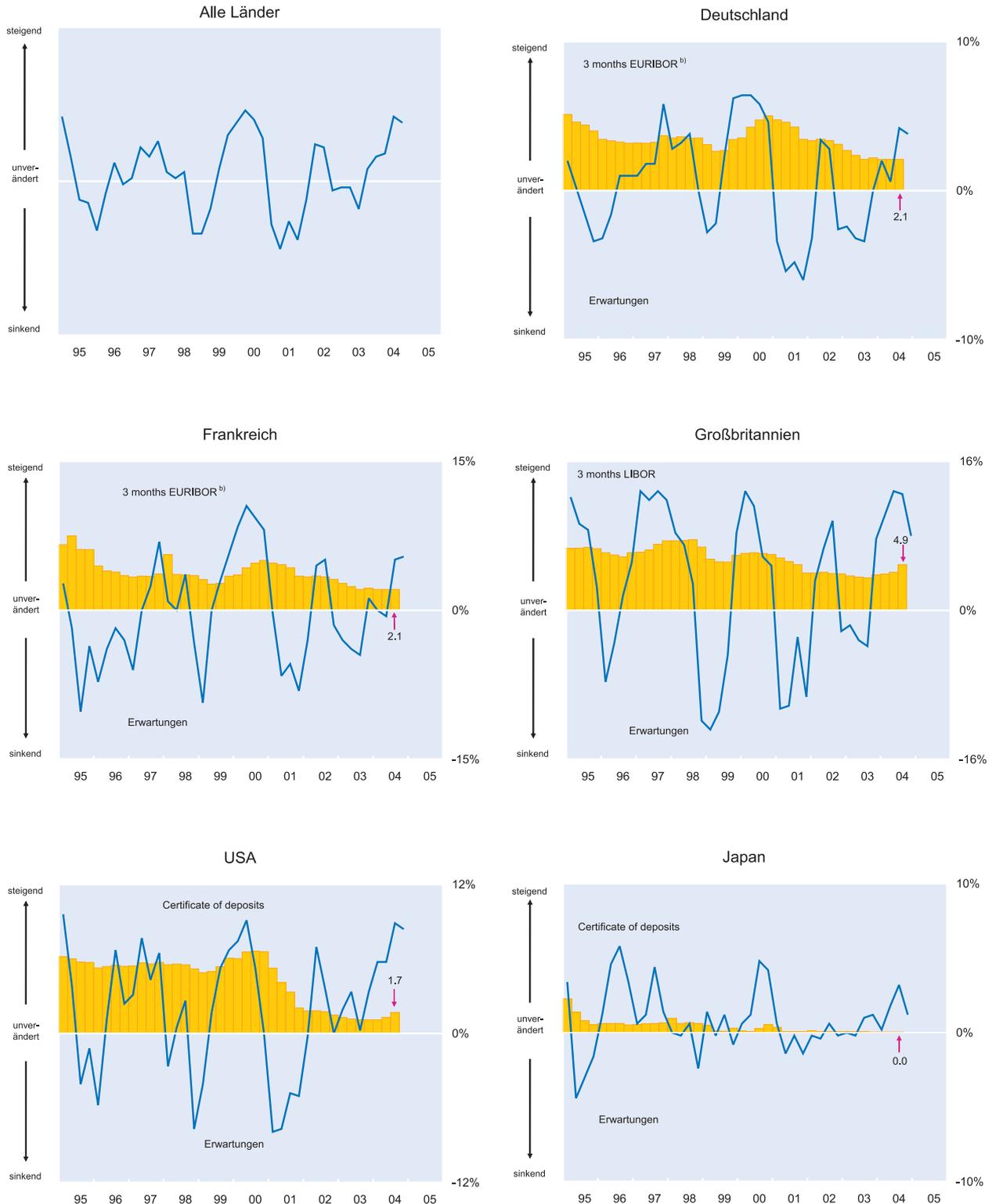
Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q4/2004.

erwartungen ausgeübt als die Verteuerung des Öls. Mit dem Zurückbilden der spekulativ überhöhten Ölpreise seit Abschluss der jüngsten WES-Umfrage dürfte hiervon ein weiterer dämpfender Einfluss auf die Inflationserwartungen ausgehen.

Im Euroraum sind die aktuellen Inflationssichten für 2004 gleichgeblieben (2,0%). Die Spannbreite der Inflationsraten im Jahresdurchschnitt 2004 reicht von 1,0% in Finnland bis 3,2% in Spanien und Griechenland. Außerhalb des Euro-raums gibt es in Westeuropa nur noch in Norwegen (0,6%)

Abb. 3
Kurzfristige Zinsen

– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2004.

und in der Schweiz (0,9%) niedrigere Inflationserwartungen als in Finnland.

Ein nicht ganz so günstiges Bild zur Preisentwicklung ergibt sich in den **USA**. Aber auch hier haben die WES-Experten ihre Prognosen für 2004 leicht nach unten korrigiert (auf nunmehr 2,5% nach 2,6% im Juli). Die Inflationserwartungen liegen damit nun exakt auf der Marke, die von der US-Notenbank als tolerierbar angesehen wird.

Eine weitere Revision nach oben haben die Preiserwartungen für 2004 in **Asien** erfahren (2,6% nach 2,3% im Juli 2004). Dieser Anstieg geht wiederum zu einem erheblichen Teil auf das Konto Chinas, wo nunmehr von den WES-Experten im Jahr 2004 mit einem Preisanstieg von 4,8% gerechnet wird, nach erwarteten 4,1% im Juli und noch 2,0% zu Jahresanfang. Aber auch in Indien, Indonesien und Vietnam stiegen die Inflationserwartungen auf jeweils rund 7%, was gegenüber der Juli-Erhebung eine Steigerung um einen vollen Prozentpunkt bedeutet. In Japan scheint die Deflation zwar überwunden zu sein; bei den Inflationserwartungen von 0,2% sollte aber mehr von Preisstabilität als von einem Preisanstieg gesprochen werden.

In **Osteuropa** wird sich im laufenden Jahr der bereits seit der Jahresmitte erwartete Preisanstieg um rund 5% einstellen. Erwähnenswert ist die Revision der Preiserwartungen nach unten in Kroatien (von 2,6% auf nunmehr 2,1%) und die Korrektur der Inflationsschätzung nach oben in Lettland (von 5,5% auf nunmehr 7,3%) sowie in Serbien/Montenegro (von 9,2% auf nunmehr 10,3%).

In den **GUS-Ländern** wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt nunmehr bei 10,8% gesehen, nach 10,2% in der Juli-Erhebung. Während in Russland und in der Ukraine die Inflation die 10%-Marke leicht übersteigen wird (knapp 12%), erwarten die WES-Experten in Kasachstan unverändert einen Preisanstieg von rund 6,5%.

In **Mittel- und Lateinamerika** hat sich der Preisanstieg – wie von WES-Experten zu Jahresmitte erwartet – etwas verlangsamt. Für das Gesamtjahr 2004 wird nunmehr von einer Inflationsrate von 5,8% ausgegangen, nachdem im Frühjahr noch eine Preissteigerung von rund 7% erwartete wurde. Die Inflationsabschwächung ist besonders ausgeprägt in Argentinien, wo nunmehr im Jahresdurchschnitt 2004 mit einer Preissteigerungsrate von 6,0% gerechnet wird, während noch im Juli die entsprechenden Schätzungen bei 9,3% lagen. In Brasilien hat sich an dem Inflationsausblick für 2004 nichts geändert; die Erwartungen verharrten bei rund 7%. Die höchsten Inflationsraten in Mittel- und Lateinamerika herrschen nach wie vor in Venezuela vor, aber selbst hier schwächt sich der Inflationstrend leicht ab (22% im Jahres-

durchschnitt 2004 nach erwarteten 27% in der vorangegangenen Erhebung).

Auch in **Afrika** haben sich die Preisprospektiven für das Gesamtjahr 2004 etwas aufgehellt (11,4% nach erwarteten 14,1% in der Juli-Umfrage). Dieser Rückgang hängt nur zum Teil damit zusammen, dass sich die Hyperinflation in Simbabwe etwas abschwächt (von vorher erwarteten 400% auf nunmehr 300%). Auch in dem wirtschaftlich bedeutendsten Land Afrikas, Südafrika, wird ein Rückgang der Inflationsrate erwartet (Schätzung für 2004 nunmehr 3,9% nach 4,7% in der vorangegangenen Erhebung); in Ägypten reduzierten sich die entsprechenden Inflationsschätzungen von 9,3% auf nunmehr 5,0%.

Im **Nahen Osten** blieben die Inflationserwartungen für 2004 weitgehend unverändert bei rund 6%. Während die voraussichtliche Inflationsrate in diesem Jahr in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf 4,6% taxiert wird (nach 3,8% in der Juli-Erhebung), wurden die Schätzungen in anderen Ländern dieser Region leicht zurückgenommen, so im Libanon (von 4,5% auf 3,5%), im Iran (von 17,5% auf 16,7%) und in der Türkei (von 11,6% auf 11,1%),

Der Euro gilt weiterhin als überbewertet

Der Euro – ähnlich wie das britische Pfund – erscheint den WES-Experten weiterhin als überbewertet. Nachdem der Euro nach Abschluss der Erhebung Mitte Oktober noch weiter an Wert zugelegt hat, dürfte sich diese Einschätzung einer Überbewertung noch weiter verstärkt haben. Auf der anderen Seite wird der US-Dollar von den WES-Experten nach wie vor als leicht unterbewertet eingestuft. Der japanische Yen befindet sich nach Ansicht der WES-Experten nahe seinem Gleichgewichtskurs (vgl. Abb. 4). Diese Einschätzung der vier Hauptwährungen (US-Dollar, Euro, Yen und britisches Pfund) herrscht in nahezu allen Ländern vor, die in die Umfrage einbezogen wurden. Ausnahmen davon sind vor allem Australien, einige asiatische Länder, wie China, Indonesien, Pakistan, die Philippinen, aber auch südamerikanische Länder, wie Argentinien, sowie GUS-Länder, wie Kasachstan, und einige osteuropäische Länder, wie Lettland und Litauen, wo die eigene Währung durchgängig als unterbewertet eingeschätzt wurde. Auf der anderen Seite wurde die eigene Währung in Ländern, wie der Türkei, Nigeria und Venezuela, als generell überbewertet eingestuft.

Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, dass sich die tatsächlichen Wechselkurse zumindest kurzfristig häufig nicht an den fundamental gerechtfertigten Werten orientieren, sondern in erheblichem Maße über- oder unterschätzen können. Aus diesem Grund wurde wiederum die Zusatzfrage gestellt, wie sich der US-Dollar gegenüber den jeweiligen anderen Währungen entwickeln wird. Als Ergebnis lässt sich festhalten,

Tab. 2

Wachstumserwartungen des BIP für die nächsten drei bis fünf Jahre in Prozent
(WES Oktober 2004 und Oktober 2003)

	WES Q4/2004	WES Q4/2003		WES Q4/2004	WES Q4/2003
Durchschnitt der 90 Länder*	3,1	2,9	Mittel- u. Lateinamerika	3,6	2,5
Westeuropa	2,2	2,0	Argentinien	3,7	3,3
Belgien	1,7	1,5	Bolivien	2,6	1,6
Dänemark	2,3	1,9	Brasilien	3,7	3,2
Deutschland	1,6	1,6	Chile	5,0	4,2
Finnland	3,2	2,9	Costa Rica	3,2	3,7
Frankreich	2,4	1,9	Ecuador	3,7	3,0
Griechenland	3,3	3,8	El Salvador	2,6	2,6
Großbritannien	3,0	2,6	Kolumbien	3,8	2,9
Irland	4,6	3,4	Mexiko	3,3	2,4
Island	3,8	4,3	Panama	3,8	1,5
Italien	1,4	1,6	Paraguay	2,8	3,0
Luxemburg	3,8	1,5	Peru	3,8	3,5
Niederlande	1,7	1,5	Trinidad and Tobago	6,0	
Norwegen	3,5	2,6	Uruguay	5,6	3,8
Österreich	2,1	1,5	Venezuela	3,3	-1,9
Portugal	2,4	1,2	Afrika	4,2	3,6
Schweden	2,9	2,3	Ägypten	3,8	3,1
Schweiz	1,5	1,3	Algerien	6,3	4,9
Spanien	3,2	3,1	Elfenbeinküste	6,0	-
Zypern	3,8	3,8	Kenia	0,6	0,8
Nordamerika	3,2	3,1	Marokko	3,8	1,9
Kanada	3,5	2,8	Mauritius	3,8	3,8
USA	3,2	3,1	Nigeria	5,5	3,8
Ozeanien	3,5	3,4	Südafrika	3,6	3,5
Australien	3,5	3,6	Tansania	6,0	7,0
Neuseeland	3,5	2,9	Tunesien	3,8	6,0
GUS	6,1	4,9	Simbabwe	-4,0	-3,0
Kasachstan	8,1	5,0	Osteuropa	4,0	3,4
Russland	6,0	4,8	Albanien	4,6	4,2
Ukraine	5,7	6,2	Bosnien-Herzegowina	3,8	3,8
Asien	4,0	3,8	Bulgarien	4,3	3,7
Bangladesh	4,6	5,5	Estland	4,6	4,3
China	7,2	6,8	Kroatien	3,3	4,2
Hongkong	4,2	3,3	Lettland	6,0	5,9
Indien	6,2	5,9	Litauen	6,0	5,3
Indonesien	4,1	3,7	Polen	4,0	2,8
Japan	2,1	1,3	Rumänien	4,9	3,5
Korea	3,3	3,8	Serbien und Montenegro	5,0	2,5
Malaysia	4,7	4,3	Slowakei	4,1	3,9
Nepal	3,8	-	Slowenien	3,5	3,8
Pakistan	5,3	4,0	Tschechische Republik	3,6	2,9
Philippinen	4,3	3,4	Ungarn	3,6	3,4
Singapur	5,9	3,0	Naher Osten	4,9	4,1
Sri Lanka	4,9	4,6	Iran	3,2	6,8
Taiwan	3,8	2,9	Israel	3,8	1,5
Thailand	4,6	5,2	Jordanien	5,7	3,8
Vietnam	6,8	6,7	Kuwait	5,5	-
			Libanon	3,8	-
			Saudi-Arabien	5,2	4,3
			Türkei	5,3	4,5
			Vereinigte Arabische Emirate	5,8	4,1

* Die Werte innerhalb der Regionen sind gewichtet gemäß dem Anteil der Länder am weltweiten Außenhandelsvolumen.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q4/2004.

dass ungeachtet der hohen Leistungs- und Haushaltsdefizite in den USA generell eine leichte Stärkung des US-Dollar im Laufe der nächsten sechs Monate erwartet wird, was im Einklang mit der oben dargestellten fundamentalen Einschätzung der Währungsrelationen steht. Ausnahmen von

diesem Trend bilden hauptsächlich einige asiatische Länder, wie Taiwan, China und Südkorea, wo der US-Dollar gegenüber den jeweiligen Landeswährungen an Wert verlieren wird. Ein schwächerer US-Dollar wird auch gegenüber den Währungen in Kanada und Australien erwartet.

Zinssätze: Weniger WES-Experten erwarten steigende Zinsen

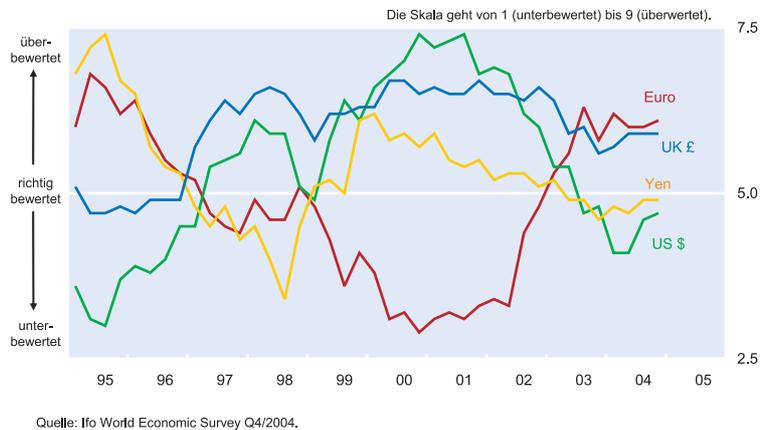
Weniger häufig als in der vorangegangenen Umfrage wird mit steigenden kurzfristigen Zinsen gerechnet (vgl. Abb. 3). Aufgrund der erwarteten Dämpfung des weltwirtschaftlichen Wachstums und der Inflation halten es offensichtlich weniger WES-Experten für wahrscheinlich, dass die jeweiligen Zentralbanken die Leitzinsen anheben werden, als dies noch vor einigen Monaten erwartet wurde. Dieser Trend ist besonders ausgeprägt im Euroraum, herrscht aber auch in den meisten anderen Regionen der Welt vor. Ausnahmen hiervon sind vor allem Kanada, Australien, Estland, Chile, Brasilien, Indonesien, Hongkong, Singapur, Taiwan, die Philippinen wie auch Saudi-Arabien und Ägypten, wo jeweils häufiger als in der vorangegangenen Erhebung mit Zinssteigerungen der jeweiligen Notenbank gerechnet wird.

Parallel zu dem erwarteten Anstieg der Kurzfristzinsen wird im weltweiten Durchschnitt auch bei den Kapitalmarktzinsen, d.h. den langfristigen Zinsen, die sich am Markt bilden, in geringerem Maße als bei der vorangegangenen Erhebung eine steigende Tendenz erwartet. Ausnahmen hiervon sind im Wesentlichen Schweden, Norwegen, die Tschechische Republik, Lettland, Chile, Taiwan, Singapur, die Philippinen und auch Ägypten; in diesen Ländern wird jeweils mit einem verstärkten Anstieg der Kapitalmarktzinsen gerechnet.

Mittelfristige Wachstumsaussichten bleiben positiv

Auch wenn auf Sicht der nächsten sechs Monate eine Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erwartet wird, werden die Wachstumsperspektiven für die nächsten drei bis fünf Jahre etwas positiver gesehen als zur selben Zeit im Vorjahr (durchschnittliches jährliches Wachstum von 3,1% gegenüber 2,9% laut der Umfrage im Oktober 2003). Eine solche Korrektur der mittelfristigen Wachstumsperspektiven nach oben herrscht in allen großen Weltregionen vor und ist besonders deutlich ausgeprägt in GUS-Ländern, wie Kasachstan, Russland und der Ukraine, wo die durchschnittliche Wachstumsrate nun mit rund 6% gegenüber vorher rund 5% angesetzt wurde (vgl. Tab. 2). In Asien, Lateinamerika, Mittel- und Osteuropa und Afrika wird das durchschnittliche jährliche Wachstum auf mittlere Frist bei rund 4% und damit deutlich höher als vor Jahresfrist gesehen. Innerhalb der Länderblöcke gibt es zum Teil spürbare Abweichungen; mit Abstand das stärkste Wachstum wird auch auf mittlere Sicht wiederum in China erwartet (7,2% p.a.). Nahe an dem erwarteten weltwirt-

Abb. 4
Währungsbeurteilung



schaftlichen Wachstum von rund 3% p.a. im Laufe der nächsten drei bis fünf Jahre liegen Nordamerika (sowohl die USA als auch Kanada), Ozeanien (sowohl Australien als auch Neuseeland) und Zentral- und Südamerika (mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten vor allem in Chile und Uruguay). In Westeuropa werden auch auf mittlere Sicht nach Einschätzung der WES-Experten die Wachstumsaussichten mit 2,2% schwächer sein als im Weltdurchschnitt, wenn dies auch gegenüber der Erhebung vom Oktober letzten Jahres als die mittelfristig erreichbare Wachstumsrate noch bei 2,0% lag, eine kleine Verbesserung darstellt. Innerhalb Westeuropas werden die mittelfristigen Wachstumsperspektiven wiederum am günstigsten in Irland (4,6%) und in Norwegen (3,5%) eingeschätzt. Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und die Schweiz gehören nach Ansicht der WES Experten auch mittelfristig zur Gruppe der unterdurchschnittlich wachsenden Länder (ca. 1,5% p.a.).

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währungen sowie der Oktober-Sonderfrage zum weltweiten Problem der Arbeitslosigkeit findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

Die Jahresarbeitszeit der abhängig Beschäftigten ergibt sich als Produkt aus der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit und der Anzahl der Wochen, die pro Jahr gearbeitet werden. Nach der Europäischen Arbeitskräfteerhebung betrug die normale Wochenarbeitszeit in Europa im Jahr 2002 zwischen 30,1 Stunden in den Niederlanden und 41,4 Stunden in der Slowakischen Republik. In Deutschland wurden 35,2 Stunden pro Woche gearbeitet. Rechnet man die Überstunden, die im Erstjob geleistet werden, und die Stunden, die in einem Zweitjob gearbeitet werden, hinzu, so errechnet sich die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit insgesamt. Mit 36,5 Stunden pro Woche lag Deutschland im unteren Feld der europäischen Länder. Weniger wurde nur in Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland und den Niederlanden gearbeitet. Höhere Wochenarbeitszeiten waren insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern sowie in den südeuropäischen Ländern üblich (vgl. Tabelle).

Die zweite Komponente der Jahresarbeitszeit bildet die Zahl der pro Jahr gearbeiteten Wochen. Im Jahr 2002 lag Deutschland nach Italien mit 7,8 Wochen Urlaub und Feiertagen an zweiter Stelle in Europa. Am unteren Ende lag Irland mit 5,7 Wochen. Neben Urlaub und Feiertagen ist die Nichtarbeit aus sonstigen Gründen, und hier insbesondere die Abwesenheit wegen Krankheit und Mutterschaft, zu berücksichtigen. Hier lagen die skandinavischen Länder Schweden

Arbeitszeiten von abhängig Beschäftigten, 2002

Land	Jahresarbeitszeit	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit insgesamt	Normale Wochenarbeitszeit Erstjob	Zusätzliche Arbeitszeit Erstjob	Arbeitszeit Zweitjob	Arbeitswochen pro Jahr	Urlaub und Feiertage	Abwesenheit aus anderen Gründen ^{a)}	Abwesenheit wegen Krankheit oder Mutterschaft ^{b)}
	(a) = (b) * (f)	(b) = (c)+(d)+(e)	(c)	(d)	(e)	(f) = 52 - [(g) + (h) + (i)]	(g)	(h)	(i)
	Stunden		Wöchentliche Arbeitszeit						
Belgien	1 451	36,3	35,7	0,3	0,3	40,0	7,1	2,9	2,1
Dänemark	1 410	36,3	34,8	0,8	0,7	38,9	7,4	3,9	1,8
Deutschland	1 480	36,5	35,2	1,1	0,2	40,6	7,8	2,2	1,4
Finnland	1 491	38,8	36,9	1,4	0,4	38,5	7,0	4,4	2,1
Frankreich	1 467	36,2	35,2	0,8	0,3	40,5	7,0	2,7	1,9
Griechenland	1 816	40,7	40,2	0,1	0,4	44,6	6,7	0,4	0,2
Großbritannien	1 546	38,2	37,2	0,7	0,4	40,5	6,5	3,4	1,6
Irland	1 585	36,3	35,8	0,2	0,3	43,7	5,7	1,6	1,0
Italien	1 533	37,4	37,2	0,1	0,1	41,0	7,9	2,1	1,0
Niederlande	1 223	31,8	30,1	1,3	0,4	38,4	7,5	3,9	2,2
Norwegen	1 339	37,3	34,8	1,8	0,7	36,0	6,5	5,9	3,6
Österreich	1 497	38,4	36,6	1,4	0,4	39,0	7,2	3,3	2,6
Polen	1 817	41,8	40,2	0,3	1,3	43,4	6,2	1,5	0,9
Portugal	1 688	40,4	39,3	0,3	0,8	41,8	7,3	1,7	1,2
Schweden	1 349	38,1	36,0	1,4	0,7	35,4	6,8	6,0	3,8
Schweiz	1 586	37,5	34,3	2,7	0,5	42,3	6,0	2,6	1,1
Slowakische Rep.	1 761	41,8	41,4	0,3	0,1	42,2	6,9	1,5	1,4
Spanien	1 639	38,8	38,6	0,1	0,2	42,2	7,0	1,7	1,2
Tschechische Rep.	1 692	41,3	40,4	0,7	0,3	41,0	6,2	2,6	2,2
Ungarn	1 798	40,9	40,3	0,4	0,2	43,9	6,3	1,0	0,8

^{a)} Ohne Ferienzeit. – ^{b)} teilweise auch in (h) enthalten.

Quelle: OECD, Employment Outlook, 2004, S. 35.

(9,8 Wochen Abwesenheit), Norwegen (9,5 Wochen) und Finnland (6,5 Wochen) sowie die Niederlande (6,1 Wochen) an der Spitze. Deutschland dagegen nahm mit 3,6 Wochen (Spalten h und i in der Tabelle) einen Platz in der unteren Hälfte der europäischen Länder ein. Berücksichtigt man sowohl die Urlaubs- und Feiertage als auch die Abwesenheit aus sonstigen Gründen, so wurden in Deutschland im Durchschnitt 40,6 Wochen von den Arbeitnehmern gearbeitet (Spalte f der Tabelle).

Die jährliche Arbeitszeit belief sich nach dieser Rechnung in Deutschland auf 1 480 Stunden pro Beschäftigtem im Jahr 2002. Damit wurde in Deutschland mehr gearbeitet als in Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Schweden. Demgegenüber konnten die Arbeitnehmer in Deutschland insbesondere mit dem Arbeits-eifer ihrer Kollegen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und Griechenland nicht mithalten.

W.O.

Quelle:
OECD Employment Outlook 2004, Kapitel 1.



Economic Studies

Formerly *ifo Studien*

Vol. 50, No. 3/2004

FRANCESCO DAVERI DELAYED IT USAGE

GUY LAROQUE AND BERNARD SALANIÉ FERTILITY AND FINANCIAL INCENTIVES IN FRANCE

ANNE LAFERRÈRE AND DAVID LE BLANC HOW DO HOUSING ALLOWANCES AFFECT STUDENT CO-RESIDENCE?

PATRICIA APPS AND RAY REES THE HOUSEHOLD, TIME USE AND TAX POLICY

BRUCE BRADBURY CONSUMPTION AND THE WITHIN-HOUSEHOLD INCOME DISTRIBUTION

VIKTOR STEINER AND KATHARINA WROHLICH HOUSEHOLD TAXATION, INCOME SPLITTING AND LABOR SUPPLY INCENTIVES

HEIKKI OKSANEN PENSION REFORMS: AN ILLUSTRATED BASIC ANALYSIS



Economic Studies

Formerly ifo Studien

Vol. 50, No. 4/2004

GIOVANNI FACCHINI, ASSAF RAZIN
AND GERALD WILLMANN

WELFARE LEAKAGE AND
IMMIGRATION POLICY

OLIVER LORZ AND
STANISLAV NASTASSINE

POLITICAL PARTICIPATION OF MOBILE
CITIZENS AND THE WELFARE STATE

PANU POUTVAARA

FINANCING PUBLIC EDUCATION

HANS-WERNER SINN

EU ENLARGEMENT, MIGRATION AND THE
NEW CONSTITUTION

ASSAF RAZIN AND
EFRAIM SADKA

NET FISCAL BURDEN AS A MEASURE OF
MIGRATION'S ECONOMIC IMPACT

SILKE UEBELMESSER

HARMONISATION OF OLD-AGE SECURITY
WITHIN THE EUROPEAN UNION

CESifo WORLD ECONOMIC SURVEY

VOLUME 3, No. 4

NOVEMBER 2004

WORLD ECONOMIC CLIMATE

World Economic Climate approaching a cooling-down phase

ECONOMIC EXPECTATIONS

Current economic situation remains above satisfactory, economic expectations have weakened somewhat

INFLATION

Inflation outlook remains benign

INTEREST RATES

Fewer WES experts expect rising interest rates

CURRENCIES

Euro still overvalued

SPECIAL TOPIC

Growth will not lead to more employment in the majority of countries, according to WES experts

With the support of 
International Chamber of Commerce
The world business organization


www.cesifo.de/wes

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>

